

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei und Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, Eingerungen in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expeditionen bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. März 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Dernburg der Gerechte!

Man hat dem deutschen Kolonialminister bitter Unrecht getan: man hat geglaubt, und zwar selbst dort, wo man ein verständigeres Urteil hätte erwarten sollen, es sei ihm wirklich darum zu tun, in Afrika eine humane Kultur aufzupflanzen. Diese Vorstellung gewann man nach seiner ersten Rede in der Budgetkommission und meinte, er sei durch seine Afrikareise zu einer besseren Einsicht geführt worden. Deshalb er denn auch von der kolonialpatriotischen Presse heftig angegriffen wurde. Wie gesagt, sehr zu Unrecht; denn es fiel ihm gar nicht ein, die Kolonialpolitik als Eingeborenenpolitik aufzufassen. Das erklärte er denn auch unumwunden in seiner Aufschrift an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Er sei mißverstanden worden. Er sagte, wenn man genau liest, nichts, was nicht mit den Ansichten der Verfechter einer schrankenlosen Kolonialherrschaft, die ihn soeben während angegriffen hatten, übereinstimmt. Wie sie, will er die Rassenherrschaft der Weißen; ihre Grundsätze sind seine Grundsätze und ihre Gerechtigkeit seine Gerechtigkeit. Das bestätigte ihm denn auch mit Beifall und innigem Behagen die kolonialpatriotische Presse und stellte ihre Angriffe ein.

Nur die Kolonialagrarien zogen sich mit mißtrauischen Blicken zurück. Sie wissen wohl, warum. Hier ist anderes im Spiele. Nicht um die Neger handelt es sich. Die Agrarien sind zu sehr geliebte Geschäftskleute, um sich durch humanitäre Präsen aus der Fassung bringen zu lassen. Damit erschreckt man sie nicht. Sie wissen sehr gut, daß nicht die Berliner Maximen über die afrikanische Wirklichkeit entscheiden, sondern die kolonialen Verhältnisse in Afrika die Berliner Kolonialpolitik bestimmen. Aber sie haben Dernburg, nicht ohne Grund, im Verdacht, daß für ihn die Interessen der Pflanzler, also der Kolonialagrarien, nicht das einzig Maßgebende in der Kolonialpolitik sind. Nicht als Negerfreund und nicht eigentlich als Pflanzereind, aber als Vertreter eines höheren kapitalistischen Interesses, des Interesses der Börse in den Kolonien, erscheint ihnen Dernburg gefährlich. Hinter dem Streit um größere oder geringere Mißhandlung der Eingeborenen offenbart sich hier ein kapitalistischer Interessentkampf, der in der nächsten Entwicklung der deutschen Kolonien noch schärfer zur Geltung kommen dürfte.

Die Gefoppten sind, wie immer, die Freisinnigen. Wie schlechte Schauspieler, die nicht Maß zu halten verstehen, haben sie sich selbst an ihren Worten berauscht, sich eine Kolonialpolitik suggeriert, die es gar nicht gibt, und schließlich den deutschen Kolonialminister als einen liberalen Negermessias gefeiert. Er aber dreht den Freisinnigen respektlos den Rücken und schiebt vertraulich seinen Arm unter den Arm des Plantagenbesitzers, der da „mit der Peitsche herumläuft“!

Am postterlichsten benahm sich bei dieser Gelegenheit das „Berl. Tageblatt“, das erklärte, die Aufschrift Dernburgs an die „Rhein-Westf. Ztg.“ sei gar nicht ernst gemeint, diene nur zur Beschwichtigung der aufgeregten Gemüter. So quittiert der Freisinn die politische Ohrfeige, die er erhielt, indem er sie für einen Scherz erklärt. Denn würde er sie ernst nehmen, so würde sein eigenes Tun als politischer Clowns-
 späß erscheinen.

Was war in Wirklichkeit vorgefallen?
 Die Bestialitäten einzelner lassen sich vertuschen, obwohl auch, wie die Fälle Dr. Karl Peters, Wehlan usw. zeigen, nicht auf die Dauer; die Brutalitäten eines Regimes aber lassen sich selbst in Afrika nicht mehr verheimlichen. Die Mißstände in den deutschen Kolonien sind längst publik geworden. Darum ist es für die Regierung viel klüger, sie von vornherein zuzugeben, statt sie hinwegzudisputieren zu wollen. So werden der Opposition die Spitzen vorweggenommen, die Regierung steht im Glanze ihres Wohlwollens und der Opposition fällt, wenn sie nicht, wie die Sozialdemokratie, die kapitalistische Kolonialpolitik grundsätzlich verwirft, die sehr lästige Aufgabe zu, nachzuweisen, wie sie es besser machen würde, wenn sie am Ruder wäre!

Denn daß die Regierung es nicht extra darauf abgesehen hat, die Neger zu quälen, das kann man ihr ebenfogut glauben, wie man ihr nicht zu glauben braucht, daß sie die Neger beglücken will. Aber wer will denn die Neger quälen? Wollen das die Pflanzler? Ja, wenn man mit den Feinsinnern der Sequäiten Windflügel betrogen könnte, dann vielleicht; da es aber keinen materiellen Nutzen bringt, so gehört es nicht ins Geschäft. Und die Plantagenbesitzer haben nicht minder, wie Dernburg, recht, wenn sie behaupten, daß sie nicht zu dem Zweck nach Afrika gehen, um den Negern weh zu tun, sondern um Geschäfte zu machen. Dieses kapitalistische Geschäft ist es aber gerade, das den Neger mordet. Darum ist den Negern damit nicht gedient, und ist es eine elende Heuchelei, wenn man den „bösen Willen“ der kolonisierenden Kapitalisten bekämpft und zugleich das kapitalistische koloniale Geschäft emporklühen lassen will, unter dem der Neger leidet.

Es ist auch richtig, daß der Neger jetzt vom geschäftsmächtigen Standpunkt aus anders aufgefaßt wird, als früher. Man hat die Eingeborenen abgefaßt, wie ihr Vieh, ihre Hütten, ihren Grund und Boden. „Der Neger ist eine Rechnungsgröße geworden, man muß sein Leben schonen“ —

das ist jetzt der Ruf aus dem kolonialen Markt. Der Neger steht auf dem Kurszettel der Börse — das weiß Dernburg. Aber mit der Philanthropie, die diesem Gesichtspunkt entspringt, ist es nicht weit her, sie kennt schon jener Sklavenhändler, den S. Heine beten läßt:

Im Christi willen verschone, o Herr,
 Das Leben der schwarzen Skinder!

Verschone ihr Leben um Christi willen,
 Der für uns alle gestorben!
 Dem bleiben mir nicht dreihundert Stück,
 So ist mein Geschäft verdorben.

Kommt der Neger jetzt besser weg, da er als ein Stück Kapital in die Geschäftsbücher der kolonialen Gesellschaften eingetragen wird? Früher jagte man ihm höchstens eine Kugel nach, als er in die Wildnis floh; jetzt holt man ihn aus der Wildnis hervor, da man ihn zur Arbeit braucht. Man umstellt die Eingeborenen — nicht anders, wie diese ihre Elefantenherden — und jagt sie in Massen zu Eisenbahnbauten, in die Plantagen usw. Die man ihre Arbeitskraft braucht, so braucht man jetzt auch ihre Jagdgründe, die Weideplätze ihres Viehes, ihren gesamten Grund und Boden. Man hebt ihren primitiven Ackerbau auf, weil man glaubt, durch Baumwollkulturen ein besseres Geschäft machen zu können. Will man wissen, wie das wirkt, so braucht man bloß bei Karl Marx oder anderen nachzulesen, wie es z. B. in England zugeht, als die Lords, mit dem Aufkommen der flandrischen Wollmanufaktur, die Bauern von der Scholle verjagten und die proletarisierten Massen unter Blutgesetze gestellt wurden. Der gleiche Prozeß der primitiven kapitalistischen Akkumulation, nur noch viel brutaler, weil einer fremden Rasse gegenüber und fern von der zivilisierten Welt, auch jetzt in Afrika.

Aber es gibt selbst wohlwissende Gelehrte und Politiker, die nur dann ein Verständnis für eine soziale Erscheinung haben, wenn sie ein paar Jahrhunderte von ihnen entfernt ist. Es läuft mancher humane Philosoph auf den Straßen von Berlin herum, der nicht Worte genug der Entrüstung fände, wenn die jetzige deutsche Wirtschaft in den Kolonien in das XVI. oder XVII. Jahrhundert entrückt wäre, der aber in ihr eine kulturelle Tat entdecken zu können glaubt, da die Vorgänge sich in seinem Zeitalter abspielen.

Die Eingeborenen freilich empfinden anders: sie würden eine historische Ungerechtigkeit viel eher verschmerzen, als die Wunden, die ihnen in der Gegenwart die kapitalistische Ausbeutung schlägt unter dem Regime Dernburgs des Gerechten.

Verdächtiges Schweigen.

Die Berliner Blätter der Freisinnigen Volkspartei schweigen weiter mit verdächtiger Besonnenheit über die Absichten des Freisinn zum Sprachenparagrafen des Reichsvereinsgesetzes. Die Meldung der „Lib. Korz.“, daß sämtliche freisinnigen Mitglieder der Reichsvereinsgesetz-Kommission entschlossen seien, beim § 7 nicht über den abgelehnten freisinnigen Änderungsantrag der ersten Kommissionsberatung hinauszugehen, hat bis Montag abend in der „Freisinnigen Zeitung“ und in der „Vossischen Zeitung“ noch nicht Erwähnung gefunden! Sie wird verschwiegen, wie auch die Erklärung v. Bayern von diesen Blättern des unverfälschten Bloßfreisinn verschwiegen wird!

Vom vollparteilichen Abgeordneten Müller-Reinigen liegt allerdings eine Aeußerung in der Sonnabendnummer der „Münch. Neuest. Nachrichten“ vor. Die ist aber weit entfernt, dieselbe Klarheit zu schaffen, wie das Dementi v. Bayern. Sie ist eher dazu angetan, den Eindruck zu erwecken, daß hinter den Kulissen noch geschachtelt wird.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ganz recht, wenn sie meint, diese Erklärung lasse darauf schließen, daß endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt worden seien.

Al das kann nur so gedeutet werden, daß die Richtung innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die bereit war, die Regelung der Sprachenfrage der Landesgesetzgebung zu überlassen, d. h. das Versammlungsrecht der Polen und das Koalitionsrecht dem preussischen Dreiklassenhaufe und dem Herrenhaufe auszuliefern, und die nach der Meldung der „Lib. Korz.“ vorläufig unterlegen wäre, immer noch auf eine Wendung hofft, die ihr wieder Oberwasser geben soll. Die Gefahr des Umfalls scheint demnach durchaus noch nicht abgewendet.

Die Regierung und die Rechtsparteien lassen indes alle Rinnen springen. Die „Kölnische Zeitung“ brachte am Sonntag ein offizielles Berliner Telegramm, worin sie mitteilt, daß die Beratung des Gesetzes verschoben worden sei, weil man die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, außerhalb der Kommission zu einer Verständigung zu kommen. Die Regierung sei fest entschlossen, wenn der § 7 des Gesetzes nicht angenommen werde, das ganze Gesetz zurückzuziehen. Sie bestche darauf, klar und deutlich müsse im § 7 zum Ausdruck gelangen, daß die Sprache in öffentlichen Versammlungen die deutsche ist.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ hört, daß die verbündeten Regierungen entschlossen sind, in der Nachgiebigkeit nicht einen Schritt weiter zu gehen.

Wann wird die Presse der Freisinnigen Volkspartei zu diesen Aeußerungen und denen ihrer freisinnigen Bruderfraktionen die Sprache wiederfinden?

Der Kaiserbrief.

In den englischen Parlamenten kam am Montag der Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth zur Sprache. Vorher wurde noch ein Ministerrat abgehalten. Als sein Ergebnis ist zu betrachten, daß eine Veröffentlichung des Briefes unterbleiben wird. Es liegt ja überhaupt im Interesse der liberalen Regierung, die Diskussionen über einen Vorfall, durch den ein Mitglied des Kabinetts immerhin bloßgestellt ist, möglichst einzuschränken.

Daher versucht auch die liberale Presse, wie uns aus London, 6. März, geschrieben wird, die Bedeutung des deutsch-englischen Zwischenfalls zu verkleinern, aber nur deshalb, weil sie weiß, wie tief die liberale Regierung durch den kaiserlichen Brief erschüttert worden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Tarifreformer und Jingoos diesen Zwischenfall gehörig ausbeuten werden. Die nächsten parlamentarischen Nachwahlen werden noch schlimmer für die Regierung ausfallen. Der kaiserliche Brief hat sicherlich die Lebenszeit der liberalen Regierung erheblich abgekürzt. Man kann bereits die Leute von einer „Regierung der Verräter“ sprechen hören.

Soweit unser Korrespondent. Auch daraus wird ersichtlich, daß es gegen die sinnlosen Flottentreibereien in beiden Ländern nur ein Mittel gibt: Eine offene Verständigung zwischen England und Deutschland über eine Einschränkung des Flottenbaues. Diese Verständigung ist um so leichter möglich, da sie nicht nur im Interesse der breiten Volksmassen haben und drüben liegt, sondern auch ein parteipolitisches Interesse des englischen Liberalismus ist. Die kabinettische Stimmung und nervöse Erregung, die aus dem steten Betrübten naturgemäß folgt, schafft nur die Vorbedingungen für den Wahlsieg der imperialistischen und schaukelsnerischen Konservativen. Aber die deutsche Regierung sucht diese Gunst der Umstände keineswegs auszunützen. Vielmehr demütiert heute die „Kölnische Zeitung“ offiziös die Nachricht von Verhandlungen zwischen der Britischen und deutschen Regierung über eine gegenseitige Einschränkung des Baues von Kriegsschiffen. Um so notwendiger wird es sein, daß im Reichstage diese Forderung erhoben wird. Ueber die Regierungserklärung im Unterhause meldet der Telegraph:

Schatzkanzler Asquith erklärte, daß er seinen Ausführungen vom letzten Freitag nichts weiter hinzuzufügen habe, als daß Lord Tweedmouth sofort nach Empfang des Briefes Kaiser Wilhelms diesen Brief dem Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey gezeigt und sich mit Grey darüber verständigt habe, daß der Brief keinen offiziellen Charakter trage und als eine Privatmitteilung zu behandeln sei. (Beifall.) Es könne absolut keine Rede davon sein, eine private, persönliche Korrespondenz auf den Tisch des Hauses niederzulegen.

Nach der Erklärung Asquiths fragte der Konservative Lord Wood, ob Asquith denken könne, daß eine Mitteilung in einer so wichtigen Frage zwischen dem deutschen Kaiser und dem Ersten Lord der Admiralität irgendwie als privat und vertraulich angesehen werden könne. Asquith antwortete: Ja habe nichts zu erklären oder zu ändern. Der Gegenstand wurde sodann verlassen.

Die Altersversicherung vor der Kammer.

Paris, 6. März. (Fig. Per.) Bekanntlich hat die letzte Deputiertenkammer ein Gesetz über die Altersversicherung angenommen. Die Wahlen fanden vor der Tür und man konnte den Wählern nicht mit leeren Händen unter die Augen treten. So war denn auch die Mehrheit für das Gesetz ungeheuer. Und dieses ging viel weiter als die entsprechenden Gesetze anderer Länder. Denn nicht nur die landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch die Bauern und Pächter waren mit einbezogen. Die Höhe der Rente war allerdings sehr mäßig. Dreißig Jahre lang sollte sie nur 120 Frank jährlich betragen.

Das Gesetz ging nun an den Senat. Und dieser ließ sich, wie immer bei sozialpolitischen Reformen, sehr viel Zeit, stellte Untersuchungen an, verlangte Auskünfte von der Regierung usw. Die wichtigste Frage, die er an diese stellte, drehte sich verständlicherweise um die Kostenfrage. Nach dem angenommenen Gesetz sollten die Kosten durch Beitragsleistungen der Arbeiter und Unternehmer und durch Zuschüsse des Staates bestritten werden. Vor einigen Wochen gab nun die Regierung in der Senatskommission die verbindliche Erklärung ab, daß sie jährlich nur einen Maximalbetrag von 100 Millionen ausgeben könne. Damit aber war die Durchführung des Gesetzes unmöglich gemacht. Denn, um auch nur die geringeren Renten der Uebergangsperiode zu sichern, wäre ein Staatsbeitrag nötig, der von verschiedenen Kennern auf 144 bis 250, vom Finanzministerium sogar auf 200 Millionen geschätzt wird. Bestand die Regierung auf der genannten Pauschalsumme, so wäre die Ausschließung zahlreicher Kategorien vom Rentenbezug und eine Herabsetzung der Rente auf 60 Frank, ja vielleicht nur 45 Frank im Jahre die notwendige Folge gewesen. Begreiflicherweise erregte die Zurechnung, sich 4 Proz. vom Lohn abziehen zu lassen, um im Alter den Betrag von 4 oder 5 Frank monatlich zu erhalten, in der Arbeiterschaft große Erbitterung und die bürgerlichen Demokraten empfanden das Bedürfnis, den Eindruck der Wahlen, daß die Parlamentarier wieder einmal Schindluder mit ihnen getrieben hatten, zu verwischen. So kam es dann einer Interpellation zur gestrigen Debatte.

Optimisten werden mit ihrem Resultat vielleicht zufrieden sein. Der Arbeitsminister gab nämlich, um das von der Regierung verlangte einfache Vertrauensvotum durchzuführen, die Erklärung ab, daß er auf dem Vorschlagszweck, der auch nur als Übergangssystem gedacht sei, nicht bestünde und auch andere brauchbare Formeln, die die wesentlichen Grundzüge des Gesetzes von 1906 nicht verletzten, zu erwägen bereit sei. Man solle der Regierung im Interesse der Reform die Freiheit lassen.

Die auf Verlangen der Regierung beschlossene Tagesordnung, die von Millerand beantragt war, dessen Haltung in dieser Frage Clemenceau unlängst selbst als Bluff bezeichnet hat, spricht die Erwartung aus, daß die Regierung im Laufe dieses Jahres im Senat die günstige Abstimmung durchsetzen werde, die erlauben würde, das Gesetz über die Altersversicherung vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode kundzumachen. Da aber das beschlossene Gesetz im Senat gar keine Aussicht hat, angenommen zu werden, und da die Regierung die Voraussetzung dazu, die Bestimmung der notwendigen Mittel, als unerfüllbar anerkannt hat, so sind die gestrigen „prinzipiellen“ Versprechungen samt dem Beschluß, der sie mit 474 gegen 66 Stimmen sanktionierte, eine bloße Spielerei. Genosse Constans traf ins Schwarze, als er in seiner Kritik der Regierungspolitik erklärte, die Bourgeoisrepublik, die in Marocco für die Kapitalisten ungezählte und unbegrenzte Millionen hinauswerfe, habe für ihre abgearbeiteten Bürger nichts übrig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März 1908.

Läßliche Langeweile

Ist das Kennzeichen des Dreiklassenparlamentes selbst an den sogenannten großen Tagen. Von dem Stumpfsein der Richtungsinteressen, der sich heute im Abgeordnetenhaus beim Extraordinarium des Eisenbahnetats austobte, kann sich ein vernünftiger Mensch überhaupt keine Vorstellung machen. Sechs Stunden lang jeden Abgeordneten sein Dreiklassenwahlmandat verteidigen zu hören, indem er für seinen Wahlkreis eine neue Bahn, einen Bahnhofsbau oder die Verbesserung eines Niveauüberganges fordert, ist eine Art intellektueller Tortur, die durch die Selbstgefälligkeit der Lokalgrößen des Dreiklassenparlamentes noch verschärft wird. Wir verzichten deshalb auch heute darauf, die Zeit unserer Leser durch einen Bericht über die Debatte in Anspruch zu nehmen.

Morgen haben bei der Vorlage über den Masurischen Kanal zunächst ein Dutzend wiederwählter Ostpreußen das Wort, danach bei den kleineren Etats die Vertreter anderer Ostschlesier und -Wänsche.

Postschekverkehr.

Dem Reichstage ist die Vorlage über den Postüberweisungs- und Postschekverkehr in Form eines Ergänzungsetats für 1908 zugegangen. Zunächst sollen 9 Postschekämter errichtet werden und zwar in Berlin, Breslau, Köln, Danzig, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe und Leipzig.

Nach der beigegebenen Denkschrift kann für jeden bei den Postschekämtern ein Scheckkonto auf Antrag eröffnet werden. Die Kontoinhaber haben eine Stammeinlage von 100 M. einzuzahlen, die auf dem Konto bleibt, solange es besteht. Eine Verzinsung der auf dem Konto gebuchten Einlagen soll nicht stattfinden. Der Scheck soll nicht durch Indossament übertragbar sein. Es sollen folgende Gebühren erhoben werden: 1. Bei Barinzahlungen für je 500 M. oder einen Teil dieser Summe 5 Pf. 2. Für jede Barrückzahlung ein Viertel vom Tausend der auszuzahlenden Beträge und außerdem eine feste Gebühr von 5 Pf. 3. Für jede Überweisung von einem Konto auf ein anderes Postschekkonto 3 Pf. 4. Bei jährlich mehr als 600 Buchungen für jede weitere Buchung eine Zuschlagsgebühr von 7 Pf. Die Formulare zu Zahlkarten und für Überweisungen sollen einzeln unentgeltlich abgegeben werden.

Die durch den Überweisungs- und Scheckverkehr eingehenden Gelder sind zinstragend anzulegen und zwar unter Mitwirkung der Reichsbank. Die Reichsbank übernimmt die Verwaltung der Gelder für Rechnung und Gefahr des Reiches. Für diese Verwaltung beansprucht sie eine jährliche Vergütung von 1/4 Proz. der an sie zur zinstragenden Anlegung abgeführten Summe.

Fleischkonsum und Fleischpreise.

In der agrarischen Presse wird der Versuch unternommen, die Klagen über Lebensmittelerhöhung, Fleischnot und Beschränkung der Lebenshaltung der breiten Masse als unberechtigt erscheinen zu lassen. Das geschieht unter Hinweis auf die Zunahme der Schlachtungen im Jahre 1907 gegenüber 1907. Geflügellich ver-

schwiegen wird dabei, daß das Jahr 1906 ein wahres Notjahr war, in dem die Schlachtungen teilweise rapid zurückgingen. Nur bei Schweinen erfolgte eine Zunahme. Weiter läßt man außer Acht, daß die unzulängliche Versorgung in den Jahren 1905 und 1906 die Bestände an Danerware reduziert hatte und die vermehrten Schlachtungen im Jahre 1907 teilweise zur Kompensation der Läger gebient haben. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die hohen Preise im Jahre 1908 die kleinen Bestände veranlaßt haben, ihr Vieh zu verkaufen, während die jetzigen niedrigeren Schweinepreise zunächst wohl den Konsum der Schweinezüchter steigern läßt, die, soweit sie auch etwas Getreide produzieren, jetzt dieses lieber verkaufen, weil die Preise dafür eine außerordentliche Höhe erreicht haben. Will man ein Urteil gewinnen, dann muß man die Ergebnisse der Jahre 1904 und 1905 zum Vergleich heranziehen. Die „Berliner Korrespondenz“ veröffentlicht nun nach den Zusammenstellungen des Kaiserlich-Statistischen Amtes die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau im Deutschen Reich für das IV. Vierteljahr 1907. Danach ergeben sich folgende Resultate. Es betrug die Zahl der geschauten Tiere:

	1904	1905	1907
Pferde und andere Einhufer	44 810	52 591	45 266
Ochsen	152 867	156 840	158 201
Rullen	111 783	99 763	103 144
Rühe	410 763	426 707	432 180
Jungvinder über 3 Monate alt	219 773	263 146	273 572
Kälber bis 3 Monate alt	999 826	913 112	1 043 084
Schweine	4 404 158	3 471 742	4 845 370
Schafe	600 630	657 723	603 160
Ziegen	136 838	152 931	139 794
Gänse	1 763	2 405	2 299

Berücksichtigt man, daß seit 1904 die Bevölkerung um mindestens 2 1/2 Millionen Köpfe zugenommen hat, dann kam von einer Steigerung der Schlachtungen kaum die Rede sein, besonders dann nicht, wenn man noch erwägt, daß die Jahre 1905 und 1906 teilweise erhebliche Ausfälle gebracht haben.

Ganz unzweifelhaft wird aber der Arbeiterhaushalt durch die Steigerung der Milch- und Butterpreise ganz enorm belastet. Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ kostete im Durchschnitt nach den Marktpreisen an 23 Markorten ein Kilogramm Pfennig:

	1904	Jahresdurchschnitt	1907	Februar
Weizenmehl	30	30	31	32
Roggenmehl	25	26	27	28
Ebutter	236	242	245	245

Im Februar 1908 ist der Preis gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1904 gestiegen: bei Weizenmehl um 23,3 Proz., bei Roggenmehl um 32 Proz. und bei Ebutter um 10,59 Proz. Daß solche Preissteigerungen keine Einschränkungen in der Lebenshaltung der breiten Masse bedingen, kann nur ein Agrariergemüt behaupten.

Auch eine Kritik.

Wir haben unlängst von einer Wahlrechtsversammlung berichtet, die ein freisinniges Komitee, dem mehrere Führer der Hirsch-Dunderichen Gewerkschaften angehörten, in Berlin abhalten wollte. Die Versammlung sollte öffentlich sein und Herr Raumann das Referat halten. Herr Raumann aber stellte eine schwere Bedingung. Er wollte das Referat nur übernehmen, wenn außer ihm auch ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei zum Referat aufgefordert würde. Also gebot es ihm sein fraktionsloses Gemüt. Als das Komitee dies erfuhr, gab es den Plan der Versammlung eiligst auf; es hatte eingesehen, daß man ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei unmöglich in einer öffentlichen Versammlung noch als Kämpfer für das Wahlrecht auftreten lassen könne.

Wie die Zentrumsbauern über die Zentrumsgesetzgebung denken.

Die „Rheinische Volksstimme“, das Blatt der Zentrumsbauern im Westen, hat schon öfter gegen die Zusammenfassung der Kreiswahlkomitees und die Auswahl der Kandidaten des Zentrums protestiert und tut das auch in einer ihrer letzten Nummern wieder. Das Blatt schilt auf den braven deutschen Michel von katholischem Bauen, der geduldig harre wie ein Esel, bis ihm Vertrauensmänner vorgeführt würden, zu denen er zwar kein Vertrauen habe und die ein Wahlkomitee zusammenbrächten, dem jedes Verständnis für die bäuerlichen Sorgen mangelte. So wie es natürlich nicht ausbleiben, daß den Bauern der Kandidat serviert werde, den sie verdienen, und gewählt werde er natürlich auch; dazu fehle es nicht an ein paar schönen Sprachen in der Wählerversammlung und ein leutseliges Herablassen bis zum Tage der Wahl. Wörtlich schreibt das Blatt:

im Zuge der Demonstrationen als einer unter Tausenden zu marschieren, nein, als „organisierter Genosse“ hat er seinen Stolz darcin gesetzt, aus seinem Bezirke am 12. Januar als der Erste an der Jahlabendstelle zu erscheinen. Unter dem Namen

Karl Krulke, Weberstr. 13, bei Witte Kahne hat er sich schon am 10. Januar 1908 als Mitglied in den Wahlverein des 4. Kreises einschreiben lassen und ging während des ganzen Jahres den jüngeren Genossen mit gutem Beispiel voran. Nie fehlte er bei einer Flugblattverbreitung; mit unermüdlichem Fleiß stieg er treppauf und treppab und mit ganz besonderem Eifer ließ er es sich angelegen sein, säumige Mitglieder zu mahnen und sie an ihre Pflichten gegen die Partei eindringlich zu erinnern, damit der Kaffierer glatte Abrechnung habe. Als seinen Veruf gab er bei Aufnahme in den Wahlverein den eines Versicherungsbekanntem an. Ob er in Vorahnung seiner Verwendung an der Vertrauensbrücke die Unfallversicherung als Spezialität betrieb, ist uns nicht bekannt; kurz, er gab sich als Versicherungsbeamter aus, der eigentlich in Eberswalde wohne, aber in Berlin sein Tätigkeitsfeld habe. So einzig er sich mit Erfolg den Nachforschungen der Genossen; doch einschädliche er die Genossen andererseits wieder dadurch, daß er z. B. bei der letzten Reichstagswahl eine Menge schriftlicher Agitationsarbeiten zur allgemeinen Zufriedenheit und mit anerkannter Genauigkeit erledigte.

Diese Tätigkeit muß man ihm besonders hoch anrechnen, denn gerade solche schriftlichen Arbeiten für die Partei hatten ihm früher bereits großes Leid gebracht.

Kassube war bekanntlich früher schon unter dem Namen Schneider im 5. Wahlkreis tätig gewesen und hatte dort bei den Stadtverordnetenwahlen sich zu den schriftlichen Agitationsarbeiten des Wahlkomitees erboten. Damals hatte er sich als Reisender eines Seifengeschäftes ausgegeben, was wohl darauf schließen läßt, daß er Vorliebe für Reinlichkeit hat. Oder sollte er der Meinung gewesen sein, daß sein Handwerk eine öftere Reinigung nötig macht? Dann hätte er auffällig mit seinem Kollegen, dem Kriminalbeamten Dietrich II harmonisiert, der als Genosse Ernst Philipp im 3. Wahlkreis und als Hausdiener Ernst Philipp im Transportarbeiterverband organisiert war.

Statt daß die Bauern in jedem Orte beliebigen geeigneten Männer als Vertrauensleute aufstellen, legt man teils aus politischer Schwermüdigkeit, teils aus Menschenfurcht die Hände in den Schoß und wartet, bis von oben irgend eine willkürliche Puppe dazu bestimmt wird, die man natürlich nur an der Kordel zu ziehen braucht. . . . Diese Leute haben nur die Meinung, die ihnen vorgefaßt wird und sind pflichtschuldigst davon überzeugt, daß irgend ein gelehrter Stadtrath der einzig wahre und geeignete Vertreter des Bauernstandes ist, wenn er auch keinen blauen Dunst von der Landwirtschaft hat. Er war vielleicht mal vier Wochen zum Land, aufenthalte irgendwo ober hat als Referendar einen Bauernprozeß bearbeitet; das genügt jedenfalls, um den kleinen Gefähigungsnachweis für die Fähigkeit als Abgeordneter eines bäuerlichen Wahlkreises zu erbringen.

Es ist wohlverstanden, ein Zentrumblatt, das in dieser Weise über die Vertrauensleute und Abgeordneten der Zentrumspartei urteilt.

Eine Krise in der sächsischen Wahlrechtsreform.

Es bestätigt sich, daß sich in der Dunkelkammer, die sich außerordentliche Wahlrechtsdeputation nennt, etwas Außerordentliches zugetragen hat. Der Minister des Innern Graf Hohenthal hat, wie bürgerliche Blätter mitteilen, zu Beginn der letzten Sitzung eine Erklärung der Regierung zur Verlesung gebracht, die im wesentlichen besagt, daß das Ministerium nicht mehr so wie bisher mitmachen wolle. Nach monatelangen Beratungen sei noch nichts zustande gekommen. Die bisher im Prinzip angenommenen Wahlsysteme (Pluralwahlrecht mit vier Zuschlagsstimmen und Jenseitswahl mit 10 Mark Jenseits) müßte die Regierung ablehnen. Auch das Berufswahlrecht könne von ihr nicht akzeptiert werden, dagegen sei sie unter gewissen Bedingungen mit einer Verminderung der Kommanditäre auf ein Drittel bis ein Viertel der Abgeordneten einverstanden. Im weiteren aber müsse die Regierung erwarten, daß die Deputation nunmehr die Regierungsvorlage alsbald in Angriff nehme. Hohenthal ließ ferner durchblicken, daß sich die Regierung an den Beratungen der Wahlrechtsdeputation ferner nicht mehr beteiligen werde. Daß die Regierung dieser Erklärung die größte Bedeutung beilegt, geht schon daraus hervor, daß sie die Kundgebung als vertraulich allen Abgeordneten gedruckt hat zugehen lassen. Die Wahlrechtsdeputation soll nach Entgegennahme dieser Regierungserklärung die Beratungen alsbald abgebrochen haben, nachdem geltend gemacht worden war, jetzt müßten erst die Fraktionen zu der neugeschaffenen Situation Stellung nehmen. Von der Haltung der konservativen Fraktion wird die weitere Entwicklung der Wahlrechtsreform in Sachsen abhängen. Man erkennt jetzt jedenfalls sehr deutlich, daß ein plötzliches Scheitern der ganzen Wahlrechtsfrage leicht eintreten kann. Wenn die Konservativen ihre Verschleppungstaktik durchkreuzt sehen, werden sie jedenfalls auf andere Weise die Wahlrechtsreform zu versenken suchen.

Zurückgehen der Militärtauglichkeit.

Die deutsche Regierung läßt selbst durch ihre künstliche Verteuerung der Lebensmittel, wie durch die Behinderung der Arbeiterbewegung nicht unwesentlich mit, die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes zu untergraben. Besonders machen sich die Folgen der Ausbeutung durch die Unternehmer und andererseits durch die Agrarier in den notorischen Hungergebieten bemerkbar. In Sachsen kann neben dem Erzgebirge die Lausitz als solche bezeichnet werden. Weisens ist die durch ihre erbärmlichen Lohnverhältnisse unermülich belannte Textilindustrie dort vorherrschend. Was Wunder, wenn in diesen Distrikten die Militärtauglichkeit ganz gewaltig zurückgeht. In einem Orte der Oberlausitz hart an der böhmischen Grenze, in Ebersdorf, wurden von 224 Militärtauglichen 106 und schreibe nur — 45 Mann diensttauglich befunden. In Reusalza waren von 248 Militärtauglichen 67 tauglich.

Das sind schlimme Resultate der Ausbeutung und Auswucherung der Volkskraft. Wer sind denn nun die wirklichen Feinde des Vaterlandes, die es wehrlos machen? Etwa die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die mit aller Energie für eine Verbesserung der Lebenshaltung eintreten? Oder sind es nicht die energigsten Durrschneiler im Bunde mit der Regierung selber? —

Die Stöckerpartei und das Wahlrecht.

Die Christlichsozialen, die gegenwärtig im industriellen Westen eifrig auf den Arbeiterfang gehen, erweisen sich in der Wahlrechtsfrage als recht unsichere Kantonalisten. Die Beschlüsse, die sie gefaßt haben, vermeiden mit Absicht jede klare und entschiedene Stellungnahme. Man merkt den Leuten an, daß sie nur darauf bedacht sind, für ihr Arbeitererfolge etwas herauszuschlagen, daß sie aber ebenso sehr einer Reform widerstreben, die geeignet ist, der Sozialdemokratie den ihr gebührenden Einfluß in Preußen zu sichern. Manche der Zuschriften, die das christlich-soziale Wochenblatt „Die Arbeit“ zur Wahlrechtsfrage bringt, sind derart, daß sie dem ärgsten Scharfmacher alle Ehre machen würden;

Kassube hat also bei den Reichstagswahlen im 4. Wahlkreis genau so wie früher im 5. Wahlkreis anlässlich der Stadtverordnetenwahlen bei den schriftlichen Agitationsarbeiten für die Partei mitgeholfen, wiewohl er gerade bei diesen Arbeiten im 5. Wahlkreis als unwillkommener Mitarbeiter vom Alexanderplatz gang unsanft ermittelt worden war. Aber seine Anhänglichkeit an die Partei und sein fleißiges, schüchternes Wesen, das ihn nunmehr am 12. Januar an der Vertrauensbrücke zu so blutigen Hieben verholten, hat sich schon damals verraten. Auf die Aufforderung, sich zu legitimieren, ließ er sich damals von zwei Genossen ruhig nach der Rheinsberger Straße in seine angebliche Wohnung eskortieren. Er machte zwar unterwegs ein paar schüchternes Versuche — freilich erfolglos — sich seiner Begleiter zu entledigen, aber schließlich stieg er auch noch die dunklen Treppen mit hinauf, um sich mit seinen Hausgenossen konfrontieren zu lassen, ja zuletzt wollte er den einen seiner beiden Transporteure in seiner Freude über die endliche Erlösung sogar noch zu einem Glase Bier einladen, was zu seinem Leidwesen ganz unhöflich abgelehnt wurde. Man darf jetzt gespannt sein, denn nächst zu erfahren, in welchem Kreise er nunmehr zu schriftlichen Arbeiten für die Partei sich erboten wird. Wir zweifeln nicht daran, daß seine Liebe zur Partei ihn auch all die bisherigen Mißgeschicke vergessen läßt, so lange die blutigen Hiebe ihm von so befreundeter Seite, wie der Berliner Schutzmannschaft, zuteil werden. Unter Kameraden ist ja alles egal!

Als Nachtrag möchten wir hier noch anfügen, daß der von Genosse Fischer in seiner Reichstagsrede gleichfalls als eifriger Wahlrechtsdemonstrant gekennzeichnete Kriminalbeamte Wilhelm Draber, Auguststr. 63, der unter dem Namen Gräßling Mitglied des Wahlvereins im 3. Kreise geworden war, sein Mitgliedsbuch für den Lotterielklub Preußen in der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 63, jeden Abend in den Stunden von 6—9 Uhr gegen Quittung und Legitimierung seiner Personlichkeit abholen kann.

Ausweislich dieses Buches war er dort am 6. Januar 1908 eingetreten unter dem Namen Wilhelm Gräßling, Rosenstr. 2, hat 50 Pf. Eintrittsgeld und 2 M. an Beitrag gezahlt. Das Buch sieht also zu seiner Verfügung!

Ein polizeilicher Wahlrechtsdemonstrant.

Ein Schwogel, den es aber mit unvorderstehlicher Gewalt immer wieder — wie den Verbrecher an die Stätte seiner Missetat — zur Sozialdemokratie und ihrer Organisation, den Wahlvereinen, hinstreift, ist der Kriminalbeamte Kassube. Kein Mißerfolg, nicht Lohn, nicht Spott schreckt ihn ab, selbst blutige Hiebe lösen nicht seine unsittliche Liebe zur Partei.

In seiner Reichstagsrede vom 22. Januar über die Berliner Wahlrechtsdemonstration hat Genosse Fischer unter anderem von diesem Kassube zu erzählen gewußt:

Meine Herren, in letzter Stunde erhalte ich eben noch eine Nachricht: Der Kriminalbeamte Kassube, Kopenhagener Straße 28 wohnhaft, der früher unter dem Namen Schneider Mitglied im 5. Berliner Reichstagswahlverein war (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und dort schriftliche Arbeiten für die sozialdemokratische Stadtverordnetenwahlagitation zur Unterstützung des Vertrauensmanns gemacht hat, — dieser Kriminalhauptmann Kassube ist an der Vertrauensbrücke von der Polizei mit Säbelhieben traktiert worden, sodas er in einer Drohsache nach Hause gebracht werden mußte. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.)

Fischer hat damals noch hinzugefügt, er habe diese Nachricht noch nicht nachkontrollieren können. Die gegnerischen Abgeordneten erwarteten daher ein baldiges Dementi; aber da in all den Wochen die politische Polizei kein Sterbenswörtchen gegen diese sie so schwer kompromittierende Behauptung an so autoritative Stelle verlanen ließ, mußten schließlich auch die Gegner annehmen, daß diese Behauptung — zu ihrem Leidwesen — ebenso wahr sei, wie die andere bezüglich der politischen Polizei.

Aber dieses auffällige Stillschweigen der sonst so gesprächigen politischen Polizei — sogar der „Post“ — erstlakte die Ablehnung im Halbe — war das Schweigen des schlechten Gewissens! Die Sache ließ sich nicht ableugnen, denn Kassube wurde in der Sanitätswache in der Brüderstraße gleichzeitig mit dem ebenfalls an der Vertrauensbrücke verurteilten Genossen R. verbunden.

Indes, schweigt die Polizei — so wollen wir von Kassubes Liebe zur Partei weiter erzählen. Kassube hat sich nicht begnügt,

„Vertrauensarzt“ für zu niedrig und sprach dem Verletzten nach Besichtigung der verletzten Hand eine 35 Proz. Rente zu. Besonders bemerkenswert ist aber das Verhalten des Vertrauensarztes im vierten Falle. Hier handelt es sich um eine Verletzung eines Arbeiters gegen die Einstellung der Rente. Der Kläger hatte infolge eines Unfalles eine Verkrüppelung der linken Hand davongetragen, wofür er mehrere Jahre eine 10 Proz. Rente erhielt. Schließlich mußte sich der Verletzte einer neuen Untersuchung durch den Vertrauensarzt unterziehen und dieser stellte denn auch tatsächlich fest, daß „wichtige Gewöhnung“ an die Folgen des Unfalles eingetreten sei, weshalb die Rente eingestellt werden müsse. Die Genossenschaft stellte dann auch die Rentenzahlung an den Verletzten ein. Da der „Vertrauens“arzt wohl annahm, daß der Verletzte gegen die Einstellung Berufung einlegen werde, so schrieb er in das „Gutachten“, die Sache eventuell bis zum Rekurs kommen zu lassen. Dies war ein Bink für die Berufsgenossenschaft, wonach diese für den Fall, daß sie vom Schiedsgericht zur Weitergewährung der Rente verurteilt werden sollte, eine Entscheidung des Landesversicherungsamts herbeiführen solle. (Es handelt sich hier um die sächsische Holzberufsgenossenschaft, für welche als höchste Instanz das Landesversicherungsamt zuständig ist.) Dieses Verfahren des „Vertrauens“arztes wurde vom Vorstehenden energisch gerügt, indem er ganz richtig ausführte: „Wenn sich Dr. Sandbuhl als Parteivertreter der Genossenschaft aufspielen will, dann verdient seine Gutachten überhaupt keine Beachtung!“ Das Schiedsgericht hielt sich auch in diesem Falle nicht an das „Gutachten“ des „Vertrauens“arztes, sondern verurteilte die Genossenschaft zur Weitergewährung der Rente.

Die einseitige Parteimahne gegen den Arbeiter ist nicht, was den Dr. Sandbuhl auszeichnet, sondern eine allgemeine bei Berufsgenossenschaftsärzten anzutreffende Erscheinung. Das ist der Hauptgrund, weshalb die Schachmacher, mit Dr. Rugdan an der Spitze, dies Vertrauensarztssystem nicht genug zu preisen vermögen.

Liberalen Gemeinden gegen Krankenversicherung.
Wie der „liberale“ Stadtmagistrat in Nürnberg, so sträubt sich auch der Schwabacher Stadtmagistrat gegen die Errichtung von Ortskrankenkassen. In beiden Städten besteht lediglich das völlig unzureichende Surrogat einer Krankenversicherung, die Gemeindefrankenversicherung. Der Stadtmagistrat Schwabach hat sich trotz Aufforderung der Regierung zum wiederholten Male so auch jetzt geweigert, die Gemeindefrankenliste durch eine Ortskrankenkasse zu ersetzen. Dazu will er sich erst dann verstehen, wenn durch Abstimmung festgestellt sei, daß die Mehrheit der Versicherungspflichtigen mit dieser Versicherungsform einverstanden ist. Dabei soll aber der famose, vom Nürnberger Stadtmagistrat erfundene Abstimmungsmodus zur Anwendung gelangen, daß die Gesamtzahl der Versicherungspflichtigen festgestellt wird und, wenn die Ortsliste errichtet werden soll, mehr als die Hälfte der Versicherungspflichtigen ihre Stimme dafür abgeben müssen. Diejenigen, die ihr Wahlrecht nicht ausüben, werden einfach als Gegner der Ortsliste gezählt!

Gewerkchaftliches.

Verleumde nur zu!

In Fürth organisierten sich die Mehrzahl der städtischen Arbeiter in einer Zahlstelle des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Sofort waren auch die Kirche bei der Hand, um einen Ortsverein ihrer Richtung zu gründen und gegen die Freiorganisierten mit den üblichen Verdrängungen vorzugehen. Der Stadtmagistrat hat einen Fonds errichtet, aus dem städtische Arbeiter im Falle der Hilfsbedürftigkeit unterstützt werden. Die Entscheidung in den einzelnen Fällen liegt in den Händen eines Ausschusses, der in seiner Mehrheit aus Freiorganisierten besteht. Das war den Kirchen ein Dorn im Auge. Ihr Arbeitersekretär Warnholt behauptete wiederholt in Versammlungen, die Verwirklichung des Gemeindearbeiter-Verbandes habe Gelder aus dem genannten Fonds unter sich verteilt, was von der Reichsverbandspresse weißlich ausgeschlachtet wurde, obwohl der Vorsitzende des städtischen Bauamts in öffentlicher Magistratsitzung die Behauptung als dreifachen Vorwurf erklärte, an dem kein wahres Wort sei. Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses und der Zahlstellenvorsitzende sahen sich deshalb gezwungen, gegen Warnholt Klage wegen Verleumdung zu stellen. In der Verhandlung zog er es vor, zu erklären, daß er weder dem Arbeiterausschuss noch der Verwaltung der Zahlstelle den Vorwurf habe machen wollen und können, sie hätten Unterstützungsgelder unter sich verteilt, und bedauere, wenn seinen Ausführungen dieser oder ein ähnlicher Vorwurf entnommen werden könnte.

Berlin und Umgegend.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (E. B.) tagte gestern abend im Architektenhause, Wilhelmstraße 92, um u. a. zu dem Antrag des Gesamtausschusses, den Stundenlohn der Maurer und Zimmerer sowie den der Bauhilfsarbeiter noch einmal herabzusetzen, Stellung zu nehmen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Stundenlohn für Maurer und Zimmerer, der zurzeit 70 bis 75 Pf. beträgt, auf 65 Pf., und den der Bauhilfsarbeiter statt 45 bis 50 Pf. auf 45 Pf. festzusetzen. Ferner wurde folgender Antrag angenommen:

Alle Arbeiter, die am 18. März anlässlich der geplanten Wahlrechtsdemonstration völlig oder teilweise die Arbeit ruhen lassen, sind bis auf weiteres entlassen. Die Wiedereinstellung soll erst nach einem neuen Generalversammlungsbeschluss erfolgen.

Zwei Verbandstage auf einmal.

Hielt am Sonntag der sogenannte „Allgemeine Metallarbeiter-Verband“ ab. Die Abteilung Wiesenthal tagte im „Volksheim“ in der Ackerstraße, die syndikalistische Richtung im „Rosenhalscher Vereinshaus“ zu Berlin. Die Teilnehmer des „Verbandstages“ im „Volksheim“ waren mit einer Ausnahme Berliner Mitglieder; außer ihnen war nur noch ein Bielefelder Arbeiter aus Münden anwesend. In der Rosenhalscher Straße dagegen waren außer den Berlinern vertreten unter anderen die Orte Erfurt, Dresden, Leipzig, Queblinburg und Hamburg. Karlsruhe hatte auf eine Besichtigung verzichtet mit der Motivierung, die Berliner „mögen ihre Gesellen allein fertig machen“. Der Verein werde sich auflösen, weil derartige Miniaturorganisationen in der Praxis keinen Zweck haben. In der Hauptsache diente der „Verbandstag“ in der Ackerstraße dem Zweck, alles gut zu heißen, was Wiesenthal getan hat, der in der Rosenhalscher Straße dem, Wiesenthal für einen kompletten Lumpen zu erklären. In der Ackerstraße wurde Wiesenthal zum 1. Vorsitzenden gemacht, in der Rosenhalscher Straße schloß man ihn cum infamia aus dem Allgemeinen Metallarbeiterverbande aus. Interessanter als die Mollerlegenskonferenz in der Ackerstraße, deren Beschlüsse man ja voraussehen konnte, war die Tagung in der Rosenhalscher Straße. Sie zeigte deutlich, daß das syndikalistische Wägenfeld nur ein übergeworfenes ist. Ein aus Hannover gestellter Antrag besagt, daß alle Unterstellungen, welche sich nicht auf den wirtschaftlichen Kampf beziehen, also Arbeitslohn, Reise- und Sterbeunterstützung usw., der Kampforganisation nachteilig und deswegen aus dem Statut zu entfernen sind. In der Diskussion erklärten sich die meisten Redner zwar als prinzipielle Gegner jeder Unterstützungs-Einrichtung, aber ein Aufgeben derselben wird nicht für angezeigt er-

achtet, da damit ein erheblicher Mitgliederverlust verbunden sein dürfte. Die „syndikalistische“ Erziehung scheint also dem Idealismus nicht förderlicher zu sein als die vielgeschmähte zentralistische. Bei Erweiterung der Preisverhältnisse entwickelte Kleinlein den Plan, die „Einigkeit“ in eine Tageszeitung der revolutionär-syndikalistischen Richtung umzuwandeln. Bis jetzt wisse man in Deutschland von dem Vorhandensein dieser Richtung viel zu wenig. Der Arbeiterkampf mit ihrer fortumpeierten Parteipresse — dem „Vorwärts“ an der Spitze — müsse aber gezeigt werden, was Klassenkampf im revolutionären Sinne ist. Um der unheimlichen Nachbarschaft Wiesenthals zu entgehen, verlegte man dann den Sitz des Verbandes nach — Erfurt. Mit dieser wahrhaft revolutionären Tat schloß die Tagung der Syndikalisten.

Achtung, Friseurgehülfe! Differenzen sind beigelegt bei Kleinfeldt, Vorgängerer Straße 27 und Palm, Bolliner Straße 7. Die Kontrollkarten müssen laufend gestempelt sein. Verband der Friseurgehülfe, Zweigverein Berlin und Vororte. J. A.: Paul Dierke.

Achtung, Kleber! Die Firma Kamin, Rigdorf, Hermannstraße und Berlin, Kopenstraße — resp. sein „Lapezierermeister“ Zimmer — Bauten Ideal-Passage (wird von Vorstandsmitgliedern und Angehörigen der Rigdorfers Ortskrankenkasse aufgeführt), Fuldastraße und Vobestraße, Bau Ruffschke sind für Kleber wegen Nichtbezahlung der Tarifpreise gesperrt, obgleich der Herr Zimmer den Tarif unterschrittlich anerkannt hat.

Freie Vereinigung der Tapezierer.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 14. Tel. 1a 5477.

Verichtigung. In dem Bericht über die Arbeitslosenversammlung der Holzarbeiter unter Gewerkschaftlichem unserer Sonntagsnummer ist ein fälschlicherweise Druckschreibfehler enthalten. Es muß nicht heißen, daß auch die Arbeitgeber, sondern die Arbeiter selbst daran schuld sind, wenn der paritätische Nachweis nicht funktioniert.

Deutsches Reich.

Krupp-Wohlfahrt.

Die seit einiger Zeit angeordnete Einführung der achtstündigen Schicht in der Jünder-Laborierwerkstatt I und II und Jünderabnahme ist nun perfekt geworden. Nach einem Anschläge am Nummerkasten sollte am 4. März die achtstündige Schicht eintreten, und zwar von früh 6 bis nachmittags 2 1/2 Uhr. Damit nun die Arbeiter nicht von Langeweile geplagt werden, prangte unter obigem Anschläge eine Bekanntmachung des hiesigen Flottenvereins, in dem es hieß, daß vom 5. bis 12. März Vorstellungen veranstaltet werden, zu welchen sich die Arbeiter Karten zum Preise von 30 Pf. bei ihren Werkmeistern holen könnten. Die Schichtverlängerung tritt nach einem späteren anderen Anschläge erst am 18. März ein. Die bürgerliche Presse berichtete, daß Lohnföhrungen bei der längeren Schicht nicht in Frage kämen; das ist eine dreifache Lüge. Die Löhne in der Laborierwerkstatt I und II, die 3,80—3,90 M. betragen, sinken durch Verlängerung der Schichtzeit auf 3,04—3,14 M., was bei 12 Arbeitstagen 36,48—37,68 M. ausmacht. Dazu kommen die Abzüge, z. B. etwa 2,50 M. Kranken-, Pensions- und Invalidenbeiträge, außerdem zirka 9 M. Rente und 2,50 M. Steuern, im ganzen ungefähr 15 M., so behält der Arbeiter den königlichen Lohn von 20—23 M. übrig. Zu diesem Lohne arbeiten zirka 800 Arbeiter, mit Ausnahme der Dreher, die Afford haben. Fast alle diese von der Schichtverlängerung Betroffenen sind Familienväter. Von ihnen verlangt man Patriotismus für die Firma Krupp und Besuch des Flottenvereins. Als ob die Arbeiter von ihrem Hungerlohn ein menschenwürdiges Dasein führen könnten, geschweige 30 Pf. übrig haben für patriotische Vorstellungen.

Eine Konferenz des linksrheinischen Gauces des Deutschen Textilarbeiterverbandes tagte am 7. und 8. März im Volksbause in Köln. Besucht war dieselbe von 37 Delegierten, welche 19 Präzedenz betrauten, außerdem war anwesend der Gauvorstand und der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Genosse Hübsch-Verlin. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der organisierten Textilarbeiter in den letzten 2 Jahren von 5597 auf 9786 stieg. Wenn die Steigerung an sich auch ziemlich groß zu nennen ist, so ist die Zahl der Organisierten überhaupt verschwindend, gegenüber der Zahl der im Bezirk beschäftigten Textilarbeiter (110.000). Doch muß in Betracht gezogen werden die Schwierigkeit der Agitation daselbst; Pfaffen, Unternehmer und Behörden arbeiten hübsch Hand in Hand, um die Arbeiterbewegung nicht hoch kommen zu lassen. Einen steinigen Boden gilt es dort zu beatern. Die Konferenz beschäftigte sich am ersten Tage fast ausschließlich mit der verunglückten Stoffweberbewegung in Arefeld. Unter den Weibern machte sich eine Strömung geltend, welche der Verbandsleitung die Schuld an dem Zusammenbruch der Bewegung zuschiebt. Besonders wird der Leitung die Verweigerung der Unterstützung (nachher wurde doch gezahlt) sehr verübelt. Auf der Konferenz wurden diese Vorwürfe auch erhoben, doch nahmen die Delegierten gegen eine Stimme, nach einer gründlichen Aussprache eine Resolution an, welche besagt, daß Zentral- und Gauvorstand unter den obwaltenden Umständen nicht anders handeln konnten, als sie gehandelt haben. Weiter wurden noch zwei Anträge angenommen, welche eine Statutenänderung in dem Sinne befürworteten, daß dem Zentralvorstande bei Ausschluß von Mitgliedern sowie bei Streiks und Ausperrungen größere Rechte eingeräumt werden. Zu den Kosten der Gauverwaltung muß der Zentralvorstand jährlich 3000 M. beisteuern.

Die Konferenz erklärte sich im Prinzip mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden. Gleichzeitig beschloß sie, die Beiträge um 10 Pf. pro Klasse zu erhöhen; im Statut des Verbandes ist nämlich die Staffelung der Beiträge vorgesehen. Der Sitz des Gauvorstandes wird in Arefeld belassen.

Einen eigenartigen Streit

gab es in der verflorenen Woche in dem kausigen Dorfe Oberlummersdorf. Der dortige Konsumverein hatte einen Antrag der Bäckermeister, die das Brot für den Konsumverein liefern, die Brotpreise um 3 Pfennig für drei Kilogramm zu erhöhen, die den Mitgliedern des Konsumvereins aber zu gewöhnlichen Marktpreisen aber von 8 auf 6 1/2 Prozent herabzusetzen, in seinem ersten Teil abgelehnt, im letzten Teil angenommen. Darauf traten die Bäckermeister in den Streit. Sie lieferten kein Brot an den Konsumverein mehr.

Zur Verschmelzungsfrage

mit dem Verband der Bureauangestellten nahm ein Bezirksrat der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Sachsen in Leipzig Stellung. Prinzipiell erklärte man sich mit dem Statutenentwurf, der dem Verbandstage in Berlin demnächst vorgelegt werden und die Einigung beider Verbände herbeiführen soll, einverstanden. Einige Anträge auf Aenderung der vorgeschlagenen Statuten wurden angenommen, so daß der neue Verband „Verband der Bureauangestellten“ heißen sollte; der Monatsbeitrag für Mitglieder über 20 Jahre soll auf 1,20 M. statt auf 1 M. festgesetzt werden, dafür müsse der Sonderbeitrag für den Verbandstag wegfallen usw.

Gleichzeitig beschäftigte man sich mit der Schaffung einer fakultativen Pensionskasse. Wenn man auch die Schwierigkeiten nicht unterschätzte, erklärte man sich doch prinzipiell für die Einführung einer solchen, sei es auch erst in späterer Zeit.

In Sachsen haben eine Anzahl von Ortskrankenkassen den Tarifvertrag des Verbandes angenommen, wenn auch noch viel für den Tarif zu arbeiten ist. Zurzeit hat der Verband in Sachsen 557 Mitglieder gegenüber 527 im Jahre 1907.

Ausland.

Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Infolge der wilden Repressalien der Regierung endete das Jahr 1907 für die russischen Gewerkschaften mit einer schweren

Krise, die bis zur Stunde andauert. Was haben die zaristischen Polizeibehörden nicht alles angewendet, um den Gewerkschaften die Existenz unmöglich zu machen! Man löst sie dühendweise auf. Die Arbeiterversammlungen werden aufgehoben, wenn man in ihnen vom Streik zu sprechen anfängt. Aber meistens wollen die Ortsleitungen überhaupt von Arbeiterversammlungen nichts wissen, obwohl den Arbeitern durch ein Gesetz ein gewisses Recht dazu zusteht. Doch was scheren den Zarismus seine eigenen Gesetze, wenn es einen Kampf gegen das revolutionäre Proletariat, gegen seinen „Totengraber“ gilt?! Der Kampf wird mit allen möglichen Mitteln geführt. Ueberrascht die Polizei eine Arbeiterversammlung, dann holt sie ein Dutzend Skojas herbei und man schlepp die Teilnehmer samt und sonders ins Gefängnis. Wer mußt — dem wird eine gehörige Tracht Nagaias zum besten gegeben. Vor kurzem wurde eine 500 Mann starke Arbeiterversammlung in Warschau in die städtischen unmobilierten Zimmer transportiert. Daß dann der Arbeiter für das kleinste Vergehen die ungeheuerlichsten Strafen hatten, ist ja bekannt. Dieser Tage wurden für eine Streikagitator 21 Lodzer Arbeiter zu 2 Monaten Gefängnis und zur Verbannung verurteilt. Aber nicht genug damit, erfand Wätersden ein ganz neues Mittel gegen die Gewerkschaften. Ein sehr einfaches und — einträgliches. Bei den Durchsuchungen in den Bureaus werden die Gelder der Gewerkschaften konfisziert, weil sie eben ungesetzlichen Verbindungen gehören. Die Treibjagden auf die Gewerkschaften sind jetzt für die Polizeibeamten sehr einbringlich, denn der größte Teil der konfiszierten Gelder bleibt natürlich in ihren Taschen stecken.

Doch könnten die Repressalien der Regierung nicht die gegenwärtige Krise der Gewerkschaftsbewegung herbeiführen, wenn sich dazu nicht die industrielle Krise gesellte. Der amerikanische Kupferkrisis hat auch auf Rußland eine große Wirkung ausgeübt; von den vorgetommenen Produktionseinsparungen, Einstellung der Produktion, Arbeiterentlassungen, wurde seinerzeit im „Vorwärts“ berichtet. Und dieser Zustand dauert bis zur Stunde fort. In Lodz z. B. wurden im Januar 23 Fabriken geschlossen, in 12 die Produktion eingeschränkt. Dazu kehren noch tägliche Tausende aus Amerika zurück, die also den Arbeitsmarkt noch mehr überfüllen helfen. In großen Städten, und zumal in Petersburg, hat die Arbeitslosigkeit nie dagewesene Dimensionen angenommen. Daß solche Verhältnisse auf die junge russische Gewerkschaftsbewegung die schlimmsten Wirkungen ausüben müssen, liegt auf der Hand.

Viele Vereine lösten sich auf; in den bestehenden ist ein sehr großer Rückgang der Mitgliederzahl zu konstatieren. Im Roslawer Rayon verminderte sich die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften sogar auf 70 Proz. Der neue Petersburger Verein der Bauarbeiter hat 100 Mitglieder anstatt 5000, die im alten waren. Alle Gewerkschaften haben eine sehr große Zahl von Resistenzen aufzuweisen. In Kiew zählten von 6400 organisierten Arbeitern regulär ihre Beiträge nur 2710, im Verein der Petersburger Konfektionsarbeiter von 2000 nur 200 usw. Nicht besser steht es mit der Gewerkschaftspresse: von vielen Zeitungen sind nur sehr wenige geblieben. Man sieht: es ist keine günstige Lage. Aber trotzdem strecken die Gewerkschaften nicht ihre Waffen. Der Kampf dauert fort. Und es mehren sich die Zeichen, die bezeugen, daß die gegenwärtige Krise trotz aller Kuden und Tuden der Reaktion binnen kurzem überwunden werden wird.

In Mexiko ist die Lage der Arbeiter eine sehr gedrückte. Die Mexikaner sind sehr bedürfnislos und deswegen auch gehäht und verachtet von den amerikanischen Arbeitern. Ungelernte Arbeiter erhalten nur 1 M. bis 1,25 M. Tageslohn. In den Zuckerrüben, wo es drei bis vier Monate im Jahre viel zu tun gibt, und an den Eisenbahnbauten erhalten die Arbeiter etwas mehr, nämlich 2 M. bis 2,50 M. pro Tag. Dieser Lohn wird auch in den Bergwerken bezahlt. Tüchtige Handwerker verdienen 4 bis 6 M. pro Tag; davon sind sehr viele Eingewanderte, und häufig trifft man deutsche Landsleute. Die meisten Deutschen in Mexiko ziehen es vor, als Farmer zu leben oder Handel zu treiben. Wo sie als Arbeiter oder Handwerker leben, haben sie sich im Verein mit den Amerikanern, die gewöhnlich gern dazu bereit sind, um die Organisation von Gewerkschaften bemüht, aber vorläufig noch mit geringen Erfolgen. Die große Masse der mexikanischen Arbeiter kann weder lesen noch schreiben und lebt in Stumpfheit und Unwissenheit dahin. Die Unternehmer klopfen viel über die „Faulheit“ der Arbeiter, deuten sie aber rücksichtslos aus und tun nichts, um die Lage dieser verachteten Arbeiter zu heben. Erst den Gewerkschaften, die hier und da im Entstehen begriffen sind, wird es vorbehalten bleiben, energisch auf die Arbeiterchaft einzuwirken. Und die Arbeiter brauchen die Gewerkschaften immer dringender zu ihrem Schutze gegen die wachsende Rücksichtslosigkeit der Unternehmer. Viele Unglücksfälle in mexikanischen Bergwerken sind gerade darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer in der gewissenlosen Weise das Leben der Arbeiter aufs Spiel setzen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Lord Tweedmouth und der Kaiserbrief.

London, 9. März. (W. T. B.) Oberhaus. Das Haus war in Voraussicht der Erklärung des Lord Tweedmouth von den Mitgliedern stark besetzt. Die öffentlichen Tribünen wie die Diplomatenloge waren überfüllt. Lord Tweedmouth sprach unter lautloser Stille und in merklicher Erregung:

„Ich höre, daß einige Mitglieder des Hauses gesonnen sind, über die ungewöhnlichen Ausbrüche, welche in der Presse im Laufe der letzten Tage erfolgt sind, eine Anfrage zu stellen. Ich möchte jeder Anfrage, die gestellt werden könnte, zuvor kommen. Es ist Tatsache, daß ich am 18. Februar einen Brief von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser erhalten habe. Dieser Brief ging mir auf dem gewöhnlichen Postwege zu. Der Brief war ein privater und persönlicher. Er war sehr freundlich gehalten, und sein Ton war ganz ungezwungen. Als ich ihn erhielt, zeigte ich ihn Grey, der mit mir einer Meinung darüber war, daß er als Privatbrief und nicht als offizielles Schreiben zu behandeln sei. Demgemäß sandte ich Seiner Majestät dem Kaiser am 20. Februar ein Antwortschreiben, das in demselben Sinne gehalten war, wie sein eigener an mich gerichteter Brief, nämlich in einem freundlichen, zwanglosen Tone. Alles, was ich weiter sagen kann, ist: Ich bitte das Haus, sich versichert zu halten, daß ich der festen Meinung bin, daß der von mir befolgte Weg ein guter und darauf berechnet war, das zu tun, was wir alle so sehr wünschen, nämlich alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um zwischen dem Deutschen Reich und uns das gute Einvernehmen zu befördern.“

Gabrisbrand.

Rödinghof, 9. März. (W. T. B.) Die unter dem Patronat der österreichischen Kreditanstalt in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Kattunweberei von Anton Bauer ist seit großem Teil ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden beträgt zirka eine Million Kronen, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Lawine.

München, 9. März. (W. T. B.) Die Damsenjochhütte der Sektion Bayerland im Karwendelgebirge ist durch eine Lawine weggerissen worden. Das ganze Mobiliar ist vernichtet. Der Schaden beträgt 45.000 M.

Generalversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin.

Am Sonntag tagte im Germaniaaal in der Chaussee-Strasse die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und der Umgegend.

Vorstands- und Kassenbericht.

Den Bericht des Vorstandes erstattete der Zentralvorsitzende Eugen Ernst. Er verwies darauf, daß zu Beginn des Berichtsjahrs die Reichstagswahlen vollzogen wurden und sagte, wenn dieselben auch nicht so ausgefallen sind, wie wir wünschten, so haben sie uns doch gezeigt, was die Kraft und Stärke unserer Organisation ist.

Um die Agitation zu fördern, hat sich der Verband bemüht, den Bezirksführern mit Material bei Ausübung ihrer Tätigkeit an die Hand zu geben, den Genossen eine Anzahl von Blättern und Broschüren zu ernährten Preisen abgegeben und auch einige politische aufklärende Broschüren gratis verteilen lassen.

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Der Dummkopf“, Lustspiel von Ludwig Fulda. Die neue, zuerst in Wien aufgeführte Fuld'sche Komödie fand bei trefflicher Besetzung eine sehr freundliche Aufnahme.

Ein schnurriger Kauz von Onkel feht Justus als den „Dummkopf“ und darum Bedürfnisse der Verwandten zum Universalerben ein, worin der junge Mann eine schwere Kränkung seiner Ehre erblickt.

über die Parteiorganisation Groß-Berlins gelangte im Oktober und November zur Verteilung an die Delegierten und Funktionäre der Organisation. Das internationale Protokoll, das Protokoll des preussischen Parteitag, Davids Referentienführer, Kautskys Kolonialpolitik, die Wahlschlüsse der bürgerlichen Parteien, Eisner „Das Ende des Reiches“, wurden zu ermäßigten oder Selbstkostenpreisen an alle Genossen, welche den Bezug wünschten, abgegeben.

Die Tätigkeit der Auerdenkmal-Kommission beziehungsweise die Wahl und Ausführung des Entwurfes ist von der Bildhauerorganisation zum Gegenstand von Angriffen gemacht worden. Der Aktionsausschuss hat in Gemeinschaft mit den Vertretern der Bildhauer diese Angelegenheit beraten.

„Das Komitee gibt zu, daß es ein Fehler war, die Entwürfe zum Auerdenkmal nicht öffentlich ausgestellt zu haben. Es bedauert weiter, daß die mit der Ausführung beauftragte Firma auch Unorganisierte beschäftigt.“

Das im Auftrage der Genossen Berlins herausgegebene Werk „Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ hat leider immer noch nicht die Beachtung gefunden, welche es verdient.

Weiter gab der Redner eine Uebersicht über die Beschlüsse der Prehlkommission und über die Tätigkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Ihr Hauptaugenmerk hat die Kommission auf den Ausbau der Organisation gerichtet.

am 31. Dezember 1905 41 700 Mitglieder, am 31. 1906 64 068, am 31. 1907 82 427.

So erfreulich auch das Wachstum der Mitgliederzahl ist, so darf das allein uns noch nicht befriedigen. Vor allem kommt es darauf an, die neu gewonnenen Mitglieder zu zielbaren Parteigenossen zu machen.

Im Vordergrund des politischen Interesses steht jetzt der Wahlrechtskampf in Preußen. Das Dreiklassenwahlrecht entzweicht den größten Teil des Volkes, weil es arm ist.

wider Willen zu wunderbar bereitem Ausdruck und milderte nach Möglichkeit das Karikierete. Sehr flott und reizvoll war die Amerikanerin des Fräulein Lilly Waldegg.

Humor und Satire.

Blod-Afshermittwoch.

Der Karneval ist aus. Jetzt laßt mit Affche Ihr Liberalen, auch die Glajen reiben! Die Freude schwand und leer ist jede Tasche, Nichts bleibt euch übrig von dem großen Treiben.

Referendar-Examen. Sie haben das Examen bestanden, Herr Kandidat. Ihre schriftliche Arbeit war leider nicht ausreichend.

Notizen.

Bühnenchronik. Girardis Gastspiel am Thalia-Theater schließt am 27. März. Im Herbst wird er ein neues Gastspiel in Berlin beginnen und in Wien überhaupt vorläufig kein Engagement eingehen.

Musikchronik. Richard Strauß wird noch in diesem Jahre die Komposition der „Elektra“ vollenden. Der Text ist abgesehen von einigen Kürzungen unverändert der Uebersetzung Hugo von Hofmannsthal entnommen.

die Waffe aufnehmen und sie gegen diejenigen anwenden, die sich bei der Wahl als unsere Gegner erklären. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. (Beifall.) Lange genug sind wir Ambos gewesen, jetzt wollen wir Hammer sein!

Den Kassenbericht.

erstattete der Kassierere Wöskle. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1907 betrug die Gesamteinnahme 324 336,82 M., die Gesamtausgabe 290 804,75 M., bleibt ein Bestand von 33 532,07 M.

Den Delegierten wurde der gedruckte Jahresbericht eingehändigt. Derselbe weist unter vielem anderen die Mitgliederbewegung in den einzelnen Wahlkreisen während der letzten drei Jahre nach.

Table with 3 columns: Ende Dezbr. 1905, Ende Dezbr. 1906, Ende Dezbr. 1907. Rows include Kreis 1-6, Teltow-Beeslow, Nieder-Barnim, and Summa.

Die Zahl der nach den Kassenberichten eingegangenen Vereinsbeiträge belief sich auf:

Table with 3 columns: 1906 Beiträge, 1907 Beiträge. Rows include Kreis 1-6, Teltow-Beeslow, Nieder-Barnim, and Summa.

mithin 106 532 Beiträge mehr als 1906.

Zur Diskussion.

Aber den Geschäfts- und Kassenbericht meldete sich nur ein Redner. Derselbe wünschte, daß die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung noch billiger als jetzt abgegeben werde.

Vorstandswahlen.

Einstimmig wiedergewählt wurden: Ernst als erster Vorsitzender, Liepmann als Schriftführer und Wöskle als Kassierer. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind in den Generalversammlungen der Wahlvereine gewählt und zwar:

Adolf L'Arronge beging am Sonntag seinen 70. Geburtstag. Titel, Orden sind ihm zuteil geworden. Dafür ist er schließlich nicht verantwortlich zu machen.

Felix Weingartner ist von der Königl. Generalintendantur für kontraktbrüchig erklärt worden, da er die Leitung der Sinfoniekonzerte eigenmächtig unter dem nichtigen Vorwande niedergelegt habe.

Dr. Hermann Dreymer, dem Begründer der Augenheilstätten zu Görbersdorf, die für die Behandlung der Tuberkulose durch Höhenklima vorbildlich geworden sind, wurde in Breslau ein Denkmal gesetzt.

Der Flektypusbazillus entdeckt. Einige Assistenten der Budapester pathologischen Universitätsklinik wollen den Erreger des Flektypus in einem Protozoon, das mit dem Matorialbazillus Ähnlichkeit hat, entdeckt haben.

Paulant (Agit.), Hentschel (Kol.), Herß, Höhnisch, Rosenow und Zense (Aspiranten). — Zellow-Beeslow: **Wollermann (Alt.), Gietich (Presl.), Fischer (Agit.), Rohe (Kol.), Hoffmann, Heinrichs, Küter, Grogger (Aspiranten).** — Niederbarnim: **Freiwald (Alt.), Kubig (Presl.), Jakobson (Agit.), Elias (Kol.), Diefegang (Aspirant).** — Die Generalversammlung bestätigte die vorstehend aufgeführten Vorstandsmitglieder. — Als Revisoren wurden gewählt: **Weinmann, Freyhaller, Schmidt, Klamm und Dreitzkeuz.**

Nun folgt die Beratung der gestellten Anträge.

Nach kurzer Diskussion wurde der folgende Antrag des zweiten Wahlkreises angenommen:

Bei wichtigen Veranlassungen, wie beispielsweise die Demonstration am Sonntag, den 12. Januar, Koifeier usw., ist eine Extranummer des „Vorwärts“ nicht nur herauszugeben, sondern auch den Abonnenten am nächsten Morgen durch die Botenfrauen zuzustellen, damit die Genossen nicht auf die mehr oder weniger entstellten Berichte der bürgerlichen Blätter angewiesen sind. Die entstehenden Mehrausgaben der Extranummer durch die Botenfrauen trägt der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins resp. die Firma Hinge u. Co.

Ein Antrag des vierten Kreises lautet: Den Beschluß: Parteigenossen, welche drei Jahre organisiert und drei Monate arbeitslos sind, auf Antrag den „Vorwärts“ gratis zu liefern, aufzuheben und dafür zu setzen: ein Jahr sechs Monate und zwei Monate auf seinen Antrag usw.

Dieser Antrag wurde abgelehnt, nachdem mehrere Redner darauf hingewiesen hatten, daß die weitere Ausdehnung der unentgeltlichen Lieferung des „Vorwärts“ einen zu großen Einnahmehausfall ergeben würde und man es daher bei dem bestehenden Verhältnis lassen möge.

Dem Aktionsausfluß wurde ein vom vierten Wahlkreise gestellter Antrag überwiesen, welcher besagt, daß zur Koifeier einheitliche Eintrittskarten zu 20 Pf. auszugeben sind, welche zum Besuch aller Veranstaltungen in allen acht Wahlkreisen berechtigen.

Ein Antrag des vierten Kreises: Die Lokalistik mindestens einmal im Jahre und zwar im Frühjahr den Gewerkschaftsblättern zuzulegen, wurde abgelehnt, weil er praktisch nicht durchgeführt werden kann.

Ein ebenfalls vom vierten Kreise gestellter Antrag fordert, daß der Aktionsausfluß eventuell in Verbindung mit dem Bildungsausfluß Merkblätter herausgibt, welche die für die Arbeiter wichtigsten Bildungsgegenstände in kurzen populären Darstellungen behandeln. — Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem mehrere Redner geltend gemacht hatten, daß die Absicht des Antragstellers mit der Annahme und Ausführung des Antrages nicht erreicht würde, und daß für Arbeiter, welche bemüht sind, sich weiter zu bilden, durch die verschiedensten Veranstaltungen: Vorträge, Bibliotheken, Arbeiterbildungsschule, Parteischule usw. Gelegenheit gegeben sei.

Ein Antrag: Sämtliche organisierten Genossen Groß-Berlins ist ein Jahrestellenverzeichnis von Groß-Berlin zu liefern, wurde abgelehnt. Ebenso ein Antrag, welcher lautet: Der Beschluß des Zentralvorstandes betreffs Voten für Delegierte zum Parteitag wird aufgehoben und es findet eine einheitliche Regelung statt.

Angenommen wurde der folgende, vom Kreise Niederbarnim gestellte Antrag:

In dem Ausschuß der Stadtverordneten und Gemeindevorsteher Groß-Berlins sind Niederbarnim statt der bisherigen zwei Vertreter deren drei zuzubilligen.

Ein Antrag aus dem vierten Wahlkreise, der zwar nicht dem Aktionsausfluß eingereicht ist, durch Beschluß der Generalversammlung aber mit auf die Tagesordnung gesetzt wurde, lautet: Gehaltsfragen der Angestellten des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins sowie der „Vorwärts“-Angestellten unterliegen der Beschlußfassung der Parteigenossen Groß-Berlins.

Zunächst wurde darauf hingewiesen, daß das, was der erste Teil des Antrages will, bereits geltende Praxis und im Verbandsstatut ausdrücklich bestimmt ist. — Ueber den zweiten Teil des Antrages entstand eine längere Debatte. Für den Antrag wurde geltend gemacht: Die Antragsteller wollten gegen die Erhöhung des Gehalts der „Vorwärts“-Angestellten an sich nichts einwenden, jedoch erheben sie Protest dagegen, daß die Preßkommission die Gehaltsüberhöhung beschlossen habe, ohne den Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern. — Weils vertrat den Standpunkt der Preßkommission. Er sagte unter anderem: Die Preßkommission sei sich wohl bewußt, daß sie als eine von den Berliner Parteigenossen gewählter Ausschuß nichts anderes als die Meinung der Parteigenossen auszuführen habe. Da die einzelnen Kreise in der Preßkommission proportional vertreten sind, so entspreche es den demokratischen Grundgesetzen vollkommen, wenn ein Mehrheitsbeschluß der Preßkommission als Ausdruck des Willens der Mehrheit der organisierten Genossen betrachtet werde, umso mehr, als im vorliegenden Falle die Mitglieder der Preßkommission acht Wochen Zeit hatten, um die Angelegenheit in ihren Kreisen vorzubringen. Nachdem die Angelegenheit tatsächlich in den Kreisen beraten worden sei und die Mehrheit der Kommission für den Antrag gestimmt habe, könne der Kommission nicht der Vorwurf gemacht werden, sie habe einen Verstoß gegen die demokratischen Gesetzmäßigkeiten begangen. — Welche bemerkte, die Mitglieder des vierten Kreises hätten vor der Annahme der Gehaltsüberhöhung nichts von derselben erfahren. Wächner sagte dagegen, er habe die Angelegenheit der Kreisversammlung unterbreitet, die auch darüber beraten habe. — Nachdem noch mehrere Redner für und gegen den Antrag vom vierten Kreise gesprochen hatten, wurde derselbe mit schwacher Mehrheit angenommen.

In der Generalversammlung waren vertreten: der 1. Kreis durch 10, der 2. Kreis durch 39, der 3. Kreis durch 17, der 4. Kreis durch 135, der 5. Kreis durch 11, der 6. Kreis durch 177, Zellow-Beeslow durch 141, Niederbarnim durch 67, Partei- und Zentralvorstand sowie die übrigen zur Teilnahme berechtigten Körperschaften durch 60, das sind zusammen 667 Delegierte.

Die Tagesordnung war damit erledigt. Ernst ersuchte die Genossen, dafür zu agitieren, daß die am 18. März stattfindende Wahlrechtsdemonstration eine einheitliche und geschlossene wird, und daß das Proletariat in dem bevorstehenden Wahlkampf die Antwort auf die Verhöhnung seiner Rechte durch die Regierung. Der Redner schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 7. März 1908.

Arbeiter und Wirtschaftslage. — Das rückende Bauunternehmertum. — Krise auf dem Baumarkt. — Banken und Bauunternehmerinteresse. — Kräftezerplitterung bei den Arbeitern. — Kommunale und Arbeitslosigkeit. — Schuldenwirtschaft der Kommunen.

Nach der Jahresfrist blieben die Wohnungen, für die Zeit des wirtschaftlichen Abschlages zu richten, in weiten Kreisen der Arbeiterklasse unbeachtet. Man wiegte sich in Sorglosigkeit. Gerade als ob der starke Begeh nach Arbeitskräften nie mehr dem umgekehrten Verhältnis Platz machen werde. Die lange Zeit ungenügend anhaltender Nachfrage nach Arbeitskräften, dazu das treibende Moment der Lebensmittelerhöhung, ließ auch dort die Löhne anziehen, wo die gewerkschaftlichen Einflüsse direkt nicht einsehen konnten, weil die Indifferenz der Arbeiter die Organisation noch nicht zu einem missprechenden Faktor hatte werden lassen. Das Interesse der Unternehmer gebot, die Arbeiter in Gleichgültigkeit zu erhalten. Stimmungsberichte, die in den heißsten Tagen die Situation auf dem Wirtschaftsmarkt schilderten, wurden systematisch verpöndelt und dadurch die Ansicht befestigt, auf absehbarer Zeit sei mit einer Aenderung der Verhältnisse nicht zu rechnen. Das beachtete man sich da um die gewerkschaftliche Organisation zu kümmern? Sie zu organisieren, das hatte ja noch Zeit; in den Schutze der Gewerkschaft konnte man ja dann flüchten, wenn wirklich mal ein Krisenunwetter sich ankündigte.

Dabei zogen die Gewitterwolken schon drohend herauf. Aber man wollte nicht sehen.

Anderer berückten sich die Unternehmer. Wer nicht ganz blind war, mußte schon längst erkannt haben, daß speziell das Bauunternehmertum zu einem großen Schläge gegen die Arbeiter rüstete. Dieses rechnete damit, daß das Jahr 1908 eine wirtschaftliche Depression bringen werde. Das war die rechte Zeit, den Kampf gegen die Arbeiterorganisation und die von dieser errungenen besseren Arbeitsbedingungen zu führen. Daher das systematische Streben, die Entschärfung über die Gestaltung der Lohnverhältnisse, Arbeitszeit usw. in das laufende Jahr zu verlegen. Und darum auch die Schönfärbereien über die Wirtschaftslage. Man wollte eine Stärkung der Arbeiterorganisation hinterziehen, indem den noch rüstenden Arbeitern ein Glaube an dauernde Günst auf dem Arbeitsmarkt suggeriert wurde. Bald zeigte sich, daß das Gebäude der Hochkonjunktur schon unterwühlt war. Und der in Amerika akut werdende Finanzkrach hat den direkten Anstoß gegeben zu der sich nun über die ganze Welt erstreckenden Industriekrise.

Am stärksten trat die Abschwächung auf dem Baumarkt hervor. Besonders war es der hohe Bankdiskont, der hier hemmend wirkte. Die Schwierigkeit, Baugelder zu erlangen, scheint aber nicht lediglich in den Geldmarktverhältnissen ihre Ursache zu haben. Zwar ist nicht zu verkennen, daß in Deutschland die offizielle Bankrate außerordentlich hoch war und noch ist. Während z. B. England jetzt einen offiziellen Satz von 3 1/2 Proz. hat, ist der Diskont der Reichsbank heute erst auf 5 1/2 Proz. herabgesetzt worden, nachdem er seit dem 25. Januar auf 6 Proz. gestanden hat, und es ist fraglich, ob wir in absehbarer Zeit wieder auf unter 5 Proz. hinab gelangen.

Trotzdem muß die Zurückhaltung der Banken bei Anforderung von Hypothekengeldern und die Höhe der Löhne, die dem Leihvergeber aufgebracht wurden, falls er das Glück hatte, Baugelder zu erlangen, doch auffallen. Aber die Erklärung hierfür liegt nahe. Viele Banken sind als Grundstückspekulanten sehr stark interessiert. Wie in der Großindustrie üben sie auch hier einen maßgebenden Einfluß aus. Das Bauunternehmertum ist zum großen Teil eigentlich nur Geschäftsführer der Banken. Diese sind zunächst die Grundstücksbesitzer, die die Bodenpreise in die Höhe treiben. Nachher streben sie die Baugelder vor. Vielfach sind die Bauherren vollständig mittellos; kaum ist ein Bau fertig, kommt er zur Substantiation. Die geldgebende Bank oder eine von ihr vorgeschobene Person wird Erwerberrin. Je billiger gebaut worden ist, desto besser. Daher sind die Banken bei den Verträgen, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, teilweise mit interessiert. Natürlich gibt es auch realere Firmen, bei denen solche Sachen nicht gemacht werden. Aber ihre realen Geschäfte treiben trotzdem praktisch nach derselben Richtung. Wenn der Baumarkt für einige Zeit brachgelegt wird und dadurch die Wohnungsnot Steigerung erfährt, so reizt das unbefriedigte Bedürfnis nach einiger Zeit in erhöhtem Maße die Spekulation, die dann zunächst am Grundstücksmarkt zur Geltung kommt und die Bodenpreise hinaufreibt. Damit ist den Banken gedient. Sie schlagen ihren Grundbesitz zu hohen Preisen los. So hängt das Interesse der Banken mit dem des Bauunternehmertums zusammen und daher die Unterstützung, die dieses durch jene bei dem organisierten Kampf gegen die Arbeiterschaft findet. Auch heute noch wird der Paulus, soweit sie sich regt, durch Erwerbung der Hypothekensicherung eingezogen und die Unternehmer benutzen die vorhandene Arbeitslosigkeit dazu, den Bauarbeitern verschlechterte Arbeitsbedingungen aufzudrängen.

Solche Vorkommnisse würden viel weniger erfolgreich sein, wenn die Arbeiter den Unternehmern wirtschaftlich als eine geeinte Masse gegenüberstünden. Leider aber werden die Reihen nicht nur durch die immer noch große Schaar der Indifferenten und Speichelleder, die sich vom Kapital bewußt als Verräter ihrer Arbeitsbrüder mitbrauchen lassen, empfindlich geschwächt; zu der eigenen Schwächung trägt auch noch die Organisationszerplitterung bei. Hoffentlich wird wenigstens dieser unerquickliche, von den Unternehmern freudig befallene Zustand recht bald verschwinden. Auch die Indifferenten werden mehr und mehr das schädliche ihres Tuns einsehen. Manche von denen, die bisher den Anstoß versäumt haben, dürfte das jetzt schon bitter beklagen. Zu dem Bedauern, von den Unterführungen der Gewerkschaft ausgeschlossen zu sein, muß sie auch noch das peinigende Bewußtsein treffen, durch ihren Indifferentismus die Angriffsflucht und auch die Macht des Unternehmertums gestärkt, nicht nur sich selbst, sondern auch die Gesamtheit der Berufsgenossen geschädigt zu haben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das gesamte Bauunternehmertum zu einem großen Schläge gegen die Arbeiter sich anschickt. Alle Unterlassungsünden, die auf Seiten der Arbeiter begangen worden sind, können nicht noch in letzter Stunde wieder gut gemacht werden. Aber es ist doch möglich, den Unternehmern eine Nacht entgegenzusetzen, an der wenigstens ihre Attentatsaktionen zerfallen. Dazu ist nötig, daß die Inorganisierten endlich in die Reihen einrücken, in die sie gehören, daß sie den Weg zu ihrer Berufsorganisation finden. Das Unternehmertum sollte da als Beispiel und Muster gelten. Die meisten Unternehmer sind nicht nur als Verkäufer von Waren in Ringen und Kartellen vereint, sie bilden auch noch besondere Organisationen als Käufer von Arbeitskraft. Dieser muß die Vereinigung der Verkäufer von Arbeitskraft sich gegenüberstellen.

Leider sind wir in unserem sozialpolitisch gerühmten Lande noch nicht einmal so weit, in nennenswerter Weise den schrecklichen Folgen der Krisen entgegenzuwirken zu können, weil im allgemeinen die staatliche und kommunale Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge noch fast gar nichts leistet. Wo Sozialdemokraten in den Gemeindeführern sitzen, da ist zwar die Anregung zur Initiative der resp. Kommune gegeben worden, aber im großen und ganzen bisher mit noch wenig Erfolg. Für die bürgerlichen Vertreter erschöpft sich die kommunale Sozialpolitik mit der — Armenunterstützung. Für die Forderung, Arbeit zu schaffen, hat man gewöhnlich nur Hohn oder saule Ausreden. Das schließt auch noch, daß das in den Kommunen dominierende Unternehmertum Zustimmung dazu gebe, Arbeiten in Gemeinderegie auszuführen, an denen das Privatkapital seinen Reiback machen will. So weit geht die Humanität doch nicht; da zählt man lieber Armenunterstützung aus dem — allgemeinen Säckel. Und beschimpft und verhöhnt die Arbeiter. Sie sollen nicht streiken, rufen die Freiheitsmänner. Sie vertun ihr Geld durch Zahlung der hohen Gewerkschaftsbeiträge, höhnen die Wäcker. Das ist alles bewußte Heuchelei. Schließlich könnte auch eine freisinnige Stadtratsmehrheit kopieren, daß durch Streik keine Arbeitsgelegenheit verschwindet, daß ein Streik den Ausbruch einer Krise höchstens hinausschiebt, jedenfalls aber nicht die Arbeitslosigkeit vermehrt. Von den streifenlosen Aussparungen wollen wir gar nicht reden. Aber von den Gewerkschaftsbeiträgen. Zunächst ist da zu bemerken, daß es kaum irgendeine andere Wertvollung gibt, die so billig arbeitet wie die gewerkschaftliche Organisation. Und durch ihre Unterhaltungsanstaltungen ist sie hervorragend vermögensverwaltungsfähig. Keine sonstige Privatversicherung zahlt an die Versicherten relativ so hohe Summen wie die gewerkschaftliche Organisation, keine Kapitalversicherung arbeitet so billig wie diese. Außerdem ist das, was die Arbeiter für ihre Organisation zahlen, lächerlich gering gegenüber dem, was die Unternehmer für ihre Organisation aus dem Arbeitertrag ihrer Lohnslaven aufwenden. Ein Beispiel mag das illustrieren: Die Bergbau-Gesellschaft Neu-Essen erzielte im letzten Jahre einen Reingewinn von 1.667.174 M. Sie hat aber 483.354 M. Syndikatsumlage gezahlt, also pro 1 M. Reingewinn annähernd 30 Pf. Da die Gesellschaft 2006 Arbeiter beschäftigte, entfällt auf das einzelne Mitgliedsmitglied ein Syndikatsbeitrag von 247 M. Das zahlen die Arbeiter unfreiwillig für die Unternehmersonsicherung.

Auch außerhalb der Kommunen erfährt deren doch so minimale soziale Tätigkeit Widerspruch. Das Unternehmertum und Spekulantentum erhebt ganz allgemein gegen die Kommunen den Vorwurf der Schuldenwirtschaft. Dieser Vorwurf ist geboren aus dem Haß des Privatkapitals gegen jede Erweiterung kommunaler Gütererzeugung und Eigenregie. Das Unternehmertum verurteilt solche kommunale Tätigkeit, weil dadurch der Kreis privatwirtschaft-

licher Blutmacherei eingezogen wird. Soweit der Vorwurf des Schuldenmachens diesen Zweck kommunaler Betätigung trifft, ist er im allgemeinen vollständig unberechtigt. Dasselbe trifft in den meisten Fällen auch zu, soweit soziale Einrichtungen in Frage kommen. Die gewaltige industrielle Entwicklung der letzten 40 Jahre hat teilweise erst die aus dem Zusammenstürzen vieler Menschen auf kleinem Wohn- und Arbeitsraum und die aus bestimmten Beschäftigungen resultierenden gesundheitlichen Schäden hervorgerufen und erkennen lassen. Die späte Erkenntnis von den Bedürfnissen der öffentlichen Hygiene und das jetzt erst allmählich erwachende soziale Bewußtsein zwingt heute zu Maßnahmen, die vielfach als Buße für Unterlassungen unserer Vorfahren angesprochen werden können, die aber gegenwärtig enorme Kosten auferlegen, die unvermeidlich sind. Es ist gar nicht angängig, mit den sozialen Einrichtungen so lange zu warten, bis die erforderlichen Unkosten durch vorher gemachte Ersparnisse gedeckt sind. Die bürgerlichen Sozialpolitiker fallen auf das Gerate der direkt Interessierten über das kommunale Schuldenmachen hinein, in der törichteren Annahme, durch die kommunale Anleihepolitik werde die Gütererzeugung eingezogen. Wo die Kommunen soziale Einrichtungen schaffen, die Eigenregie und die Gütererzeugung erweitern, da wirken sie, auch wenn das lediglich durch Inanspruchnahme des öffentlichen Geldmarktes geschieht, nicht hemmend, sondern belebend auf den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. D.

Landesparteitag der badischen Sozialdemokratie.

Am Sonnabend und Sonntag fand der diesjährige badische Landesparteitag in Offenburg statt. Er war mit 147 Delegierten aus 82 Orten stärker besetzt, als alle seine Vorgänger. Vom Parteivorstand war der Genosse Ebert anwesend, die schwäbischen Genossen hatten die Genossen Wähler und Keil als Gäste entsandt.

Nach dem Bericht des Landesvorstandes ist die Zahl der Organisationen und Mitglieder seit den Reichstagswahlen etwas gleich geblieben. Die Einnahme aus Beiträgen stieg gegen das Vorjahr in Folge besserer Eingangs von 8000 auf 11.000 Mark. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist, obgleich das badische Vereinsgesetz die Frauen nicht anders behandelt als die Männer gering; sie betrug insgesamt nur 335, wovon allein 800 auf die Mitgliedschaft Mannheim entfielen. Eine von der weiblichen Abteilung dieser Mitgliedschaft eingebrachte Resolution, wonach den Parteigenossen endlich empfohlen wird, ihre Frauen und erwachsenen Töchter zum Eintritt in die Parteivereine aufzufordern, fand einstimmige Annahme. Jugendorganisationen bestehen in zwölf Orten mit 500 Mitgliedern, wovon 200 auf den wichtigsten Parteiorth Mannheim entfallen. Der vorjährige Parteitag hatte beschlossene, zwei Parteisekretäre anzustellen, welchen Beschluß der Landesvorstand nur insoweit ausführte, indem er einen für einen Teil des Unterlandes mit dem Sitz in Heidelberg angestellt hatte. In der Debatte über den Vorstandsbericht wurde lebhaft bedauert, daß es mangels genügender Mittel nicht möglich gewesen sei, auch für das Oberland, mit dem Sigs in Freiburg, oder auf dem Schwarzwald ein Parteisekretariat zu errichten. Das Resultat der langen Debatte war, daß der Landesvorstand von Karlsruhe nach Mannheim verlegt wird, der bisherige Parteisekretär behält seinen Wohnort in Karlsruhe und erhält hauptsächlich den 9. und 10. Kreis zur Bearbeitung. Außerdem ist noch ein weiteres Sekretariat in Freiburg zu errichten; auch das Sekretariat in Heidelberg bleibt bestehen. Die Sekretariatsgeschäfte des Landesvorstandes wird der Mannheimer Lokalsekretär Genosse Schäfer mit übernehmen.

Ueber die Parteipresse entspann sich gleichfalls eine lebhaft Debatte. Es handelte sich darum, die neben den gut fundierten Parteizeitungen in Mannheim und Karlsruhe in Offenburg und Lörrach wöchentlich einmal resp. zweimal erscheinenden kleineren Blätter auszubauen. Ein Antrag, das in Offenburg erscheinende „Vollblatt“ wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt, weil die Mehrheit glaubte, daß für die hier in Betracht kommenden industriellen Orte im Lahrer Bezirk der „Vollblatt“ geeigneter sei als ein kleineres Blatt.

Nach einem kurzen Referat des Landtagsabgeordneten Pfeiffle über die Kreisstagswahlen wurde noch kurzer Diskussion eine Resolution einstimmig angenommen, worin die Landtagsfraktion aufgefordert wird, Anträge zu stellen, daß auch zu den Kreisstagswahlen das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt und im Lande eine Agitation dafür entfaltet wird.

Ueber die politische Lage in Baden sprach Abg. Fraul. Er zeigte, daß durch den Wechsel in zwei Ministerien das Gesamtministerium völlig mit der liberalen Vergangenheit des Landes gebrochen und sich der Sozialpolitik im Reich angepaßt habe. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie solle, wie der Fall Schäußle zeige, auch in Baden in Zukunft in schärferer Weise geführt werden. Es zeige sich auch hier, daß der Einfluß Preußens die freihandliche Entwicklung der Einzelstaaten hemme. Es wurden zwei Resolutionen angenommen. In der einen wird die Heberzeugung ausgesprochen, daß zur freihandlichen Entwicklung Deutschlands der Sturz der Junkerherrschaft in Preußen und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhause gehört. In der anderen wird die Landtagsfraktion aufgefordert, im Landtage eine Resolution einzubringen, worin erklärt wird, daß die Regierung kein Recht habe, die Beamten in irgend einer Weise deshalb zu benachteiligen, weil sie außerhalb ihres Dienstes irgend welche politische Tätigkeit entfalten haben. Durch diese Resolution sollen, wie der Antragsteller Genosse Wed in der Begründung erklärte, die bürgerlichen Abgeordneten im Landtag gezwungen werden, zu dieser wichtigen Frage offen Stellung zu nehmen.

Zur Frage der Reform der Städte- und Gemeindeordnung wurde nach einem Referat des Abg. Säßling eine der sozialdemokratischen Auffassung entsprechende Resolution angenommen.

Von sonstigen Beschlüssen sind zu erwähnen: Ein Mitglied, das länger als 4 Wochen krank oder arbeitslos ist, soll bis zum Wiedereintritt der Erwerbsfähigkeit von der Beitragsleistung befreit sein. Die Vorsitzenden der Kreiswahlvereine sollen in Zukunft auf Kosten der Kreisfassen Stimm und Stimme aus den Parteizellen erhalten. — Die Uebertragung von Doppelmandaten zum Reichs- und Landtage soll künftig „möglichst“ vermieden werden. Der nächste Parteitag findet abermals in Offenburg statt.

Gaukonferenz der Textilarbeiter.

Am Sonntag fand im „Englischen Garten“ in der Algegendstraße eine außerordentliche Gaukonferenz für den Gau Brandenburg des Verbandes deutscher Textilarbeiter statt. Der Bericht des Gauleiters über die Zeit vom 1. April 1907 bis zum 31. Dezember 1907 lag gedruckt vor. Nach einem Beschluß der vorigen Gaukonferenz sollte die nächste erst zu Ostern 1909 stattfinden. Bei der bisher üblichen Art, die Gaukonferenzen immer ein Jahr nach der Verbandsgeneralversammlung abzuhalten, war es nicht möglich, über aktuelle Anträge zu den Generalversammlungen zu beraten. Darum hatte es der Gauvorstand für notwendig erachtet, die Konferenz jetzt schon als eine außerordentliche einzuberufen. Der Bericht zeigt im allgemeinen, daß die Organisation gute Fortschritte gemacht und ansehnliche Erfolge erzielt hat. In den letzten Monaten hatte die Aufklärungs- und Agitationsarbeit unter der Krise zu leiden, die sich besonders scharf in Posen, Spremberg, Luckenwalde wie in der ganzen Tuchindustrie der Niederlausitz mit Ausnahme von Cottbus geltend macht. In Luckenwalde haben einige Unternehmer den Betrieb überhaupt aufgegeben. In Berlin tritt es in der Teppich- und Wäschindustrie und in der Sticker- und Posamentenbranche herrscht große Arbeitslosigkeit. In Rommes-

Erst einige Anstrengungen mit Lohnkürzungen. In Schweden versuchte man die einheimischen Arbeitskräfte durch billiger arbeitende Ausländer zu ersetzen, was jedoch dank der Wachsamkeit der Organisation nicht gelang.

Seit Anstellung des besoldeten Gauleiters gehören zu dem Gau außer Brandenburg auch die Provinzen Pommern und Ost- und Westpreußen sowie die beiden Mecklenburg. In Pommern ist an mehreren Orten eine bedeutend ausgebreitete Textilindustrie vorhanden, während sie in den beiden anderen Provinzen und in Mecklenburg nur schwach entwickelt ist. In Stettin und in Barth an der Ostsee sind Filialen des Verbandes gegründet worden. In Stettin in Pommern konnte die Organisation noch nicht dauernd festen Fuß fassen, offenbar deswegen nicht, weil die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so traurige sind, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen an der Befreiung zweifeln. Besonders tüchtige und fleißige Arbeiterinnen sind bei täglich 12 bis 14 Stunden Arbeit kaum in der Lage, die Woche 3.50 bis 4 R. zu verdienen. Das Zwischenmeisterstück liegt hier in Mitle; Versuche, es abzuschaffen, sind bisher mißlungen.

Der Gauleiter Franz Köhler, der den gedruckten Bericht mündlich ergänzte, bezeichnete die Hausarbeit in der Textilindustrie, wie man sie in verschiedenen Orten Pommerns in bestertrasser Form vorfindet, als einen Schandfleck für die deutsche Sozialpolitik. In kleinen Industrieorten und in Kleinbetrieben werden hauptsächlich Militärdiener hergestellt. Die Lohnverhältnisse sind hier besonders elend; es werden kaum 500 R. im Jahre verdient.

Lohnbewegungen haben während der Berichtzeit 28 stattgefunden, von denen 8 zu Streiks führten. Sie erstreckten sich auf im ganzen 92 Firmen mit 2823 Arbeitern und Arbeiterinnen. Bei zwei Streiks handelte es sich um Abwehr von Lohnverschlechterungen und in einem Falle um Mahregelung die Ursache. Im übrigen haben die Lohnbewegungen den beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen Erhöhung der wöchentlichen Lohnsummen um 4453 R. gebracht.

Daß eine lebhaft Agitation betrieben wurde, geht schon daraus hervor, daß im Gau während der Berichtzeit 46 000 Flugblätter verbreitet wurden, 142 öffentliche und 29 Fabrikversammlungen abgehalten wurden. An 83 öffentlichen Versammlungen sowie an 24 Mitgliebertreffen und 29 Fabrikversammlungen nahm der Gauleiter teil. Die Mitgliebertreffen im Gau ist während der Berichtzeit von 13 892, und zwar 7923 männlichen und 5440 weiblichen, auf 13 706, 8147 männliche und 5558 weibliche, gestiegen.

Die Abrechnung der Gaukasse schließt mit der Bilanzsumme von 4585,44 R. Allein für die Agitation wurden 1323,55 R. ausgegeben.

In der Debatte über die Berichte, die sich durch Sachlichkeit auszeichneten, wurden von verschiedenen Delegierten Anregungen zur Besserung der Organisationsverhältnisse gegeben, die an manchen Orten noch viel zu wünschen übrig lassen. Ferner wurden die Lohnbewegungen sowie die Lohnverhältnisse besprochen. Besonders erwähnenswert ist der Streik bei der „Ersten deutschen Zuteigarnspinnerei“ in Brandenburg an der Havel. In dieser Fabrik war es ein neuer Obermeister, der durch sein allzu scharfes Auftreten den Arbeiterinnen und Arbeitern die Unentbehrlichkeit der Organisation zum Bewußtsein brachte und so unfreiwillig ein gut Teil dazu beitrug, daß der Streik mit gutem Erfolg durchgeführt werden konnte. Die Arbeiterinnen verdienten hier 8 bis 9 R. die Woche, die Arbeiter 12 bis 15 R. Die durch den Streik erzielten Lohnsteigerungen betragen 3, 4 R. und mehr; für einzelne Arbeiterinnen wurden die Löhne fast auf das Doppelte erhöht. Als ebenso schlecht wie vor dem Streik in jener Spinnerei wurden die Lohnverhältnisse in der Kammergarnspinnerei von Kummerle bezeichnet. Dieser Unternehmer sucht nun den Arbeitern und Arbeiterinnen weiszumachen, daß sie ihre Lebenslage durch einen „Sparverein“ verbessern könnten. Im Statut dieser neuen Gründung heißt es, daß Lohnstreitigkeiten nur durch den Sparverein geregelt werden. Es ist also eine richtig gelbe Genossenschaft, und die Sparvereine der Arbeiterschaft sollen dazu dienen, den Verband im Betriebe auszuhalten. Ueber traurige Verhältnisse wurde auch aus einer Zuteigarnspinnerei zu Landsberg berichtet, in der die Löhne der Männer nicht nur so elend niedrig sind, daß eine Familie dabei verhungern müßte, sondern auch bei Androhung von Entlassung verlangt wird, daß die Frauen mitarbeiten. Darum hat man auch ein Kinderheim gegründet; aber die Kinder sollen dort so schlecht versorgt werden, daß die Sterblichkeit weit größer ist als sonst in Proletarierfamilien.

Die Diskussion schloß damit, daß der Gauleitung wie dem Gauleiterer Prillwitz einstimmig Decharge erteilt wurde. — Inzwischen hatte die Prüfung der Mandate ergeben, daß 88 Delegierte, unter ihnen 8 Frauen, anwesend waren. Die Mandate waren sämtlich ordnungsgemäß ausgestellt. Im übrigen war der Verbandsvorstand vertreten durch Lehms, Fräulein Hoppe und den Redakteur Wagner; der Gauvorstand durch Köhler, Korn und Rasch.

Die Konferenz befaßte sich dann mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung, deren Einführung von der letzten Verbandsgeneralversammlung im Prinzip beschlossen worden ist. Endgültig wird darüber in der im Mai zu Leipzig stattfindenden Generalversammlung entschieden werden. Der Referent Köhler hielt die Arbeitslosenunterstützung für dringend notwendig und führte unter anderem aus, daß sie keineswegs den Klassenkampfcharakter der Organisation schwäche, sondern vielmehr ein wirksames Kompensationsmittel in sich schließt. — Seinen Ausführungen entsprechend erklärte die Konferenz mit allen gegen eine Stimme, daß die Arbeitslosenunterstützung so bald wie möglich eingeführt werden solle und nahm folgende Resolution an:

„Zur gedeihlichen Entwicklung unserer Organisation gehört nicht nur die intensivste Agitation unter den in der Textilindustrie Beschäftigten, sondern auch, daß die Mitglieder dauernd kampffähig erhalten und Mittel und Wege gefunden werden, die Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Aus diesen Erwägungen heraus erklärt sich die Gaukonferenz mit den Ausführungen des Gauleiters einverstanden, und die Delegierten verpflichten sich, mit aller Energie für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung als eines weiteren Mittels, die Arbeiterschaft vor der brutalen Ausbeutung des Unternehmertums zu schützen, einzutreten. Die Erhöhung der Wochenbeiträge um 10 Pf. hält die Konferenz gleichwohl Wahrung des Klassenkampfcharakters der Organisation für unbedingt notwendig. Als Gegenleistung soll den Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung, die möglichst noch in diesem Jahre eingeführt werden soll, gewährleistet werden.“

Hierauf wurde über Anträge der Delegierten beraten. Hinsichtlich der Weisener erklärte sich die Konferenz dafür, daß sie überall, wo es möglich ist, durch Arbeitsruhe begangen werden soll. Ein Antrag an die Generalversammlung, wie die Gauleiter, so auch die Geschäftsführer der Filialen aus der Verbandsliste zu besolden, wurde gutgeheißen. Zum internationalen Textilarbeiterkongreß, der im Laufe dieses Jahres in Wien stattfindet, nominerte die Konferenz Köhler als Kandidaten des Gaues für die Delegiertenwahlen, die der Generalversammlung obliegen.

Sodann hielt der Gauleiter Köhler einen Vortrag über „Die Taktik der Unternehmerrückende“. Auf Grundlage reichhaltigen Beweismaterials zeigte der Redner, wie das Unternehmertum namentlich durch den Verband der Industriellen danach strebt, die Arbeiterklasse zu knebeln und zu knechten, ihre Organisationen zu vernichten und auch die bescheidenste Forderung sozialistischer Regelung der Arbeitsbedingungen brutal abzuschlagen. Um so mehr müsse die Arbeiterschaft sich fest zusammenschließen, keine Mühe, kein Opfer scheuen, um ihre Rechte zu wahren, ihre Ziele zu erkämpfen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Mit Sanktionen auf den Verband und dem Gesang der Arbeitermarschall wurde die Konferenz nach 7 1/2 Stunden Tagung abends 7 Uhr geschlossen.

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Sonntag im Bürgerpavillon des Berliner Rathhauses unter zahlreicher Teilnahme von Ärzten, Mitgliedern und Freunden der Gesellschaft ihre Hauptversammlung ab. Den Vorsitz führte Professor Dr. Reicher-Breslau. Den

Jahresbericht der Gesellschaft

erstattete Dr. Blaschko-Berlin. Er griff auf den von der Gesellschaft veranstalteten Mannheimer Kongreß zurück, der sich in zweitägigen gründlichen Erörterungen mit der Frage der Sexualpädagogik beschäftigt habe. Was sich der Kongreß damals als die nächsten Ziele gestellt habe, sei zum großen Teile schon erreicht. In die Fortbildungsschulen sei der Unterricht über die Gefahren des Geschlechtsverkehrs allgemein eingeführt, sogar in Berlin. Ueber die Abiturientenvorträge zur sexuellen Aufklärung der angehenden Studenten habe das Kultusministerium eine Enquete veranlaßt, deren Ergebnisse demnächst vorliegen werden. Für die Lehrer an Seminaren und Universitäten seien von der Gesellschaft und anderen ärztlichen Vereinigungen Kurse eingerichtet worden, um sie in den Stand zu setzen, auf Grund eines umfassenden biologischen Wissens Aufklärung unter ihren Schülern zu verbreiten. Ein Elternratsblatt, das diesen Anleitungen zur sexuellen Aufklärung ihrer Kinder geben solle, liege in zwei Entwürfen, darunter einem von Professor Dr. William Stern in Breslau vor und werde demnächst publiziert. Für ein besonderes Werkblatt für Soldaten und Matrosen über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten sei ein Preisausgeschrieben. Der Jurist gehören drei hohe Offiziere, drei Ärzte und Senatspräsident Dr. Schmalder-Gamm an. Für die Mitglieder der Krankenkassen seien fortlaufend Vortragskurse über die Geschlechtskrankheiten eingerichtet worden. Für Dienstmädchen, Ladenmädchen usw. halte die Gesellschaft in Berlin, später in Schlesien, P. Dr. Pader mit gutem Erfolge Vorträge. Die Belehrung der Studenten sei leider durch das höchst eigenartige Verhalten des Rektors der Berliner Universität Prof. Stumpf, der den Reicher-Breslau über sexuelle Themen vor Studenten verbiete, zeitweilig gehindert worden. Die drei größten Erfolge der Gesellschaft im abgelaufenen Jahre seien der Entwurf des Kurpfuschergesetzes, der die Behandlung der Geschlechtskrankheiten durch Kurpfuscher verbiete und nachdrückliche Unterstützung verdiene; das gegen den Berliner Magistrat ergangene Kammergerichts Urteil, das die Beteiligung der Krankenkassen an hygienischen Kongressen ausdrücklich für zulässig erklärt, und die Verordnung des preussischen Kultusministers vom 11. 12. 1907 über die Neuordnung der Reglementierung der Prostitution. Diese Neuordnung wolle den Mädchen, die auf der schiefen Bahn zur Prostitution herabgeglitten, die Rückkehr ins bürgerliche Leben ermöglichen und ihnen in diskreter Weise Heilung von den Geschlechtskrankheiten verschaffen. Die Einföhrung, bisher der Kernpunkt in der Bekämpfung der venerischen Krankheiten, sei als äußerstes Mittel ganz ans Ende gerückt. Offenlich würden sich die unteren Verwaltungsbehörden recht bald von dem eingebürgerten Verfahren befreien und recht weislich sein. Aus dem inneren Leben der Gesellschaft sei hervorzuheben, daß der Breslauer Polizeipräsident sie für einen politischen Verein erklärt und den Ausschluß der weiblichen Mitglieder gefordert hätte. (Schallende Heiterkeit.) Das Oberverwaltungsgericht habe dem Polizeipräsidenten Recht gegeben, da die Gesellschaft sich doch mit Dingen wie die Bekämpfung des Strafrechtbuches befaßt, die auf öffentliche Angelegenheiten Bezug haben. (Rufe: Dort, dort!) Das neue deutsche Reichsgesetz werde hoffentlich in dieser Beziehung Wandel schaffen. (Beifalliger Beifall.)

Nach Genehmigung des Jahresberichts ergriff Professor Welsander aus Stockholm das Wort zu dem Vortrage über:

Wie kann man die durch hereditäre-syphilitische Kinder verursachte soziale Gefahr bekämpfen?

Der Redner führte aus: Keine Krankheit hat sich so rasch verbreitet, wie seit dem Ende des 15. Jahrhunderts die Syphilis über die ganze Kulturwelt. Weber Palast noch hätte hat sie mit ihrem furchtbaren Leiden verschont. Ihre furchtbare Eigenschaft aber ist die, daß sie schon im Mutterleib auf den Fötus übergehen kann und ihn tödtet oder so angreift, daß das Kind um Wochen zu früh in elendem Zustande zur Welt kommt. Aber auch bei anscheinend gesund geborenen Kindern kann die Syphilis Jahre lang schlummern, und diese bilden dann eine große Gefahr für ihre Umgebung und die ganze Gesellschaft. Nur eine energische, Jahre lange Behandlung mit den Mitteln der neueren Wissenschaft ermöglicht ihre Heilung. Schon eine kräftige Behandlung syphilitischer Frauen in der Zeit der Schwangerschaft ist ein großer Schutz für das Kind. Es bedarf aber auch danach der Geburt dauernder ärztlicher Lieberwachung, da es nur frei von den Schwiertigen aber nicht von den Keimen der Krankheit ist. Die schwierige Frage ist nun, wo diese Kinder behandelt werden sollen. In das Waisenhaus werden sie nicht aufgenommen, die Mütter sehen diese Kinder, die meist mehr das Aussehen vertrockneter Krebse als junger Menschenwesen haben, oft nur als Last an, und die einmalige Behandlung im Krankenhaus ist nicht genügend. Die Kinder müssen vielmehr Jahre lang isoliert bleiben, aber da sie schon nach ganz kurzer Behandlung äußerlich vollkommen kräftig und gesund sind, nicht in ein Krankenhaus oder Asyl, sondern in einem gewöhnlichen Hause, Licht, Luft, Reinlichkeit, gesunde Nahrung und zweckmäßige Behandlung. Der Redner schilderte dann die Einrichtung seines nach diesen Grundsätzen verwalteten „Kleinen Heims“ in Stockholm, in dem bisher 34 syphilitische Kinder geheilt worden sind, ohne daß bei einem einzigen die Krankheit im späteren Leben wieder zum Ausbruch gekommen wäre. (Beifalliger Beifall.)

Sanitätsrat Dr. Rosenthal-Berlin leitete dann die Bildung eines Komitees zur Gründung eines Pflegeheims für syphilitische Kinder auch in Berlin mit und legt den Auftrag vor, den es zur Sammlung von Mitteln erlassen hat. Dr. Ritter-Berlin macht darauf aufmerksam, daß ein Teil dieser Aufgaben des Pflegeheims schon durch das Säuglingskrankenhaus von Professor Ledermann erfüllt werde. Professor Schloßmann-Düsseldorf huldigt dem Vortragenden als Professor und Arzt, hebt aber die Verschiedenheit zwischen Deutschland und Schweden hervor. In Schweden sei die Kindersterblichkeit unendlich viel geringer, wolle man hier syphilitische Kinder ohne Muttermilch ernähren, so würde man eine Sterblichkeit von 99 Proz. haben. (Sehr wahr!) Die Säuglingsfürsorge werde gerade jetzt in Deutschland einheitlich und großzügig organisiert. Das syphilitische Kind sei niemals eine Gefahr für die Umgebung, wenn man von der Krankheit wisse. Weist aber erkenne man sie erst aus den Primäraffektionen der angestrichelten Umgebung. Jedes syphilitisch erkrankte Kind komme in die Krankenabteilung der Asyl oder in die Säuglingsabteilung der Krankenhäuser und bleibe — außer in dem rüstigen Berlin — dort solange, bis jede Ansteckungsgefahr verschwunden sei. Die wohlmeinenden Pläne des Vortragenden seien für Deutschland ein überwindlicher Standpunkt. Geheimrat Dr. Kirchner, Vortragender Rat im Kultusministerium: Die Säuglingsfürsorge sei in Deutschland jetzt in großem Aufschwunge. Die Kräfte zur Bekämpfung der ungeheuren Säuglingssterblichkeit, die in manchen Städten noch 20—25 Proz. betrage, dürfe nicht zerplittert werden. Gleichwohl habe auch er, der in der ersten Linie die Seuchenbekämpfung in Bremen zu organisieren habe, seine Unterstützung unter den Ruf geföhrt. Man könne ja einwenden, daß es zweckmäßig wäre die armen Wesen, die syphilitisch geboren werden, dahingehen zu lassen und das Geld für geborene zu verwenden, aber jedes Kind sei das Kind einer Mutter und jede Mutter liebe ihr Kind. Wenn sich daher offene Herzen und Beutel für diese Kinder finden, solle man es nicht zurückstoßen. Inseiner Kinder und Enkel würden hoffentlich soweit kommen, alle tuberkulösen Kinder zu isolieren. Wenn jetzt für die ebenso schlimme schleichende Volkskrankheit der Syphilis ähnliches angedacht werde, solle man neben der allgemeinen Organisation

des Säuglingsfürsorge auch dieses andere nicht lassen. (Beifalliger Beifall.) Von einer formellen Beschlußfassung nahm man Abstand. Damit hatte die Jahresversammlung ihr Ende erreicht, weil wegen der vorgerückten Zeit der noch in Aussicht genommene Vortrag des Professor Reicher ausfallen mußte.

Aus Industrie und Handel.

Aus der Kaliindustrie.

Ueber ein agrarisches Attentat auf die Kaliindustrie — und Gewerbetreiberei schlug die Vörlapresse vor einiger Zeit Alarm, obwohl die Gewerbetreiberei im Bergbau durch die Syndikats gründlicher abgeschafft ist, als in irgendeiner anderen Industrie. Das Jetermordio, das die Kalibaronen erheben, und die „Gefahren“ für die „frei spielenden Kräfte“ des Handels und der Industrie war natürlich nur Demagogie; was man befürchtet, ist in Wahrheit nur eine Schmälerung der Syndikatsprofite. Wenn die „Landwirtschaft“ beschäftigt, sich eine gewisse Mitwirkung bei der Produktion des wichtigen landwirtschaftlichen Rohmaterials zu sichern, so ist dagegen nichts einzuwenden. Die Kalisalze sollen doch nicht nur ein Dünngemittel des Kapitalgewinnes sein. Die industriellen Agrarier hätten auch gerade den richtigen Zeitpunkt gewählt, um in die Kaliindustrie einzubringen. Die Kaliwerte unterliegen gegenwärtig einer starken Depression, die durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang, insbesondere durch die Störung des amerikanischen Geschäfts, wohl vertieft wird, aber hauptsächlich die natürliche Folge einer beispiellosen Ueberproduktion der Produktion ist. Die gleichen Ursachen haben bereits Ende der neunziger Jahre einmal zu einem Crash geführt, das Publikum verwarf aber die Erfahrungen und zog sich ein neues Kalisieber zu, an dem freilich immer nur die kleinen Spekulanten „starben“. Eine Anzahl neuer Werke sind reine Spekulationsgründungen. Den Grundbesitzern in der Nähe von bereits im Betriebe befindlichen bergbaulichen Unternehmungen wurden für ihr Land, das man zu diesem Zwecke zusammenkaufte, hohe Preise bezahlt und ohne daß man sich über die Frage, ob man überhaupt ständig werden würde, die mindeste Gewißheit verschafft hatte, wurden die Bohrkerne herbeigebracht und die Bohrkerne unter Publikum gebracht. Nach dem das Unternehmen zusammen, so hatte eine Menge kleiner Später ihr Geld verbohrt, aber den vermittelnden Finanzhelden war wieder eine Schatzkammer geblieben.

Ueber Ort und Art des landwirtschaftlichen Kaliverkaufes selber ist einiges durchgedrückt, seitdem der Ausschussrat des Kaliverkaufes sich vor einigen Tagen offiziell mit der Frage des Kaliverkaufes der Gewerkschaft Durbach beschäftigt hat. Durbach hat für das letzte Jahr einen Rückgang seines Reingewinns von etwa 200 000 R. zu verzeichnen und gebraucht bares Geld um so nötiger, als es jetzt einen zweiten Schock zu bauen hat. Leiber erlaubt die Regierung den Kalibaronen die Herstellung des zweiten Schalles auf dem billigen Wege einer durchschlaglichen Verbindung mit einem Raabaranunternehmen, und die Schaffung eines solchen Raabaranunternehmens, mit dem es die Kosten für den zweiten Schock zusammenzutragen hätte, ist mit der Zweck des Durbach beschäftigten Kaliverkaufes.

Obwohl über die Verkaufsverhandlungen strenges Geheimnis bewahrt wird, weiß man doch soviel, daß es die landwirtschaftlichen Interessen sind, mit denen die Verhandlungen geftossen werden, deren Abbruch übrigens nahe bevorstehen soll. Landwirtschaftliche Stationäre und Gewerke gibt es übrigens heute schon recht viele, ohne daß diese sich bei der syndizierten Weizenproduktion als Störenfriede zeigen. Hat doch auch bei aller agrarischen Schreierei noch dem Kalisalzfuhrloß oder gar dem Kalisalzfuhrloß eine einflußreiche agrarische Gruppe der Weizenproduzenten des Kalisalzfuhrloß das Wort geredet — man denke nur an den Grafen v. Schwerin-Löwig und den Arnim-Jänschom, die bei der Herchnia-Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus ihre Mitterlangen für das Syndikat einlegten. Welche Interessen und Tendenzen dem Plan des landwirtschaftlichen Kaliverkaufes zugrunde liegen, muß sich noch erst zeigen.

Industrielle Konzentration.

In einer Besprechung über Verbandsbestimmungen und -hemmungen in der deutschen Eisenindustrie macht die „N. N.-Zeitg.“ interessante Angaben. Danach vereinigt der Walzdrahtverband eine Produktion von 1 050 000 Tonnen, die syndizierte und nicht syndizierte Blecherzeugung wird auf 1 1/2 Millionen Tonnen geschätzt und die Stabstabenherstellung auf 3/4 Millionen Tonnen. Die Fabrikation der drei Artikel: Blech, Draht und Stabstaben, würde sich mitteln auf rund 6 Millionen Tonnen stellen. Von dieser Gesamtmenge sind 5 Millionen Tonnen, und zwar 3,3 Millionen Tonnen Stabstaben, 901 000 Tonnen Blech und 742 000 Tonnen Draht im Stahlwerksverband organisiert. Der Verband kontrolliert also fünf Sechstel der Blecherzeugung in dieser Produktion. Von der im Stahlwerksverband vertretenen Menge wird weiter fast die Hälfte von nur 5 Firmen beherrscht. Die Beteiligung dieser Werke ist folgende: Thyssen 522 000 Tonnen, Gutehoffnungshütte 252 000 Tonnen, Gßß 278 000 Tonnen, Phönix 620 000 Tonnen und de Bebel 343 000 Tonnen, zusammen 202 800 Tonnen. Bei dem Verhältnis zwischen Rohmaterial und Halbzeugpreisen werden immer mehr Werke Anschlag an gemischte Betriebe suchen müssen, so daß der Anteil dieser an der Blecherzeugung in Walzprodukten immer größer wird. Die Gesamtproduktion der fünf Werke beträgt 2 765 000 Tonnen, so daß auf Halbzeug, Träger und Formeisen nur noch eine Menge von 1 742 000 entfällt. In absehbarer Zeit werden die gemischten Werke fast die ganze Weiterverarbeitung an sich gerissen haben.

Die Solinger Messerindustrie.

Die „Neu Hofer Handelszeitung“ veröffentlicht das Urteil eines amerikanischen Importeurs über die deutsche Messerwarenproduktion. Der Amerikaner erklärte:

Die einheimische Industrie in dieser Branche entbehrt jedes individuellen Beitrages; das Rohmaterial wird alles aus einer und derselben Quelle bezogen, die Wäster sind bei allen Fabrikanten fast die gleichen und die Ausführung richtet sich fast nach derselben Schablone. Der erklärende Grund hierfür ist die Preisübereinkunft zwischen den Fabrikanten. . . .

Wenn man hier bei einem Fabrikanten ein Muster heranzieht, so kann man sicher sein, genau dasselbe bei zwanzig anderen zu finden. Anders in Deutschland. Dort ist jeder Fabrikant bestrebt, möglichst etwas Neues und Originelles, von dem Vorhandenen Abweichendes zu schaffen. . . . Ein anderer sehr schwacher Punkt der amerikanischen Fabrikationen ist die Tatsache, daß sämtliche kleineren Messerhersteller fast niemals scharf (dünn) geschliffen sind, was doch eigentlich ein keines Messer sein sollte. Unter den hohen Hölzlingen wurde Solingen sein Absatzgebiet in dieser Artikel nicht behaupten können, wenn es nicht dieses Umstandes wegen wäre. In Scheren beherrscht Deutschland den amerikanischen Markt fast vollständig. Was hier in Amerika in Scheren gemacht wird — mit Ausnahme von „shears“ — ist sehr unbedeutend; französische Ware geht ein klein wenig, während die Engländer fast ganz aus dem Markt sind. In Messerherstellung hat Deutschland in den letzten 10 Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Es mag paradox klingen, wenn ich sage, daß die feinsten und besten Scheren, die feinsten und besten Messerhersteller, die hier im Markt verkauft werden, Solinger Fabrikat sind, während es andererseits Tatsache ist, daß auch sehr viel Schund aus Solingen kommt. Der dortige Fabrikant richtet sich aber vollständig nach dem Verlangen der Kaufkraft, die immer billigere Ware verlangt; aber er zeigt auch, daß er ausgezeichnete machen kann, wenn der Preis dafür bezahlt wird.

Gerichts-Zeitung.

Verleumdung der Polizei?

Die kürzlich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I vertagte Verhandlung gegen den Redakteur des Anarchistenblattes

„Der Revolutionär“, Redakteur Gustav Neumann, wurde gestern wieder aufgenommen. Es handelt sich um einen in „Revolutionär“ veröffentlichten Artikel unter der Überschrift: „Der „Vorwärts“ und das unwichtige Notizbuch“. Bei Gelegenheit der Hausdurchsuchung in der Privatwohnung eines Redakteurs des „Revolutionär“ hatte ein Schutzmann ein Notizbuch verloren, in welchem allerlei Notizen enthalten waren. Der „Revolutionär“ war bald in der Lage, einige Dinge aus dem Geheimnisse dieses Notizbuchs auszulandern. Die Art, wie der „Vorwärts“ diesen Vorfall besprach, mißfiel dem Anarchistenblatt und veranlaßte es zur Veröffentlichung des inkriminierten Artikels. Dieser polemisierte gegen den „Vorwärts“ und kritisierte in scharfen Ausdrücken die Art und Weise, wie die politische Polizei die Ueberwachung der Anarchisten vornahme, und die ganze Tätigkeit der politischen Polizei den Arbeitern überhaupt gegenüber. Es kamen darin Ausdrücke wie „Halsstutzenstreiche“, „Ehrlosigkeit“, „Gemeinheit“, „Rücherrüchigkeit“ und dergleichen vor. Durch diesen Artikel fühlte sich die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums beleidigt und der Strafantrag wegen formaler Beleidigung war vom Polizeipräsidenten gestellt, der Angeklagte auch gleichzeitig in Haft genommen worden. Im letzten Termine stellte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Ludwig Friedman eine Reihe von Beweisanträgen. Er wußte durch Vermnehmung einiger Polizeibeamten, insbesondere des Kriminalkommissars Runge und des Kriminalwachtmeisters Neumann sowie durch andere Personen festgestellt haben, daß die Ueberwachung der Anarchisten durch die Polizei eine äußerst scharfe, mit gesetzlichen Vorschriften nicht immer zu vereinbarende sei, daß Anarchisten wiederholt gezwungen würden, sich auf der Polizei zu fotografieren zu lassen, daß in zwei nachweislichen Fällen durch Polizeibeamte versucht worden sei, Angehörige der anarchistischen und der sozialdemokratischen Partei durch Geldberührung zum Betrug an ihren Genossen zu verleiten, daß seiner Zeit dem Anarchisten Karunkelstein gegenüber ein Polizist die List gebraucht habe, eine Hausdurchsuchung bei diesem damit zu motivieren, daß er der Wirtin des A. sagte, derselbe sei ein Fußfänger usw. usw. — Von den über diese Punkte benannten Zeugen war ein großer Teil nicht zur Stelle, die Zeugen Runge und Neumann hatten die Genehmigung zur Aussage seitens ihrer vorgesetzten Behörde nicht erhalten. Da vom Gericht die von den benannten Zeugen zu befundenen Tatsachen als wahr unterstellt wurden, bezog dem Angeklagten zugunsten die Tatsache, daß er sie für wahr hielt, so erübrigte sich fast die ganze Beweisaufnahme. Vernommen wurden nur die Frau des Anarchisten Kilmeyer und der Kriminalschutzmann Hüßlich. Letzterer hatte eines Tages bei Kilmeyer eine Hausdurchsuchung nach einem Zeitungsbüchlein abgehalten, hierbei fiel ihm auch ein im Vorderschrank bewahrtes Buch „Blatens Heilmethode“ in die Hände. Denselben waren Tafeln und Abbildungen beigelegt, die die weiblichen Geschlechtsorgane zur Darstellung brachten. Frau Kilmeyer behauptet nun, daß der Beamte ihr diese Abbildungen mit einem die weibliche Ehre beleidigenden Seitenbild und einem zniischen Lächeln hingehalten habe. Der Beamte stellte die Sache anders dar. Er behauptete, daß der kleine fünfjährige Sohn der Frau Kilmeyer in bezug auf diese Abbildungen eine Bemerkung gemacht habe, die darauf hindeutete, daß er den Unterschied der Geschlechter schon kenne. Dies habe ihn veranlaßt, der Frau einen warnenden Blick zuzuwenden! Frau K. bestritt entschieden diese Darstellung, die auch dem Gerichtshof nicht recht einleuchtend war. — Staatsanw. Dr. Fiegner hielt die Beleidigungen für äußerst schwere. Der Angeklagte habe sich nur auf eine Reihe von Tatsachen bezogen, die die Anwendung jener schwer beleidigenden Worte aber nicht rechtfertigen könnten. Der Staat habe ein außerordentliches Interesse an der scharfen Ueberwachung der Anarchisten, und jede Polizei sei darauf angewiesen, sich der Hilfe von Mittelspersonen zu bedienen, die ihr zweckdienliche Mittelungen machen können. Daß die Polizei das Recht habe, Anarchisten und andere auch gegen ihren Willen zu fotografieren und zu messen, habe das Reichsgericht in einem Urteil im 22. Bände anerkannt. Die Anarchisten seien Leute, die offen den Kampf gegen die bestehenden Gesetze predigen und alle Mittel, nicht nur die gegen politische Personen, sondern auch die gegen Arbeiter betreiben, bejubeln, und es sei Pflicht der Polizei, sich über die Entwicklung und die inneren Vorgänge der anarchistischen Gruppen auf dem Laufenden zu erhalten. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Jugend des Angeklagten drei Monate Gefängnis. Rechtsanw. Dr. Ludwig Friedman trat den Ausführungen des Staatsanwalts scharf entgegen und führt aus, daß die Tatsachen, die der Gerichtshof als wahr unterstellt habe, doch so ungeheuerlich seien, daß man es dem Angeklagten als Anarchisten wohl nachfühlen könne, wenn er in erbitterter Stimmung über die Polizei den scharfen Artikel veröffentlichte. Er verdiene daher eine mildere Strafe. — Das Gericht hielt dem Angeklagten zu Gute, daß er durch die von ihm als wahr angesehenen Vorkommnisse sehr erregt gewesen sei und bei seiner Jugend noch nicht die genügende Entwicklung und Reife der Lebensanschauung besitze. Das Gericht erkannte dennoch auf drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft und sprach den Beleidigten die Publikationsbesagung zu. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.

Die Straftat und das Strafmaß des Urteils ist außerordentlich hart und hoch. Vor dem Gesetz sind alle Kreuze gleich. Eine Justiz, die nach der der jeweiligen Richtung nicht genehmen politischen Richtung des Angeklagten das Strafmaß ausmisst, ist tendenziell in der trübseligen Weise und zeigt die tiefe Kluft, die zwischen Gerechtigkeit und Justiz gähnt.

Flugblattverteilung auf Bahnhöfen.

Das Verteilen von Flugblättern auf einem Bahnhof und die Anwendbarkeit des alten preussischen Preßgesetzes darauf betrifft ein dieser Tage ergangenes Urteil des Kammergerichts. Während des Streiks der Schauerleute wurden wiederholt auf den Bahnhöfen in Hamburg, Altona und Wandsbeck Streifflugblätter verteilt. Als nun eines Tages der Gastwirt Hölte auf dem Wandsbeker Bahnhof ein oder zwei Flugblätter in ein Koupée eines ankommenden Zuges hineinreichend hatte, wurde er polizeilich festgesetzt. Einem Fahrgast wurde das Blatt, das er in der Hand hatte, vom Polizeibeamten entziffen. Hölte sollte sich gegen die §§ 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes, die mit einigen Modifikationen noch zu Recht bestehen, vergangen haben, und zwar dadurch, daß er an einem öffentlichen Orte ohne polizeiliche Erlaubnis unentgeltlich Druckschriften verteilte. Nachdem die Sache bereits einmal das Kammergericht befähigt hatte, verurteilte das Landgericht Altona Hölte zu einer Geldstrafe. Es führte aus: In der durch das Reichspreßgesetz veränderten Fassung made § 10 des preussischen Preßgesetzes das öffentliche unentgeltliche Verteilen von Blättern, Aufzügen und Besammlungen von einer vorherigen Erlaubnis abhängig. Die erste Frage sei deshalb, ob es sich überhaupt um eine derartige Druckschrift handle. Das sei zu bejahen. Das Flugblatt sei ein Aufzug, den nur alle Arbeiter auf den Streik der Schauerleute zu fördern, nicht als Schauermann zu arbeiten und eventuell die Arbeit niederzulegen. Zweitens sei es ein Verteilen, wenn H. ein oder zwei Blätter in das Koupée durchs Fenster hineinwarf, denn er habe das Blatt dadurch einer Mehrheit von Personen zugänglich gemacht. Auch würde er noch weiter verteilt haben, wenn die Polizei ihn nicht daran verhindert hätte. § 10 sehe ferner Unentgeltlichkeit voraus, d. h. er lege voraus, daß der Verteiler von seinem Auftraggeber kein Entgelt erhalte. Angeklagter habe keine erhalten. Die Unentgeltlichkeit sei somit festgestellt. Weiter frage es sich, ob der Bahnhof ein öffentlicher Ort sei, denn es müsse ein öffentliches Verteilen sein. Zweitens sei ein Bahnhof ein öffentlicher Ort. Schließlich sei noch zu rechnen mit § 43 Abs. 5 der Gewerbeordnung, welcher laute: „In geschlossenen Räumen sind zur nicht-gewerbmäßigen Verteilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubnis nicht erforderlich“. Diese Bestimmung

greife indessen nicht Platz. Geschlossene Räume seien Räume unter Dach und Fach, welche gedeckt und umfriedigt seien. Der Bahnhof Wandsbeck sei nun zwar innerhalb der Bahnspalte, wo die Verteilung vor sich ging, ein umfriedigter Raum. Er sei aber nicht überdeckt. Es sei nur ein kleines Dach zum Schutz gegen die Unbillen der Witterung vorhanden; sonst liege der Raum ganz unter freiem Himmel. Es sei also kein geschlossener Raum. Demnach sei Angeklagter, der keine Erlaubnis hatte, zu verurteilen. Hölte legte abermals Revision ein. Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel.

Zur Sonntagruhe.

Der Konfitürenhändler Suhl war der Meinung, Konfitüren gehörten zu den Konditorwaren und es fänden auf Konfitürenhandlungen die Bestimmungen der Berliner Polizeiverordnung vom 20. Juni 1895 Anwendung, wonach der Handel mit Back- und Konditorwaren aus offenen Verkaufsstellen des Sonntags bis 3 Uhr nachmittags gestattet ist. Weil er am zweiten Pfingstfesttag sein Geschäft bis 3 Uhr offengehalten und solange eine Verkäuferin beschäftigt habe, wurde er auf Grund der Verordnung und der §§ 105b und 146a der Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht ging davon aus, daß Konfitüren keine Konditorwaren seien und daß S. deshalb sein Geschäft am Sonntag und den zweiten Feiertage der großen Feste um 2 Uhr nachmittags schließen müsse.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten, jedoch aus einem anderen Grunde. Es ließ die Frage offen, ob Konfitüren zu den Konditorwaren gehörten. Denn es war auf Grund einer genaueren Durchsicht der Verordnung des Polizeipräsidenten zu der Feststellung gelangt, daß die zweiten Feiertage der großen Feste im Gegensatz zu den Sonntagen nicht zu den Ausnahmetagen gehörten, wo die Geschäfte mit Back- und Konditorwaren bis 3 Uhr nachmittags geöffnet sein dürften. Auch die Bäcker und Konditoren müßten am zweiten Pfingsttag, um den es sich hier handle, um 2 Uhr nachmittags schließen. Schon deshalb hätte Angeklagter am zweiten Pfingsttag um 2 Uhr schließen müssen. — Die eigentliche Streitfrage, auf die es dem Angeklagten ankomme, könnte erledigt werden, wenn ein gewöhnlicher Sonntag in Betracht käme.

Ein Messerstecher ist „arbeitswillig“ — also milde Strafe!

Die Bahnarbeiter Wilhelm und Willi Rosenhahn in Halle hatten in der Silvesternacht den Arbeiter Vertram aus ganz nichtigem Anlaß derartig mißhandelt, daß der Unglückliche sofort starb. Vertram hatte in einem Lokal einmal auf Wilhelm A.'s Trompete blasen wollen. Darüber geriet der Rohling derartig in Wut, daß er dem W., einen Familienvater von drei Kindern, vier Messerstücke, dabei einen in den Herzbeutel, verlegte. Die vor dem Schwurgericht anhängig gemachte Anklage lautete auf Körperverletzung mit Todeserfolg. In der Beweisaufnahme traten mehrere Unternehmer auf, die ausfragten, Rosenhahn seien ruhige, zufriedene, arbeitswillige, fleißige Menschen. Das machte Eindruck, und so kamen die Geschworenen zur Bewilligung mildernder Umstände, obwohl der Staatsanwalt gesagt hatte, A. habe den W. abgestochen wie ein Stück Vieh. Wilhelm A. wurde zu einem Jahre sechs Monaten und sein Bruder zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Parlamentarisches.

Einlauf.

Im Reichstag gingen ein: Ergänzungen des Staatsgesetz- und Reichshaushalts-Entwurfs für 1908, nebst Anlagen, enthaltend u. a. Denkschrift betr. die Einführung des Postüberweisungs- und Scheinverkehrs nebst Anlagen. Resolution zum Etat des Innern v. Schwerin-Löwig und Genossen (L); noch in dieser Session einen Gegenentwurf vorzulegen, durch welchen für solche Märkte und marktähnliche Veranstaltungen, welche dem Handel mit Schlachtvieh in größerem Umfange dienen, Anordnungen zu treffen sind, welche eine zuverlässige Feststellung der Viehpreise nach Lebendgewicht gewährleisten.

85. bis 95. Bericht der Petitionskommission.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Adlershof. Dienstag, den 10. März, 8½ Uhr, bei Wölfstein: Vortrag.

Zehlendorf. Mittwoch, den 11. März, 8 Uhr, bei Nied, Karlstr. 12: Generalsversammlung.

Steglitz. Donnerstag, den 12. März, bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117: Vortrag. Herr Heinrich Schulz: „Kindererziehung“.

Versammlungen.

Die Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, die am Freitag in Prepers Saal stattfand, setzte die Tagesordnung fort, welche in der vorigen Generalversammlung nicht ganz erledigt worden war. Zur Debatte stand ein Antrag der Ordisverwaltung, wegen der vermehrten Geschäfte einen neuen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau anzustellen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Dann nahm die Versammlung die Neuwahlen der statutenmäßig auscheidenden Mitglieder der Ordisverwaltung vor. Wiedergewählt wurden teils einstimmig, teils mit großer Mehrheit: Glöde als erster Bevollmächtigter, Riese als erster Kassierer, Döring als Schriftführer, Felix Leopold als Beisitzer, Reiche als zweiter Obmann der Schlichtungskommission, Gütth als Arbeitsvermittler. Zu Revisoren wurden Breittopf und Habermann, in den Ausschuss Brunl und Köppen, als Hilfsarbeiter Reich gewählt. Die Wahl für das neugeschaffene Amt eines Hilfsarbeiters ergab noch kein endgültiges Resultat. Es ist eine Stichwahl erforderlich. Schließlich wurde noch beschloßen, jedem der zurzeit vorhandenen ausgesetzten Arbeitslosen 6 M. aus den eingegangenen freiwilligen Beiträgen zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt am Mittwoch.

Der Zentralverband der Maurer hielt am 5. März bei Freher in der Kopperschke eine Generalversammlung aller zum Zweigbezirk Berlin gehörenden Zehlfestellen und Bezirke ab. Auf der Tagesordnung stand der Bericht von der 10. Konferenz. Zunächst wurde jedoch über eine Maßregelungsangelegenheit entschieden und zwar zugunsten der zwei Mitglieder, die Unterstützung beanspruchten. Sodann machte der Vorsitzende Otto Hanke auf die neueste am Sonnabend in die Hände der Mitglieder gelangende Nummer des „Grundstein“ aufmerksam, in der ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe abgedruckt ist, aus dem hervorgeht, daß die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung in allen Städten, wo sie nicht durch länger dauernde Tarifverträge gebunden sind, durchführen wollen. Auch in Berlin müsse man sich also wieder auf einen Kampf gefaßt machen. Den Mitgliedern werde in den nächsten Tagen Gelegenheit gegeben, zu den Plänen der Unternehmer Stellung zu nehmen.

Von der Konferenz berichtete Golke. Er sagte sich kurz und wies darauf hin, daß ja im „Vorwärts“ ein ausführlicher Bericht erschienen ist. Seinen Ausführungen wie der Diskussion, die sich daran schloß, ist zu entnehmen, daß die Maurer Berlins trotz der schweren Kämpfe des vorigen Jahres auch in diesem Jahre nicht vor dem Unternehmertum zu Kreuze ziehen, sondern fest und treu zusammenhalten werden.

Zentralverband der Fleischer. (Ordisverwaltung Berlin.) Heute abend 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Rosenhahn Hof, Rosenhahner Straße 11/22. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Unabrisiederband oder Berufsorganisation? Kaufmännische Krank- und Sterbekasse von 1895. (S. 71.) Heute abend bei Landro, Stralauerstr. 86/87.

Vermischtes.

Die wacksame Polizei. Aus Breslau wird uns vom 8. März telegraphiert: Das Auftreten Danny Gueriers wurde heute polizeilich verboten. Das Verbot betraf Menschenansammlungen. Soeben wurde Guerier grundlos verhaftet.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Hammelfleisch, nachgebend, sonst unverändert. Bild: Zufuhr nicht vorhanden. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft stark, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft matt, Preise gedrückt.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Nachruf!

Den Mitgliedern zur Nachsicht, daß unser Genosse, der Maurer **Ferdinand Schlichting** am 6. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Verein der Rohrer Berlins u. Umgebung.

Am 7. März verstarb unser treuer Kollege **Paul Schüler** an der Prostatierkrankheit.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Aufseherstehungs-Friedhofes in Weihensee, Weihensee Weg, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Verein der Rohrer Berlins u. Umgebung.

Am 7. März verstarb unser treuer Kollege **Paul Schüler** an der Prostatierkrankheit.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Aufseherstehungs-Friedhofes in Weihensee, Weihensee Weg, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Verein der Rohrer Berlins u. Umgebung.

Am 7. März verstarb unser treuer Kollege **Paul Schüler** an der Prostatierkrankheit.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Aufseherstehungs-Friedhofes in Weihensee, Weihensee Weg, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Verein der Rohrer Berlins u. Umgebung.

Am 7. März verstarb unser treuer Kollege **Paul Schüler** an der Prostatierkrankheit.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Aufseherstehungs-Friedhofes in Weihensee, Weihensee Weg, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Literarische Rundschau.

Eine Geschichte des Dreiklassenwahlrechts.

Eine zusammenfassende geschichtliche Darstellung des preussischen Wahlrechts war bisher nicht vorhanden. Wohl ist in zahlreichen Zeitungen und Broschüren geschildert, wie im Laufe der Jahrzehnte das preussische Wahlrecht immer reaktionärer gestaltet, wie das Volk allmählich entrechtet wurde, wie das Dreiklassenparlament seine Aufgabe darin erblickte, das Wahlsystem weiter und weiter nach rückwärts zu revidieren und wie die Regierung den herrschenden Klassen dabei Helfersdienste leistete, aber im Zusammenhang sind die Ereignisse noch nicht beschrieben worden. Diese Lücke der Literatur hat H. v. Gerlach zu einem großen Teil ausgefüllt, dessen soeben erschienenes Werk über die Geschichte des preussischen Wahlrechts eine Fundgrube für jeden ist, der den innerpolitischen Ereignissen in Preußen von 1848 bis auf die heutige Zeit Interesse entgegenbringt und sich mit Nützlichem in dem preussischen Wahlrechtskampf versehen will. Freilich eine Geschichtsdarstellung, die unseren wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, ist das Buch nicht; auch ist es nicht ganz frei von Irrtümern, so z. B. stimmt es nicht, daß durch die Entrechtung der Unselbständigen im Herbst 1848 niemand sein Wahlrecht verloren hat, der es bis dahin besaß. Immerhin aber bietet die Schrift für den Politiker reiches Material.

Was dem Gerlach'schen Buch bleibenden Wert verleiht, ist vor allem, daß es jede seiner Behauptungen altenmäßig beweist, und zwar gerade durch Dokumente aus den Verhandlungen des Parlamentes selbst. In ihrer Gesamtheit bilden diese Aktenstücke eine Materialsammlung, die niemand unbeachtet lassen kann, gleichviel auf welchem politischen Standpunkt er steht.

In Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie und im Gegensatz zu allen bürgerlichen Autoren zieht v. Gerlach aus der Entstehungsgeschichte des Dreiklassenwahlrechts den Schluß, daß die heute gültige Verordnung vom 30. Mai 1849 nicht nur widersinnig, sondern auch widerrechtlich ist. — „An der Wiege des Dreiklassenwahlrechts stand der Verfassungsbruch! Das materielle Unrecht, das es all die Jahrzehnte hindurch dem preussischen Volke zugefügt hat, hat zur Grundlage eine formelle Rechtswidrigkeit größtenteils Art.“ In diesem Urteil, dem wir uns nur anschließen können, ändert natürlich auch die Tatsache nichts, daß der auf Grund der oktroyierten Verordnung gewählte Landtag den Gewaltstreich der Regierung nachträglich gut geheißelt hat.

Die Kritik, die der Verfasser an dem Dreiklassenwahlrecht übt, ist geradezu vernichtend. Die Willkür in der Festsetzung der Wahlkreise, die Schikanierung der Wahlmänner durch die Bestimmung der Wahlorte, die „ausgesuchten Feinheuten“ der Klasseneinteilung werden bis in alle Details besprochen und schonungslos der Lächerlichkeit anheimgegeben. Ganz besonders lehrreich ist das Kapitel über die öffentliche Wahl, ein trauriges Kapitel obrigkeitlicher Bevormundung aller abhängigen Existenzen vom hohen Staatsbeamten herab bis zum Nachtwächter und Gemeindevorsteher in den entlegensten Dörfern, ja sogar bis zu den Gewerbetreibenden, die auf Beamten- und Soldateneinkünfte angewiesen sind. Wahlbeeinflussungen sind unter dem Dreiklassenwahlrecht mit seiner öffentlichen Stimmgabe etwas ganz Selbstverständliches, nur die Parteien, zu deren Ungunsten sie geübt wurden, wußten. In der Konfliktzeit richteten sie sich gegen die Fortschrittler, zehn Jahre später gegen das Zentrum, dann zur Umwälzung wieder gegen die Polen — von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen. Und der Reich muß es der Regierung lassen, sie versteht sich auf ihr Handwerk. Welch ein Geschrei würden die Sozialisten erheben, wenn von sozialdemokratischer Seite auch nur der hundertste Teil des Terrorismus ausgeübt würde, den die regierenden Kreise seit jeher ausgeübt haben! Schon die kleine Blütenlese von Wahlmissbräuchen, die Gerlach gibt, ist so ungeheuerlich, daß sie jedem wirklichen Patrioten — nicht denen, die den Patriotismus in Erbpacht genommen zu haben vorgeben, deren Patriotismus sich aber in Wahrheit in hohlen Phrasen und Niederhaltung der Volksmassen erschöpft — die Schamröte ins Gesicht treiben müßte. Da erfahren wir, daß in Potsdam die Militärbehörde es sich in den sechziger Jahren angelegen sein ließ, allen Gewerbetreibenden, die liberal gewählt haben, ihr Einkommen zu schmälern, indem sie den Soldaten bei Androhung von drei Tagen Arrest verboten, bei den durch Name und Wohnung näher bezeichneten Fortschrittmännern Waren zu kaufen. Also ein regelrechter Boykott, diktiert von den unlauteeren Beweggründen. Ein Rittmeister richtet an einen Vater, weil er nicht im Sinne des Königs gewählt hatte, die höfliche Bitte, sich wegen Lieferung der Schrippen für das Regiment nicht mehr zu bemühen. Ein Herr v. Saldern wagt es, an die Königlich Preussischen Urwähler der Herrschaft Messersdorf, Schwerta und Volkendorf einen Wahlerlaß zu richten, worin angefündigt wird, daß aus den Wahllisten die erforderlichen Zusammenstellungen gemacht würden, um zu ersehen, wie die Wähler gewählt haben; wer nicht Personen im Sinne des Königs und der Minister wählt, der würde, wenn er Arbeiter in der Forst oder den Oekonomien ist, entlassen werden, wenn er Beamter ist, würde er die Kündigung erhalten, als Handwerker oder Kaufmann würde ihm die Arbeit entzogen werden. Wir begnügen uns mit diesen wenigen Beispielen. Mit Recht betont v. Gerlach, daß, wenn in den letzten Jahren über besonderen Wahldruck gegenüber den Beamten nicht mehr so viel geklagt wird wie früher, die Erklärung dafür auf der Hand liegt: die abhängigen Beamten stimmen entweder gar nicht oder nach dem Willen der Regierung. Das öffentliche Wahlrecht tut seine Schuldigkeit auch ohne ausdrückliche Wahlerlasse.

Angeichts dieser Beweisstücke ist es eine doppelte Verhöhnung des Volkes, wenn Fürst Bülow unter Verweigerung des Ersahes der offenen Stimmgabe durch die geheime davon zu reden wagt, daß die Regierung sich jeder Wahlbeeinflussung enthalten würde. Sie hat es eben nicht nötig, die Maschine funktioniert auch so.

In dem Teil des Buches, der der Kritik des Verhältnisses der verschiedenen Parteien in der Wahlrechtsfrage gewidmet ist, hält der Verfasser gründliche Abrechnung, nicht nur mit den offenen, sondern auch mit den verkappten Gegnern des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Die Darlegungen Gerlach's beweisen schlüssig, was es mit dem angeblichen Kampf des Frei-

sinns gegen das Dreiklassenwahlrecht auf sich hat. Wohl hat es zu jeder Zeit vereinzelte Ausnahmen gegeben, die mit jähher Energie für die Beseitigung des preussischen Wahlrechts eingetreten sind, aber das Gros des Freisinns hat in diesem Kampfe versagt, es hat Jahre hindurch Gewehr bei Fuß gestanden und nichts getan, um seine programmatische Forderung zu propagieren. Ja, es fehlt sogar nicht an Beispielen, wo Abgeordnete des Freisinns indirekt das Dreiklassenwahlrecht zu neuem Leben zu erwecken suchten. Was soll man dazu sagen, wenn der Abgeordnete Kreiting im Jahre 1903 der Regierung Ratsschlüsse erteilte, wie sie durch Verrückung des Reglements die von sozialdemokratischer Seite angeregte Obstruktion bei den Wahlen im Reich ersäen könnte! Das ist nicht nur „bedauerlich“, wie v. Gerlach meint, sondern es grenzt an Verrat, besonders wenn man sich der Verrückung des Abg. Kreiting erinnert, daß durch seine Vorschläge das Dreiklassenwahlrecht durchaus nicht tangiert wird.

Genau so unzuverlässig wie der Freisinn hat sich das Zentrum erwiesen, das zwar in der Öffentlichkeit sich als Anhänger des Reichstagswahlrechts für Preußen gebürdet, aber hinter den Kulissen von jeher eine schamhafte Schacherpolitik getrieben hat, um seine eigenen Parteigeschäfte zu machen und für sich möglichst viel herauszuschlagen. Die Stellung der übrigen Parteien ist bekannt, wir übergehen sie deshalb und beschränken uns darauf, zum Beweise für das „Gerechtigkeitsgefühl“ mancher Politiker den charakteristischen Ausspruch des ehemaligen Chefredakteurs der „Arbeitszeitung“, des Freiherrn v. Hammerstein, wiederzugeben, daß die Konservativen das Wahlrecht deshalb nicht ändern wollen, weil sie dabei gute Geschäfte machen. Ein naives, aber wertvolles Zugeständnis!

Die Wandlungen, die sich in den Reihen der Sozialdemokraten in bezug auf die Wahlbeteiligung vollzogen haben, schildert v. Gerlach an der Hand der Beschlüsse der verschiedenen Parteitage, ohne aber den Beweggründen näher nachzuforschen. Dazu steht er dem Leben der Partei, den Anschauungen des Proletariats zu fern, als daß er die tiefsten, dem Verhalten der Partei zugrunde liegenden Ursachen überschauen könnte. Es ist auch nicht richtig, daß die Beteiligung an den Landtagswahlen erst 1893 angeregt wurde; bereits unter dem Sozialistengesetz haben sich die Berliner Parteigenossen sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt.

Noch das nur nebenbei. Diese falsche Beurteilung der Sozialdemokratie ist gewiß bedauerlich, aber sie vermag nicht unser Urteil über die fleißige Arbeit zu trüben, deren eifriges Studium wir allen Genossen dringend empfehlen können. P. S.

Die städtische Bodenfrage. Eine Untersuchung über Ursachen, Ursachen und Abhilfe von Dr. R. v. Mangoldt. Göttingen, Wadenhoed und Ruprecht. 745 Seiten. Brosch. 10,— M., gebunden 11,50 M.

Das von dem Deutschen Verein für Wohnungsreform herausgegebene Werk trägt das Motto „und erlöse uns von dem Lebel“. Die Worte Haußsaus „Der erste, welcher ein Stück Feld umzäunte und zu den andern sagte: „Das ist mein“ und Leute fand, die leichtgläubig genug, ihm das glaubten, war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Koster, Kriege, wie viel Elend hätte der dem Menschengeschlecht erspart, der den Raum wieder eingegriffen, den Graben wieder ausgefüllt und zu den andern dann gesagt hätte: „Glaubt diesem Betrüger nicht, ihr seid verloren, wenn ihr einmal verheißt, daß die Erde keinem allein, die Früchte aber allen gehören“, „Lingen als unterdrückte oder unbewußte Klage aus jeder der 745 Seiten der überaus fleißigen Arbeit.

Wie ein Alp lastet die widerliche Ausbeutung des Grund und Bodens auf dem Volke. Milliarden werden da in wenigen Jahren von einzelnen Bevorzugten aus der Erde gezogen und als verzinsbare Last auf die Schultern der Allgemeinheit gewälzt. „Wir befinden uns wie in einem Rauberlande“, sagt der Verfasser. Die Milliarden, ja die Milliarden sprechen nur so aus dem Boden hervor. Dürter Sandader, dem vorher nur mit Mühe und Not längliche Ernten abgerungen werden konnten, verwandelt sich ohne besonderes Zutun seiner Besitzer in das reine Goldfeld! Wer da hat, dem wird gegeben! Während die Landwirtschaft schwer um ihre Existenz ringt, während ganze Schichten des Handwerks im Elend verinken, während der Arbeiterstand mühsam um jeden Groschen kämpfen muß und, von der Furie der Arbeitslosigkeit verfolgt, oft nicht hat, wo er sein Haupt hinlegen kann, während Reich, Staat und Gemeinde mit immer stärker anschwellenden Schuldenlasten zu kämpfen haben, während all dies geschieht, ergießt sich ein großer, breiter Goldstrom von den in Werte steigenden bebauten und unbebauten städtischen Geländen. Hier verwandelt sich Schweiß, Mühe und Entbehrungen eines ganzen Volkes in unerdienten Ertrag für solche, die da ernten, ohne zu säen.“

Das Werk bietet für diese rapide Steigerung der Bodenwerte und deren treibende Faktoren eine Fülle von Beweisen aus großen und kleinen Städten. Nur einiges sei aus der Fülle des Materials herausgegriffen. Es stieg der Grundrentenkaufwert der bebauten Grundstücke am Hausvogteiplatz in Berlin im Durchschnitt pro Quadratmeter von 115 M. im Jahre 1865 auf 344 M. im Jahre 1880 und 900 M. im Jahre 1895. Heute wird er sich abermals um hunderte von Mark erhöht haben. Der Gesamtwert des Grund und Bodens am Berliner Sturfürstendamms betrug 1860 = 100 000 M., 1865 = 1 Million, 1870 = 2,5 Millionen, 1875 = 6,5 Millionen, 1885 = 14 Millionen, 1890 = 30 Millionen, 1898 = 50 Millionen, 1903 = 65 Millionen Mark. Professor Schmöller berechnet die in den letzten 50 Jahren in Berlin gebildeten Monopolbodenwerte auf 2—3 Milliarden. Der Grundrentenertragwert der bebauten Grundstücke der Stadt Berlin stiegen von 17 Millionen Mark im Jahre 1830 auf 2118 Millionen im Jahre 1898. Auch in London stieg der Mietwert 1871—1891 von 24 auf fast 40 Mill. Pfd. Sterl., wovon 7,15 Mill. als Monopolwert (nicht durch Arbeits- und Kapitalaufwendung bedingt) berechnet wurde, das sind in 20 Jahren 110 Millionen Pfd. Sterl. gleich 2200 Millionen Mark Kapitalwert.

Der auf nationalsozialem Boden stehende Verfasser erkennt denn auch die ganze Größe der Gefahr, die durch den Bodenwucher nicht nur dem Wirtschaftsleben, sondern in seiner Folge auch dem Staatsleben droht und ruft in „eifriger Stunde“, wie er sagt, um Hilfe. Seine Vorschläge bezwecken eine Verbesserung der heutigen Verhältnisse im Rahmen der geltenden Wirtschaftsordnung, keine radikale Heilung des Grundübel. „Dezentralisation und öffentliche Stadterweiterung, Vorkreisorganisationen und Gemeindeverbände, Enteignungsrecht und Stadterweiterungsstöße, Stadterweiterungsrecht, Reform der kommunalen Wahlrechte, Ruybarmachung der Versteigerungen für die Allgemeinheit, planmäßige Verbesserung der schon bebauten Gebiete unter Heranziehung der durch die Versteigerung draußen gewonnenen Geldmittel und andere Maßregeln können und werden zum Ziele führen. Es muß gelingen, die vielen Millionen kommenden Stadtbewohner, die wir noch zu erwarten haben, und die Milliarden neuer städtischer Bodenwerte, die wir gleichfalls noch erwarten haben, einer großen Reformpolitik dienstbar zu machen.“

Zwei Tendenzen laufen bei diesen Vorschlägen parallel, die eine, eine Versteigerung des für die Stadterweiterung benötigten Grund und Bodens möglichst hinten zu halten, die andere, eingetretene Versteigerungen für den Säckel der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen.

In ersterem Zwecke wird gefordert, daß die Stadterweiterung für ein öffentlich-rechtliches Geschäft erklärt werde, das von Staat, Gemeinde oder besonderen von ihnen zu schaffenden oder zu privilegierten Organisationen in die Hand genommen werden solle.

Der öffentlich-rechtlichen Stadterweiterung wird dabei die Aufgabe zugewiesen, baureifes Land, das durch einen weitläufigen Bauplan für Jahrzehnte im voraus erschlossen wird, in dem Gebiete des „schmalen Landes“, der zwischen dem bebauten und dem Ackerland liegt, zu billigen Preisen bereit zu halten. Der Verfasser glaubt, daß dies Ziel zu erreichen sei durch Schaffung eines brauchbaren Enteignungsgesetzes und einer von ihm vorgeschlagenen Stadterweiterungsstöße, wozu die Gemeinden freiwillig die Hand bieten würden. Der Optimist! — Denn heute sind ja gerade die Ohnien des Grund- und Bodenwuchers die maßgebenden Ratadore in den Gemeinden und Stadterordnetenkollegien, die sich nach den Anforderungen des Gesetzes mindestens zur Hälfte aus Hausbesitzern und Grundstückspekulanten zusammensetzen. Die jeweiligen Ratsbehörden sind in den meisten Fällen nur die Bedienten der Spekulantensklaven. Der Leipziger Professor Wücker sagt sehr richtig: „Heute sitzen nicht selten Bauinteressenten als Sachverständige in den Bauausschüssen der Stadterweiterung, spekulierende Immobilienbesitzer üben einen maßgebenden Einfluß auf die Stadterweiterung und ihre Beschlüsse in Verbindung mit Magistrat und Stadterordnete bemühen sich um die Witte, die Preise der Bauplätze in die Höhe zu treiben, welche die Stadt etwa selbst zu verlaufen hat.“

Ein typisches Bild dieses gemeindebehördlichen Bodenwuchers bietet Berlin. Beispielsweise hatte die Stadt an der Weidenammer Brücke aus einer Straßenregulierung 1000 Quadratmeter Land übrig behalten, für die es die Kleinigkeit von 1400 000 M. forderte. Und da weder ein Wohn- noch ein Warenhaus diesen Preis für bloßes Bauland anlegen konnte . . . gründete man ein Theater, die Komische Oper! Kapital spielt zunächst gar keine Rolle, denn hinter den Kulissen des Bodenwuchers steht als Dratzieher die Hochfinanz. Die Dresdner Bank allein hatte im Jahre 1904 auf ihrem Effektenkonto für 2 240 168 Terrrainaktien, außerdem war sie noch an zehn Terraingesellschaften mit 8 383 307 M. beteiligt.

Auf welchen Widerstand wird unter solchen Umständen ein brauchbares, die Boden Spekulation treffendes Enteignungsgesetz oder die vom Verfasser vorgeschlagene fakultative oder obligatorische Stadterweiterungsstöße stoßen. Unter Stadterweiterungsstöße versteht dieser, „daß das gesamte Land in der Erweiterungszone der Städte, das überhaupt etwa für die Befriedigung der nächsten 50 Jahre in Betracht kommt, jezt, ohne Verzug und alsbald, nach seinem jetzigen Werte taxiert wird und zwar so, daß keine übertriebenen Schätzungen stattfinden und daß dann, wenn die zur öffentlichen Stadterweiterung berufenen Stellen, sei es früher, sei es später, zur Enteignung von Land greifen, im allgemeinen der so durch die Stadterweiterungsstöße festgestellte jeztige Wert zuzüglich gewisser mäßiger Extrazuschläge als höchster Entschädigungspreis bei der Enteignung angelehen und höhere Ansprüche seitens der Landeigentümer nicht sollen erhoben werden können.“

Der Verfasser glaubt an eine Uebertöndung der seinen Vorschlägen entgegenstehenden Schwierigkeiten, weil heute schon einzelne größere Städte den Bodenwucher einzuschränken versuchen, so Frankfurt a. M., Ulm, Mannheim usw. Doch auch hier besteht nur die Ausnahme die Regel. Diese genannten Städte können nämlich insofern bestimmend in die Bodenpolitik ihrer Gemeinden eingreifen, weil sie selbst einen mehr oder weniger großen Teil des Gemeindegebietes besitzen. So hat Ulm 60 Proz., Frankfurt a. M. 57,8 Proz., Mannheim 40 Proz. des innerhalb des Gemeindebezirks gelegenen, bebauten oder unbebauten Grundbesitzes in Eigenbesitz. Da kann natürlich auch einmal ein wirtschaftiger Bürgermeister gegen den Willen der im Stadterordnetenkollegium maßgebenden Spekulantengruppe gesunde Bodenpolitik treiben! Anders liegen natürlich die Dinge in Städten, wo kein erheblicher Grundbesitz der Gemeinde den Egoismus der privaten Bodenpekulanten niederhalten kann. Haben doch Berlin nur 13,3 Proz., Essen 9 Proz., Stettin 4,1 Proz., und Barmen gar nur 2,1 Proz. eigenen städtischen Grund und Boden! Hier fehlt selbst den von diesem Willen besetzten Ratsbehörden die Möglichkeit, den Widerstand der Interessentengruppen in Stadterordnetenkollegium zu brechen. Typisch ist in dieser Beziehung ja der Widerstand, den die Wertzuwachssteuer im Berliner Rathauslande fand. Dabei handelte es sich hierbei nur um eine geringe Abgabe von einem bar eingemommenen Versteigerungsgewinn, geschweige denn um die freiwillige Versteigerung der privaten Raff- und Wucherermöglichkeit. Mit der freiwilligen Unterföhlung der Reformpläne des Verfassers sieht es hiernach windig genug aus! Die Inanspruchnahme der Landesparlamente zur Durchföhlung eines Enteignungs- und Stadterweiterungsrechtes schmeidet der Verfasser ernstlich gar nicht an. Er fordert mit der Bescheidenheit eines Devoten und „guten“ Staatsbürgers „Kommunalwahlreform“! Als ob die vom Himmel fiel! Wer wird ernsthaft eine solche z. B. in Sachsen und Preußen für möglich halten, so lange in diesen Bundesstaaten die Dreiklassenwahlrechtsmach herrscht! Hausbesitzerprivileg und Dreiklassenwahlrecht sind Fleisch von einem Fleische, die einseitigste Vertretung egoistischer Geldsäckelinteressen. Eine Kräfte haßt aber der anderen kein Auge aus! Und dünkt, daß auch in dieser Frage die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes ungleich fördernder wirken würde, als jeder noch so gut gemeinte, noch so überzeugungsstreu vorgetragene Appell an das gute Herz und die Einsicht der die Klinte der Gesetzgebung in der Hand habenden Geldsäckelpolitiker!

Die Ausschaltung der privilegierten Spekulantengruppen in Gemeinde und Landesparlament ist das Primäre, ist der springende Punkt, ohne den alle Verbesserungsorschläge in der Luft schweben. Ist dies geschehen, so spielt die Verwendung des städtischerseits erworbenen Baulandes, ob durch Erbbaurecht, durch „Bauleihe“, durch Baugenossenschaften, oder durch Offenhaltung des Wiederkaufsrechtes usw., nur eine nebenföhlige Rolle. Auch die Beschaffung der in Frage kommenden notwendigen Mittel wird keine Schwierigkeiten bereiten, denn sicherlich hat eine Kommune so viel Kredit wie ein privater Bodenpekulant oder eine Terraingesellschaft.

Bei seinen Vorschlägen erwähnt der Verfasser den Bau von Häusern und die Vermietung ihrer Wohnungen durch die Städte in eigener Regie nur in knappen vier Zeilen. Und doch wäre unter den heutigen Verhältnissen gerade dies das zwingendste Mittel, die Erpreßungsstendenz der Baustellenpreise in Bezug auf die Wohnungsmieten“, d. h. das ganz von selbst erfolgende Steigen der Wohnungspreise bei jeder eintretenden Besserung der Einkommensverhältnisse der Gesamtbevölkung, hintenan zu halten.

Aber dieser Vorschlag könnte die Profitmaschine der Baunternehmer zum Teil ausschalten, darum unterläßt der Verfasser seine Erörterung stillschweigend. Dem Privateigentum will er unter keinen Umständen wehe tun! Für die Sozialdemokratie haben denn auch all die Vorschläge des Verfassers nur die Bedeutung eines Palliativmittels. Denn selbst ihre allseitige und glatte Durchföhlung wäre für das Krebsübel des Bodenwuchers nur ein homöopathisches Linderungsmittel. Das kapitalistische System würde durch Zinseszinsen, Provisionen und andere liebliche Gessogenheiten schon auf seine Rechnung kommen

*) H. v. Gerlach: Die Geschichte des preussischen Wahlrechtes. 1908. Verlag der „Hülse“, Preis 3 M.

und die Stadt selber wieder zu einem gewissen, wenn auch bescheidenem Wohlstand zu treiben.

Daher aber die Sozialdemokratie naturgemäß jedwede Bestrebungen unterstützt, die geeignet sind, den Boden und den mit ihm Hand in Hand gehenden Wohnungswucher einzufrieren, bedingt schon ihre Stellung als Vertreterin des Teiles der Bevölkerung, der am meisten unter der Last und dem Druck der wuchernden Spekulation leidet.

Die Bodenreform, eine dogmengeheilig-kritische Studie von Dr. Paula Gutzzeit. Leipzig, Dunder u. Humblot. Preis 3 M.

Die Verfasserin gibt in vorliegender Arbeit einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung und den Stand der Bodenreform sowie der programmatischen Forderungen ihrer Verfechter in den verschiedenen Staaten, England, Frankreich, Deutschland, Amerika usw., in Vergangenheit und Gegenwart.

Die Rezeption des römischen Rechts und der Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft zeitigte bekanntlich in allen europäischen Kulturländern die gleiche Erscheinung, die Verjagung der Bauernschaft vom Grund und Boden und die gewalttätige Aneignung des Gemeinlandes durch Junker und Landlords. Wurden doch nach Macaulay in England (das übrigens das römische Recht niemals angenommen hat) von 1710-1760 884 974 Acker, zwischen 1801 und 1831 nach Marx 8 511 770 Acker englischen Gemeinlandes von den Landlords geraubt.

Die mit Händen greifbare Schädigung des Allgemeinwohls durch den numerischen Monopolcharakter des privaten Grund- und Bodenbesitzes und die durch ihn hervorgerufene rapide Steigerung der Grundrente (nach Michail stieg in England der Grundrentenwert

des Vereinigten Königreichs von 23 1/2 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1780 auf 49 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1814), brachte dann auch eine ganze Reihe bürgerlicher Theoretiker auf die Beine, die gegen das schädigende Privateigentum am Grund und Boden mit wirtschaftlichen und politischen Gewaltmaßnahmen vorgehen wollten. In der Hauptsache forderten sie ein solches Vorgehen aus dem naturrechtlichen Nothwendigkeits heraus: „kein Mensch hat das Land geschaffen, also kann es auch niemandes persönliches Eigentum sein“. Das Privateigentum an den Produkten der Arbeit, die freie Konkurrenz und das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte galt ihnen im übrigen für unantastbar. Bei ihren Untersuchungen beschränkte sich die Verfasserin auf diejenigen Naturrechtler und Sozialökonomiker, die mit der Bodenreform den Stein der Weisen und damit die mehr oder weniger vollständige Lösung der sozialen Frage gefunden zu haben glaubten.

Da ist zunächst der Engländer Thomas Spence (1775), der radikal die entschädigungslose Konfiskation des gesamten Grund und Bodens forderte. Der Engländer Thomas Paine (1798) war schon viel jähmer, er wollte sich mit einer scharfen Steuer begnügen. Noch genügsamer waren die späteren Reformen, wie John Stuart Mill, der Chartist O'Brien, eine Reihe Franzosen und die späteren Deutschen Gossen, Stamm, Samter, Fürschheim. Hier aber endet die anfänglich mit großen Worten und viel Geschrei geforderte Bodenreform in ihren Endzielen überhaupt nur in einer bloßen Steuerreform, so die Pläne des Amerikaners George.

In einem besonderen Kapitel, „Das Verhältnis der Bodenbesitzreform zum Sozialismus“ behandelt die Verfasserin in sachlich und korrekter Weise die Stellung, welche die Sozialdemokratie gegenüber dieser mehr oder weniger halben Bodenreform einnimmt und eingenommen hat. Für die Sozialdemokratie war die Vergeßlichkeit der Grund und Bodens von jeher „ein

Mittel“, aber durchaus nicht „das Mittel“, wie bei den Bodenreformern, der Lösung der sozialen Frage. Die überschwenglichen Hoffnungen, welche sie an ihre Pläne und an ihre Agitation knüpften und knüpfen, kann die Sozialdemokratie in klarer Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse nicht teilen, noch weniger aber ist sie bereit, ihre agitatorische Kraft einseitig auf die Durchsetzung bloßer Bodenreformen zu konzentrieren. Die Sonderfestlegung des Grund und Bodens als Produktionsfaktor wird vom Sozialismus auf das entschiedenste verneint. Nicht nur das Privateigentum am Grund und Boden, sondern auch das Privateigentum an den anderen gesellschaftlichen Produktionsmitteln bedeutet heute die Trennung der Arbeiter von den Mitteln zur Arbeit. Die Vergeßlichkeit der Bodenreform allein berechtigt daher noch lange nicht diese Trennung, die Grundlage der Ausbeutung der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft.

Und wenn die Bodenreformer ebendiesem noch wie Fürschheim forderten, die Vorbedingung eines gemeinsamen Zusammengehens sei die Aufgabe des Klassenkampfes seitens der Sozialdemokratie, da es sich nicht um den Kampf der Arbeit gegen das Kapital, sondern um den Kampf der Arbeit gegen die Rente handele, so lehnte und lehnt die Sozialdemokratie ihrerseits jedes engere Zusammenarbeiten schon auf Grund dieser Zumutung lächelnd ab. Damit verzichtet sie natürlich keineswegs auf die energische Propagierung des Kampfes für die Befreiung des Grund und Bodens aus den Klauen des Privateigentums!

Das sachlich geschriebene Werkchen ist ein brauchbares Handbuch für alle diejenigen, die sich kurz über den Standpunkt und die Forderungen der einzelnen Bodenreformer informieren wollen.

Genossinnen! Sechster Wahlkreis. Genossen!

Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Straße 42:

Volkerversammlung.

Tages-Ordnung:
Die wirtschaftliche und politische Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft. Referent: Reichstagsabgeordneter Böhle (Straßburg). Zahlreichen Besuch erwartet.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Mittwoch, den 11. März, vormittags 10 Uhr:

Arbeitslosen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal I.

Donnerstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Versammlung.

Tagesordnung: Bericht der Kommissionen und Neuwahl derselben.

Achtung! Maler. Achtung!

Für die Mitglieder der Gewerkschaft der Maler Berlin und Umgegend, welche für Schaffung einer Einheitsorganisation sind, findet am Dienstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr eine Besprechung im Lokale von Geisler, Veteranenstr. 4 statt, um über die vereinbarten Uebertrittsbedingungen Beschluß zu fassen.

Gewerkschaft der Maler Berlin. S. A.: G. Genz.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgen.

Deutschlands.

Achtung!

An die Verhandlungsmitglieder der Filiale Groß-Berlin der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Den Verhandlungsmitgliedern zur Kenntnis, daß am Montag, den 9. d. Mts., der paritätische Arbeitsnachweis in Kraft getreten ist und werthmäßig die Eintragungen in den Listen beginn. Die Arbeitsvermittlung von nachmittags 4-7 Uhr im Städtischen Zentral-Arbeitsnachweis, Müderstraße 9, linker Ausgang II, für Fach-Arbeitsnachweis unter Vorzeigung der Legitimationspapiere erfolgen.

Die Ortsverwaltung.

Wirklich viel Geld und Raum sparen Sie bei Anschaffung von **Hauffers vorstellbar. Schlafmöbeln.**
Bettstühle von 25,- M. an.
Bettsofa ein- und zweischläfrig, mit und ohne Bettbehalter.
Chaiselongue mit und ohne Bettbehalter.
Brilliant-Stühle, Metallbettstellen für Erwachsene und Kinder.
Durch einen Griff in ein zweifachklappiges Bett verwandelt.
Chr. Hauffler, Patent-Möbel-Fabrik, Schönhauser Allee 182 (am Tor).

Furunkel,

Wunderbare Erfolge,
zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Rudolph's Grün**, dem berühmtesten und wirksamsten aller Haarschwämme, Preis 1/2 M., Preisprobe 75 Pf., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar wirksamen **Rudolph's Seife**, Preis 50 Pf. (keine Gebrauchsanweisung) und **mit 100 großer Schwammkugeln**, welche zahlreich vorhanden. Jeder, der dieser erfolgreich heilt, macht einen Versuch. Für die jetzt ganz bei Kinder vertrieben die beste **Wunder-Strammor-Kinder-Grün**, D. R. P., Preis 50 Pf., und **Wunder-Strammor-Kinder-Seife**, Preis 40 Pf., Preisprobe 75 Pf., das Gelbe, Weiße und Weiße für die kahlende Haut. Heberall zu haben. Es nicht, direkt Berlin durch **H. Jander & Co., Berlin, Potsdamerstr. 73.**

Flumen- und Franzbinderei

von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Gummivarren jeder Art

billigste Bezugsquelle
Drogerie Weinbergsweg 1
direkt am Rosenthaler Tor.

Baustelle

200 Quadratrudden, Industriegegend bei Teltow, Baufläche 0 - drei Etagen - Gas, Wasserleitung, samt Preise von nur 30 M. pro Quadratrudden zu verkaufen.
Anzahlung 2500 Mark, Rest mit 4 1/2 Proz. auf langjährige Hypothek. Offerten unter K 5 an die Expedition des „Vorwärts“.

Gardinen

abgepaßte Fenster, weiß und creme
Schallänge pro M. 2 85
2,75 Mtr. Patr. M. 4 35
Schallänge pro 3,20 Mtr. Patr. M. 5 85
imit. Point-lace-Gardinen, pr. Patr. M. 1 75
Eleg. Sezessions-Tüll-Storen M. 7 85
Gestickte echte Spachtel-Storen M. 7 85
Goldfarb. reich gestickte Band-Storen M. 3 85
Tüllbett-Gr. 180/200 decken om M. 2 35
Reichgest. Erbsentüllbettdecken M. 6 85
Elegante Tüll-Bettdeckwände M. 5 85

Gardinen-Spezial-Haus

Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme

Inventur-Extralist

billiger Sonderangebots gratis und franko.

Wer - Stoff - hat

verliege Mühlge nach Maß 20 M. Tellerer Stk. haltbare Futterfaden. Bei Stofflieferung billige Preise. Franke, Adlerstraße 143, 1502L* Ede Invalidenstraße.

Räumungs-Preise

für
Teppiche
Saal-Teppiche Plüsch . . . 90, 68, 50 M.
Salon-Teppiche, Smyrna-Velvet . . . 65, 45, 39 M.
Speisezimmer-Teppiche Axminster . . . 50, 35, 25 M.
Herrenzimmer-Teppiche sehr haltbar 30, 20, 15 M.
Echte Perser Teppiche Divangröße 33, 22, 18 50
Sofa-Teppiche, Velour u. Tapestry 20, 18 75, 7 50
Erker-Teppiche, schöne Farben . 19 75, 11 50, 4 50
Bett-Teppiche . . . 5, 3 15, 2 55

Läuferstoffe

Velour-Läuferstoffe à Meter . . . 6, 4 50, 3 50
Tapestry-Läuferstoffe à Meter . . . 3 50, 2 75, 2 25
Haar-Garn-Läuferstoffe à Meter . . . 2 40, 1 75
Holländer Läuferstoffe à Meter . . . 1 80, 1 35, 1 00
Cocos-Läuferstoffe à Meter . . . 1 90, 1 55, 1 25
Manilla-Läuferstoffe à Meter . . . 1 60, 1 35, 1 10
Jute-Läuferstoffe à Meter . . . 85, 75, 60 Pf.
Linoleum-Läufer à Meter 1 65, 1 10

Ausserdem empfehle ca. 300 kleine, mittlere und grosse Teppiche in echten Perser, handgekn. Smyrna, Prima Velour, Brüssel, Axminster, Turney und Tapestry, welche durch den Umbau und Umzug nach der I. Etage etwas gelitten haben.

40% billiger.

Teppichhaus B. Hurwitz

Rotes Schloss
vis-à-vis dem National-Denkmal Parterre und I. Etage.

Wir empfehlen folgende Neuerscheinungen:

Referentenführer.

Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens. Neue Auflage.
Von Eduard David. Preis 1.50 M.

Der Klassenkampf des Proletariats.

Von Parvus.
Bd. 1: Der gewerkschaftliche Kampf. Preis 15 Pf.

Wahlrecht u. Wahlrechtsdemonstrationen

vor dem deutschen Reichstage.
Aus den Verhandlungen des deutschen Reichstags vom 22. Januar etc. Preis 20 Pf.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution.

Von Karl Kautsky.
Brosch. 75 Pf., geb. 1.- M.

Die Philosophie Spinozas.

Von J. Stern.
Dritte, stark verbesserte Auflage.
Preis brosch. 1.50 M., geb. 2.- M.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich.

Von Paul Louis.
Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel.
Preis brosch. 2.50 M., geb. 3.- M.

Expedition des „Vorwärts“, SW. 68

Lindenstraße 69.

Größere Posten, heut im Betrage Berlin, den 7. März 1908.

von 171 847 Mark Gardinen, Stores,

Bettdecken, Zierdecken, Zuggardinen, Scheibenschleier usw.

kommen in bekannter Gediegenheit eminent billig zum Einzelverkauf. Täglicher Eingang von geschmackvollen Neuheiten. $\Delta \Delta \Delta$ Beste Gelegenheit auch für Wiederverkäufer.

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.

C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor.
SO. Wiener Straße 11, gegenüber der Hochbahn.
S. Kottbuser Damm 73 (Rixdorf) gegenüb. Boppstr.

O. Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße.
O. Niederbarnim-Straße 13, Ecke Boxhagener Straße.
O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.

Sachgemäße Bedienung, ungenierte Besichtigung.
Wegen Anwendung der elektrischen Bleiche Garantie für größte Haltbarkeit.

Für den Inhalt der Intercate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 10. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Wda.
Königl. Schauspielhaus. Die
Kadettin.
Deutsches. Der Kompanon.
Kammerstücke. Lystra (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Operetten. Der Oberball.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Leffing. Das Tal des Lebens.
Neues. Simson.
Vorstag. Der Troubadour.
Berliner. Föder-Christi.
Schauspielhaus. Panna.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
College Crampton.
Schiller Charlottenburg. Hegenfessel. — Zimmergrün.
Theater an der Spree. Ungültig.
Romische Oper. Carmen.
Alteins. 2 x 2 = 5.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Lokomotivführer Claussen.

Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Wochen. Ein Walzertraum.
Reizung. Bibi. Der seltsame Fall.
Central. Ein seltsamer Fall.
Luffen. Unser Doktor.
Thalia. Immer oben auf.
Trianon. Baron Toto.
Bernhard Hofe. Kom.
Metropol. Das muß man seh'n!!
Apollo. Mittislaw der Moderne.
Heute Walbert. Spezialitäten.
Folles Caprice. Jeunesse dorée.
Mal was anders.
Gebr. Herrfeld. Papa und
Genossen. Salomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Wohlthätige Frauen.
Kassio. Die Freuden der Hauslichkeit.
Parodie. Tannhäuser. Nachspiel.
Königs-Banna.
Wintergarten. Spezialitäten. Ringkampfkonzert.
Vollge. Madame Canalo. Spezialitäten.
Reichsdollen. Stellmer Säger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haberlaub. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Koffes Bergere. Spezialitäten.
Watah. Ringkampfkonzert. Spezialitäten.
Hronia. Taubenstraße 48/49.
Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Vorstag 8 Uhr: Dr. C. Theising: Berührung erworbenener Eigenschaften.

Berliner Theater.
Tägl. 8 Uhr: Gattspiel Hansi Niesl:
Die Förster-Christi.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Simson.
Ferdinand Bonn als Gast.
Mittwoch bis Sonnabend: Simson.
Sonntag: Neu einstudiert: Reizner Vorgehen.

Kleines Theater.
Nachmittags 3 Uhr: Mandragola.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag:
2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Lokomotivführer Claussen.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Lokomotivführer Claussen.
Donnerstag: Heineemanns Lächler.
Freitag: Calemanns Lächler.

Lortzing-Oper.
Selle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Der Troubadour.
Mittwoch 8 Uhr: Fidele.
Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonnabend: Don Juan.

Hebbel-Theater. Königsgrüher
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von A. Scham.

Luisen-Theater.
Reichendergerstr. 54.
Abends 8 Uhr:
Unser Doktor.
Mittwoch: Unser Doktor.
Donnerstag: Des Mädchens Lebensweg.
Freitag: Robinsons Wand.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebensweg. Abends zum erstenmal: Die Wälfenbauer von Berlin.
Montag: Wälfenbauer von Berlin.

Hebbel-Theater. Königsgrüher
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von A. Scham.

Luisen-Theater.
Reichendergerstr. 54.
Abends 8 Uhr:
Unser Doktor.
Mittwoch: Unser Doktor.
Donnerstag: Des Mädchens Lebensweg.
Freitag: Robinsons Wand.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebensweg. Abends zum erstenmal: Die Wälfenbauer von Berlin.
Montag: Wälfenbauer von Berlin.

Hebbel-Theater. Königsgrüher
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von A. Scham.

Luisen-Theater.
Reichendergerstr. 54.
Abends 8 Uhr:
Unser Doktor.
Mittwoch: Unser Doktor.
Donnerstag: Des Mädchens Lebensweg.
Freitag: Robinsons Wand.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebensweg. Abends zum erstenmal: Die Wälfenbauer von Berlin.
Montag: Wälfenbauer von Berlin.

Hebbel-Theater. Königsgrüher
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von A. Scham.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Hörssaal 8 Uhr:
Dr. C. Theising: Berührung erworbenener Eigenschaften.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Zum 50. Male:
8 Uhr. „Bibi.“ 8 Uhr.
Schwan in 3 Akten von de Gorge und de Marjan.
Bretislav. Richard Alexander.
Hierauf: Der seltsame Fall.
Sonntag, den 15. März, 3 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?

Neues Operetten-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Opernball.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Zentral-Theater.
Alle Jakobstraße 30.
Zum 107. Male:
Ein seltsamer Fall
mit Alwin Neuh.
Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro,
Joseph, Thielscher,
Darmand, Massary.
— Rauchen überall gestattet. —
Sonntag, 15. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Apollo Theater
Waldplatz-Verlängerung 9/10.
Yvette Guilbert,
französische und englische Lieder.
Ab 8 Uhr:
Die erstklassigen Attraktionen.
U. a.: Paul Spadoni
The black Diamonds
Die vier Athleten und
Mittislaw der Moderne
mit Mia Werber als Gast.

Wintergarten
Genaro u. Theol, equilibrist.
Produktion. — Der Biograph,
der enge Schuh. — Die vier
Bracks, Akrobaten. — Hania
de Vert, Sängerin. — De Dio,
Phantasietänzerin. — Truly
Shattuck, amerikan. Sängerin.
— Marquis Dassic, dressierte
Ponys. — Die Tiller Girls,
engl. Gesangs- u. Tanztruppe. —
Paul Jülich, Humorist.

Gr. Ringkampf-Konkurrenz
am die Sieges-Prämie von
10000 Mark.
Heute ringen:
Antonitsch, der serbische
Riese, gegen
Max Schneider, Berlin.
Bambula, West-Indien,
gegen
Jakob Koch, Deutschland
Gerigkoff, Polen, gegen
Longeyk, England.
Constant de Paris, Frk.,
Lewitt, Berlin.

Buggenhagen
Moritzplatz.
..... imtheateraal täglich

Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Entrée 50 Pf. Familienbil. a 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich
die allerersten Militär-
Kapellen: Beder, Brühmann,
Wörlich, Neumann, Offener,
Vählig.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
College Crampton.
Sombodie in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Phyllis. Hierauf: Die Lore.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Charlottenburg.
Dienstag 8 Uhr: Lieber-Abend.
Alexander Neumann (Klavier).

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Urbock-Trubel.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 10. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung
mit eigens dazu engagierten
120 schwarzen Leuten
AMERIKA
Gr. Bracht-Abstattungs-Bantom.
4 Akte mit herrlichen Ballett- u.
Nachtstücken, pompösen Balletts,
Wassenaufzügen, Reitermanövern
auf importiertem Maultieren,
Feuerwehren aller Nationen und
einer Orig.-Dampfbrihe in Tüchtigkeit.
Prolongiert:
Mr. Resisto
das elektrische Rätsel.
Die neuen Schul- u. Freiheitsdress.
d. Herrn Dr. Albert Schumann.

Rixdorfer Theater
Bürgerale, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, 11. März: Bar Peter des
80. Geburtstages Gemit 3 5 5 5 5
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstr. 24. Hof. Börse.
Ringkampf-Konkurrenz
Preis von Berlin:
10000 Mark.
Entscheidungskampf:
Hla. Josef Kuba, gegen De Wolf,
Belgien.
Ferner:
Raykowicz, Serbien, geg. Pohl-Abt II,
Deutschland.
Ritzler, Württemberg, gegen Farkas,
Ungarn.
Bau, Oberfeld, geg. Erdmann, Berlin.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Schauspiel in 3 Akten v. Georg Engel.
Hierauf: Jungfer Immergrün
Bolschuld. 1 Akt v. Ernst v. Bildenbruch.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kaiser und Gallier.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Charlottenburg.
Dienstag 8 Uhr: Lieber-Abend.
Alexander Neumann (Klavier).

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Urbock-Trubel.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 10. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung
mit eigens dazu engagierten
120 schwarzen Leuten
AMERIKA
Gr. Bracht-Abstattungs-Bantom.
4 Akte mit herrlichen Ballett- u.
Nachtstücken, pompösen Balletts,
Wassenaufzügen, Reitermanövern
auf importiertem Maultieren,
Feuerwehren aller Nationen und
einer Orig.-Dampfbrihe in Tüchtigkeit.
Prolongiert:
Mr. Resisto
das elektrische Rätsel.
Die neuen Schul- u. Freiheitsdress.
d. Herrn Dr. Albert Schumann.

Rixdorfer Theater
Bürgerale, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, 11. März: Bar Peter des
80. Geburtstages Gemit 3 5 5 5 5
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstr. 24. Hof. Börse.
Ringkampf-Konkurrenz
Preis von Berlin:
10000 Mark.
Entscheidungskampf:
Hla. Josef Kuba, gegen De Wolf,
Belgien.
Ferner:
Raykowicz, Serbien, geg. Pohl-Abt II,
Deutschland.
Ritzler, Württemberg, gegen Farkas,
Ungarn.
Bau, Oberfeld, geg. Erdmann, Berlin.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit
ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Sanssouci Kottbuser
StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Freie Volksbühne

Sonnabend dieser Woche, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Konzert-Etabliss. Friedrichshain:
März-Feier
mit darauffolgendem Ball
Mitwirkende: Männerchor Kreuzberger Harmonie. Sinfonie-
Orchester. Dirigent: C. Zimmer. Rezitation: Magnus Stift
(Berliner Theater).
Festmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen zu haben.

Am Freitag dieser Woche
Luisen-Theater
23. (H.) Abendabteilung:
Robinsons Eiland.
Lortzing-Theater
21. (I.) Abt.-abteilung:
Figaros Hochzeit.
(Geschlossen.)
Gastkarten a 1 M. an der
Theaterkasse beim Obmann.
Sonntag, den 15. März, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater
7./8. Abteilung:
Das Wunder des heilig. Antonius.
Neues Schauspielhaus
20. Abteilung:
Iphigenie auf Tauris.
Der Arzt seiner Ehre.

28. Kunstabend im Rathause
Sonnabend, 21. März, 8 1/2 Uhr:
Kammernmusikabend
unter Mitwirkung
der Geigenkünstlerin Frau Dr. Rothstein-Stelner.
Einlaßkarten a 35 Pf. in den Zahlstellen.
240/11 Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

**Walhalla-
Variete Theater**
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue März-Programm.
Die heiligen Chinesen
In ihren geheimnisvollen Sitten und
Gebräuchen.
Ganster und Handwerksleute.
Koffa — der Mann mit dem dreh-
baren Kopf — und die übrigen
internationalen Künstler.
Tummel: Bockbierfest, Reg.-Stapelle,
Säger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

**Passage-Panoptikum,
Deutschlands
größter
Soldat**
Josef Schippers
der lange Kerl.
Kunstaucher
Kapt. Gröbl m. a. Riesenbass.
Sicilian. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Gustav
Behrens-
Theater.**
Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Weltgekrönte Ringkämpfer.
Neu! Richter als Walzerkönig.
Woffe in 1 Akt.
10 Spezialitäten. Lustiges Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger.
Zum Schluss: Neu:
Husaren-
Streiche.
Anfang:
Wochent. 8
Sonnt. 7 U.

Trianon-Theater.
8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein
Josette — meine Frau.

Dr. Schünemann
Spezial-Virt für 147502
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Wohnungen Goldmeyerstr. 16, zwei bis
ein Zimmer selbst.

19. Geld-Lotterie
zur Herstellung und
Ausstättung der
Marienburg
240000 Lose 2500 Goldgewinne Mark
300000
Hauptgewinn hat ohne Abzug Mark:
60000
40000
30000
20000
10000
4 a Mk. 2500. 10000
10 a Mk. 1000. 10000
20 a Mk. 500. 10000
100 a Mk. 100. 10000
200 a Mk. 50. 10000
1000 a Mk. 20. 20000
7000 a Mk. 10. 70000
Marienburger Lose a M. 3,-
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Generaldebit: Bankgeschäft
Lud. Müller & Co.,
Berlin C., Breitestr. 5.
Telegr.-Adresse: Glücksmüller.
Lose auch zu haben in allen
Lotteriegeschäft. u. den durch
Plakate kenntl. Verkaufsstellen.

Engelhardt-Malzbier das hellste,
überall käuflich.
Preis 10 Pf. pro Flasche.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

MANOLI
Abbas
Beste 3 Pfg.
Cigarette.

Berliner Eisenmöbel
Fabrik
CARL SEIFFERT
Eiserne Bettstellen
in allen
Ausführungen
Patent-Matratzen
Chaiselongues
etc.
Grosse Frankfurterstr.
135
Kein Laden.
Verkauf Hof-Quer-
gebäude 1Treppe

Möbel!
Stube und Küche Anzahlung 15 M. an
von
Einzelne Möbelstücke Anzahl. 3 M. an
von
Bessere Wohnungseinrichtungen
in jeder Stilart, jedem Geschmack
entsprechend bei denkbar
kleinster Anzahl und Abzahlung.
M. Beiser
Lothringerstraße 67
Lieferung frei Haus!

Vorletzter Tag
Dritte Fachausstellung
der
Schuh- und Leder-Industrie

veranstaltet vom Verband
Deutscher Schuhwarenändler.
Ausstellungshallen am „Zoo“
7. bis 11. März 1908, von 9 bis 7 Uhr.

ca. 200 Maschinen
der Leder- und Schuh-Fabrikation
im Betriebe
zeigen den Werdegang modernen
Schuhwerks nach neuesten Methoden

Kinderstiefel - Wettbewerb
für moderne und hygienische
Kinder-Fußbekleidung.
Täglich: Einödshofer-Konzert

Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbel zu **äußerst billigen**
Preisen. — Kulante Zahlungsbedingungen.
Bis 31. März cr.: **Ausnahmepreise.**
Bei Arbeitslosigkeit größtes Entgegenkommen.
Möbel- und Ausstattungsmagazin
W. L. Adomeit, Alexander-
Straße 28.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauchtabake × Kautabake × Schnupftabake × Zigarren.
Zigaretten 1986L*
sämtlicher bekannter Marken zu Originalpreisen wie
Garbaty, Josetti, Salem, echt östr. Regie-Zigaretten
usw., alle **Manoli-Marken,**
Islam, 2 Pr.-Verkauf, Abbas, 3 Pr.-Verkauf,
Gibson Girl, 5 Pr.-Verkauf etc.
zu den billigsten Originalpreisen.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Amt IV, 3014.

Bon Pfennig ohne Anzahlung: Bilder, Spiegel, Ferner: Stepp-
decken, Längel, Flores, Gardin, Portier, Teppiche,
Bettten, Bettwäsche, Bettfedern, Anlette, Gardinen,
Kreuzgarbende, Beschub od. Vorkarte.
50 wöchentlich an **M.S. Weber,** Prenzlauerstr. 49, nahe Alexanderplatz.

Ein Triumph
der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
nur **3 Pf.**
per Stück!

2. Ziehung 3. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. März 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
10194 250 499 503 11023 66 [500] 137 136 45 620
12150 215 422 707 910 13162 217 45 221 547
14110 42 236 349 437 74 837 946 16025
14500 233 67 359 460 78 859 60 155040 107 9 [500] 59
15070 233 67 359 460 78 859 60 155040 107 9 [500] 59
171 200 95 73 401 539 83 819 158054 43 243 845 710 49
180008 38 70 84 221 583 627 844 161058 105 236
250 83 423 716 [300] 92 978 162370 845 59 975 163000
434 729 28 55 898 047 164019 251 316 32 43 623 722 86
165000 40 234 304 637 898 166021 58 129 446 62 83 650
758 835 953 167585 [500] 349 [400] 471 81 168061 776
[300] 169128 53 645 791 32 894
170245 90 363 461 708 504 97 171114 [500] 543 51
455 908 172396 [500] 304 534 89 632 758 635 173166
276 418 563 649 799 174056 434 53 855 811 54 612 538 730
474 175027 845 83 176053 180 401 509 891 992
177394 811 835 39 53 965 178197 253 975 66 179199
200 82 351 473 81 756
180006 11 196 243 70 233 435 809 903 29 181045
259 245 466 979 182166 299 408 81 806 183914 101 34
596 184006 41 84 172 [400] 300 575 650 959 185005 187
402 96 [300] 713 956 186134 555 799 97 187609 695
81 [300] 781 911 188021 [500] 61 111 29 203 225 64 402
80 503 828 189899 90 847 985
190045 65 165 [500] 222 61 71 508 [500] 219 191045
225 705 45 815 918 192393 667 89 646 800 193058 103 6
35 438 411 815 96 194151 71 273 707 827 89 730 66 833
65 70 903 195063 115 55 272 610 707 25 803 921 196052
74 218 328 435 606 871 47 491 197446 693 882 198129
291 423 755 76 827 199101 11 207 54 197 479 713 69 910
20 [500]
200005 458 78 324 642 798 201055 761 843 531 49
669 918 98 202298 463 525 [400] 27 92 94 858 92 998
203081 82 167 368 463 68 729 329 204066 170 93 317
[400] 68 417 205281 542 206004 [500] 217 385 [500]
425 383 724 207051 323 507 797 10 208029 132 84 323
612 704 16 940 209363 76 95 813
210033 199 345 514 58 973 93 211033 [500] 71 89
548 97 825 933 212123 246 65 437 649 [500] 635 48
213045 86 476 89 535 635 73 721 99 [500] 214013 42
264 818 79 400 742 215096 101 23 358 781 78 83 956
216004 [500] 292 940 927 899 217018 128 306 29 448
72 81 658 835 69 218088 56 77 170 323 [500] 357 [500]
404 742 882 977 219009 49 58 784 95
220081 57 89 836 901 [400] 42 73 221140 78 299
90 469 712 63 89 824 97 966 97 222040 825 37 601 824
855 223287 [500] 118 535 78 965 224027 213 31 43 25
813 627 225178 215 47 84 423 264 648 824 96 915 27
226124 321 839 97 946 227042 479 563 815 38 82 79
207 24 228321 407 30 [500] 517 605 803 229042 75 183
238 237 98 527 71 83 775
230704 145 474 92 577 623 783 231023 11 271 319
71 690 94 878 84 232167 77 238 328 758 910 11 233116
234007 399 89 631 851 235046 34 178 390 34 427 560
654 858 849 47 59 [400] 236047 190 92 496 556 743
237073 [500] 143 331 629 64 800 85 89 840 238033 45
178 296 99 419 500 657 [500] 878 239039 29 58 410
332 690 989
240040 126 827 478 634 720 849 241249 589 81
780 241109 39 371 471 514 637 739 806 243293 422 975
77 244105 68 856 [400] 480 508 23 644 81 795 993 245190
450 73 862 760 803 73 90 988 246011 74 254 973 [500]
247032 61 301 9 345 [500] 460 548 70 73 757 850 925
248125 45 541 997 249021 27 35 174 80 505 [500]
428 919
250220 68 390 401 83 507 701 23 48 [500] 894 985
251148 55 577 697 712 43 869 925 252025 255 290 628
752 [500] 77 205 253028 94 253 312 [500] 425 694 731
822 96 [500] 254092 174 73 871 85 [500] 496 694 731
255904 54 87 509 870 962 55 256007 131 250 794 [500]
58 424 [500] 732 849 98 971 81 257377 456 [500] 30 572
808 717 [400] 897 258020 863 69 107 17 35 65 606 792
259181 215 437 58 547 75 795 825 [400]
260055 77 129 66 524 34 92 870 59 261073 178 98
801 23 607 817 927 262756 [500] 263220 23 446 522
28 90 [500] 740 53 846 65 813 263294 538 960 265223
319 508 635 806 902 96 266032 219 25 30 266 674 615
267245 320 20 62 65 670 803 [500] 268106 [400] 469
73 508 852 269050 322 841 749 907 16 51
270028 [500] 86 271342 73 655 791 272004 64
87 [500] 137 226 833 929 97 273008 86 129 70 267 699
898 274007 45 147 769 301 56 403 547 275549 983 781
968 276004 65 179 286 329 53 420 25 770 277442 93
507 44 70 787 826 965 278019 113 285 290 418 28 90
630 89 797 831 279005 71 300 448 511 913
280023 [500] 776 818 586 94 817 738 281891 418
79 732 876 282009 361 412 573 738 808 866 283058 321
[500] 866 284129 [500] 828 456 737 [400] 81 897 285218
871 885 906 286438 601 774 881 997 287020 74 95 111
874 432 886 800 41

2. Ziehung 3. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. März 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
10194 250 499 503 11023 66 [500] 137 136 45 620
12150 215 422 707 910 13162 217 45 221 547
14110 42 236 349 437 74 837 946 16025
14500 233 67 359 460 78 859 60 155040 107 9 [500] 59
15070 233 67 359 460 78 859 60 155040 107 9 [500] 59
171 200 95 73 401 539 83 819 158054 43 243 845 710 49
180008 38 70 84 221 583 627 844 161058 105 236
250 83 423 716 [300] 92 978 162370 845 59 975 163000
434 729 28 55 898 047 164019 251 316 32 43 623 722 86
165000 40 234 304 637 898 166021 58 129 446 62 83 650
758 835 953 167585 [500] 349 [400] 471 81 168061 776
[300] 169128 53 645 791 32 894
170245 90 363 461 708 504 97 171114 [500] 543 51
455 908 172396 [500] 304 534 89 632 758 635 173166
276 418 563 649 799 174056 434 53 855 811 54 612 538 730
474 175027 845 83 176053 180 401 509 891 992
177394 811 835 39 53 965 178197 253 975 66 179199
200 82 351 473 81 756
180006 11 196 243 70 233 435 809 903 29 181045
259 245 466 979 182166 299 408 81 806 183914 101 34
596 184006 41 84 172 [400] 300 575 650 959 185005 187
402 96 [300] 713 956 186134 555 799 97 187609 695
81 [300] 781 911 188021 [500] 61 111 29 203 225 64 402
80 503 828 189899 90 847 985
190045 65 165 [500] 222 61 71 508 [500] 219 191045
225 705 45 815 918 192393 667 89 646 800 193058 103 6
35 438 411 815 96 194151 71 273 707 827 89 730 66 833
65 70 903 195063 115 55 272 610 707 25 803 921 196052
74 218 328 435 606 871 47 491 197446 693 882 198129
291 423 755 76 827 199101 11 207 54 197 479 713 69 910
20 [500]
200005 458 78 324 642 798 201055 761 843 531 49
669 918 98 202298 463 525 [400] 27 92 94 858 92 998
203081 82 167 368 463 68 729 329 204066 170 93 317
[400] 68 417 205281 542 206004 [500] 217 385 [500]
425 383 724 207051 323 507 797 10 208029 132 84 323
612 704 16 940 209363 76 95 813
210033 199 345 514 58 973 93 211033 [500] 71 89
548 97 825 933 212123 246 65 437 649 [500] 635 48
213045 86 476 89 535 635 73 721 99 [500] 214013 42
264 818 79 400 742 215096 101 23 358 781 78 83 956
216004 [500] 292 940 927 899 217018 128 306 29 448
72 81 658 835 69 218088 56 77 170 323 [500] 357 [500]
404 742 882 977 219009 49 58 784 95
220081 57 89 836 901 [400] 42 73 221140 78 299
90 469 712 63 89 824 97 966 97 222040 825 37 601 824
855 223287 [500] 118 535 78 965 224027 213 31 43 25
813 627 225178 215 47 84 423 264 648 824 96 915 27
226124 321 839 97 946 227042 479 563 815 38 82 79
207 24 228321 407 30 [500] 517 605 803 229042 75 183
238 237 98 527 71 83 775
230704 145 474 92 577 623 783 231023 11 271 319
71 690 94 878 84 232167 77 238 328 758 910 11 233116
234007 399 89 631 851 235046 34 178 390 34 427 560
654 858 849 47 59 [400] 236047 190 92 496 556 743
237073 [500] 143 331 629 64 800 85 89 840 238033 45
178 296 99 419 500 657 [500] 878 239039 29 58 410
332 690 989
240040 126 827 478 634 720 849 241249 589 81
780 241109 39 371 471 514 637 739 806 243293 422 975
77 244105 68 856 [400] 480 508 23 644 81 795 993 245190
450 73 862 760 803 73 90 988 246011 74 254 973 [500]
247032 61 301 9 345 [500] 460 548 70 73 757 850 925
248125 45 541 997 249021 27 35 174 80 505 [500]
428 919
250220 68 390 401 83 507 701 23 48 [500] 894 985
251148 55 577 697 712 43 869 925 252025 255 290 628
752 [500] 77 205 253028 94 253 312 [500] 425 694 731
822 96 [500] 254092 174 73 871 85 [500] 496 694 731
255904 54 87 509 870 962 55 256007 131 250 794 [500]
58 424 [500] 732 849 98 971 81 257377 456 [500] 30 572
808 717 [400] 897 258020 863 69 107 17 35 65 606 792
259181 215 437 58 547 75 795 825 [400]
260055 77 129 66 524 34 92 870 59 261073 178 98
801 23 607 817 927 262756 [500] 263220 23 446 522
28 90 [500] 740 53 846 65 813 263294 538 960 265223
319 508 635 806 902 96 266032 219 25 30 266 674 615
267245 320 20 62 65 670 803 [500] 268106 [400] 469
73 508 852 269050 322 841 749 907 16 51
270028 [500] 86 271342 73 655 791 272004 64
87 [500] 137 226 833 929 97 273008 86 129 70 267 699
898 274007 45 147 769 301 56 403 547 275549 983 781
968 276004 65 179 286 329 53 420 25 770 277442 93
507 44 70 787 826 965 278019 113 285 290 418 28 90
630 89 797 831 279005 71 300 448 511 913
280023 [500] 776 818 586 94 817 738 281891 418
79 732 876 282009 361 412 573 738 808 866 283058 321
[500] 866 284129 [500] 828 456 737 [400] 81 897 285218
871 885 906 286438 601 774 881 997 287020 74 95 111
874 432 886 800 41

2. Ziehung 3. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. März 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
10194 250 499 503 11023 66 [500] 137 136 45 620
12150 215 422 707 910 13162 217 45 221 547
14110 42 236 349 437 74 837 946 16025
14500 233 67 359 460 78 859 60 155040 107 9 [500] 59
15070 233 67 359 460 78 859 60 155040 107 9 [500] 59
171 200 95 73 401 539 83 819 158054 43 243 845 710 49
180008 38 70 84 221 583 627 844 161058 105 236
250 83 423 716 [300] 92 978 162370 845 59 975 163000
434 729 28 55 898 047 164019 251 316 32 43 623 722 86
165000 40 234 304 637 898 166021 58 129 446 62 83 650
758 835 953 167585 [500] 349 [400] 471 81 168061 776
[300] 169128 53 645 791 32 894
170245 90 363 461 708 504 97 171114 [500] 543 51
455 908 172396 [500] 304 534 89 632 758 635 173166
276 418 563 649 799 174056 434 53 855 811 54 612 538 730
474 175027 845 83 176053 180 401 509 891 992
177394 811 835 39 53 965 178197 253 975 66 179199
200 82 351 473 81 756
180006 11 196 243 70 233 435 809 903 29 181045
259 245 466 979 182166 299 408 81 806 183914 101 34
596 184006 41 84 172 [400] 300 575 650 959 185005 187
402 96 [300] 713 956 186134 555 799 97 187609 695
81 [300] 781 911 188021 [500] 61 111 29 203 225 64 402
80 503 828 189899 90 847 985
190045 65 165 [500] 222 61 71 508 [500] 219 191045
225 705 45 815 918 192393 667 89 646 800 193058 103 6
35 438 411 815 96 194151 71 273 707 827 89 730 66 833
65 70 903 195063 115 55 272 610 707 25 803 921 196052
74 218 328 435 606 871 47 491 197446 693 882 198129
291 423 755 76 827 199101 11 207 54 197 479 713 69 910
20 [500]
200005 458 78 324 642 798 201055 761 843 531 49
669 918 98 202298 463 525 [400] 27 92 94 858 92 998
203081 82 167 368 463 68 729 329 204066 170 93 317
[400] 68 417 205281 542 206004 [500] 217 385 [500]
425 383 724 207051 323 507 797 10 208029 132 84 323
612 704 16 940 209363 76 95 813
210033 199 345 514 58 973 93 211033 [500] 71 89
548 97 825 933 212123 246 65 437 649 [500] 635 48
213045 86 476 89 535 635 73 721 99 [500] 214013 42
264 818 79 400 742 215096 101 23 358 781 78 83

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Für Wahlrechtsdemonstrationen — ist die Straße nicht da!

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte gestern durch die 144. Schöffensabteilung darüber zu entscheiden, ob derjenige „groben Unfug“ verübt, der auf offener Straße seine Meinung über das Dreiklassenwahlrecht in dem Ruf nach dem freien Wahlrecht zum Ausdruck bringt.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte gestern durch die 144. Schöffensabteilung darüber zu entscheiden, ob derjenige „groben Unfug“ verübt, der auf offener Straße seine Meinung über das Dreiklassenwahlrecht in dem Ruf nach dem freien Wahlrecht zum Ausdruck bringt.

Drei Schulkollegen, die die Verhaftungen der drei vorgenannten hatten, waren als Zeugen geladen. Ihre Aussagen ergaben, daß selbst nach politischer Auffassung die Angeklagten nicht den allergeringsten Widerstand geleistet oder auch nur zu leisten versucht hätten.

Was andere vor dem Reichskanzlerpalast gedurft hätten, das dürfe er doch auch. Von den Zivilpersonen, die durch die Verteilung geladen waren, kamen nur drei dazu, ihre Aussagen zu machen.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte Ladung des Reichskanzlers Fürst Billow und des früheren Polizeipräsidenten v. Vorries. Von beiden seien, das werde von ihnen behauptet werden, die Straßendemonstrationen des vorigen Jahres, die sich an die Reichstagswahlen angeschlossen, öffentlich als zulässig gekennzeichnet worden.

Der Amtsanwalt beantragte gegen alle Angeklagten Verhängung der Haftstrafe von 1 Woche. Für Roas beantragte der Verteidiger Theodor Viehnecht Freisprechung oder Umwandlung der Haftstrafe in eine kleine Geldbuße.

Das Gericht entschied, die Straße sei nicht für Demonstrationen da, ob die Verstrebungen der Angeklagten nun berechtigt seien oder nicht.

Zußerdem sei Rechtsanwalt Heinemann in eine Angehörstrafe von 20 M. zu nehmen, weil er gesagt habe — Heinemann selber vernahmte mit schicklichem Staunen — im Strafbefehl sei in wenig geschmackvoller Weise von „brüllen“ geredet worden.

Wenn es die Aufgabe des Richters ist, mit aller Macht zu dokumentieren, daß der Wunschnach, mit dem Terenz eine ungerechte Justiz verschafftete: „Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht das Gleiche“ jetzt Grundriss preussischer Rechtspflege geworden ist, so erfüllen die Verhandlungen wegen angeblicher Straftaten, begangen durch Wahlrechtsdemonstrationen, diese Aufgabe trefflich.

Gefährliche Zeugnisbereitschaft.

Wir haben am Freitag berichtet über eine Gerichtsverhandlung gegen einen Schlosser M., der angeklagt war, am Wahlrechtssonntag den Versuch einer Gefangenenbefreiung gemacht zu haben.

Was wir das alles hier noch einmal mitteilen? Weil wir daran eine Mahnung knüpfen wollen, die uns sehr notwendig erscheint. Vor Gericht wurde dem Angeklagten vorgehalten, er habe sich in Dinge hineingemischt, die ihn nichts angingen.

Es ist, wir wiederholen das, jedermanns Pflicht, sich zum Zeugen anzubieten, wenn er sein Zeugnis für erforderlich hält. Erfreulicherweise ist auch in einem großen Teil der Bevölkerung das Verständnis für diese Pflicht noch vorhanden.

Rein, es sollte bei Eistörungen wirklich nicht der erste Gedanke etwaiger Zeugen sein, mit zur Wache zu laufen. Wichtiger und richtiger ist es, schleunigst die Adresse weiterer Zeugen zu beschaffen und mit diesen zusammen sich dem Eistierten zur Verfügung zu stellen.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Am Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr Wählerversammlung bei Schellhale. — Der Zahlabend fällt aus.

Schmargendorf. Morgen, Mittwoch, findet der Zahlabend im Restaurant Lindenbaum statt. Da zugleich das Wahlergebnis von der am Nachmittag von 4-8 Uhr stattfindenden Gemeindevahl bekanntgegeben wird, sind auch Gäste hierzu eingeladen.

Brig-Buckow. Morgen Mittwoch, den 11. März, abends 7/8 Uhr, findet im „Landsbau“, Chausseestr. 97, eine Vereinsversammlung statt.

stat. Tagesordnung: Vortrag über Gemeindepolitik. Referent: Genosse Düweil; Diskussion; Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl und Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Frauen und Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand. Marienfelde. Der Zahlabend findet diesmal bei Jaruzewsky statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Süherlehme-Wildau. Am Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Schumann eine öffentliche Gemeindevahlerversammlung statt. Die Flugblattverbreitung hierzu erfolgt heute Dienstagabend vom Bezirkslokal aus.

Grüner. Am Mittwoch, den 11. ds. Mts., findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Verbandversammlung; Bekanntgabe des Wahlergebnisses und Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

Wilhelmshagen-Rieder-Schönhansen-Wesf. Heute, Dienstag abends 7/8 Uhr: Handzettelverbreitung. Die Genossen treffen sich im Lokal von Barth, Viktoriastraße 7. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Der Vorstand.

Pankow. Heute Dienstag, abends 7/8 Uhr, findet im „Kurfürsten“, Berliner Straße 103, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Stücken über „Sozialismus und Gemeindepolitik“.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

„Silber-Abonnenten.“

Das Stöckerische „Reich“ pfeift wieder einmal auf dem letzten Lode. In seiner letzten Sonntagsnummer läßt das Blatt von neuem das Rossignal ertönen und bittet mit bekannter Dreistigkeit um milde Gaben.

Man muß es den Stöckerischen lassen: den Kummer haben sie fein heraus, und das Fechterhandwerk verstehen sie, wie sich's für brave Kirchenleute geziemt, auf dem ft! Ob sich genug — Freigebeige finden werden?

Tafelso.

In früheren Jahren fanden es manche Lehrpersonen für angemessen, Entschuldigungszettel, die ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft zuzugingen, in Berliner Blättern zu veröffentlichen.

„Geheimes Fräulein! Ich hatte Sie voriger Woche gebeten mein Sohn die nötigen Hefte zu überlassen, da dies noch nicht geschehen ist so ferlange ich unverzüglich als Staatsbürger von Berlin mit einer Familie von 10 Köpfen seit November 1907.

Wir können nicht in die Entschuldig gewisser Blätter über das in dem Briefe ausgesprochene Verlangen um Gewährung der Schulmaterialien einstimmen, sondern halten es für ganz berechtigt, wenn ein Familienvater von neun Kindern, der noch dazu seit November arbeitslos ist, für seine schulpflichtigen Kinder Schulmittel begehrt.

Entscheid. Gestern früh 6/7 Uhr entgleitete auf dem Schlessischen Bahnhof beim Zurückdrängen des Leeres 1309 in Weiche 2 der Schlußwagen mit einer Wache dadurch, daß die Junge der Weiche nach dem Umstellen nicht ordnungsmäßig schloß.

Der Jugend ein Vorbild. Vor einem Vierteljahr veröffentlichten wir Mitteilungen über einen Berliner Pastor, der im Konfirmandenunterricht auf seine Höglinge durch Schimpfwörter und durch Prügel zu wirken suchte.

Der Vorstand. Morgen Mittwoch, den 11. März, abends 7/8 Uhr, findet im „Landsbau“, Chausseestr. 97, eine Vereinsversammlung statt.

ziehen wollte, ist die damalige Kennzeichnung seiner Unterrichts- methode nicht ganz einwandlos vorübergegangen. Die nächste Wirkung war die, daß er ganz plötzlich aufhörte, seine Konfirmanden zu beschimpfen. Im Unterricht zeigte er sich kleinlaut, trug ein gedrücktes Wesen zur Schau und erschien wie umgewandelt. Erst allmählich lehrte ihm eine zuverlässigere Stimmung zurück, und er begann wieder, sich zu fühlen. Gelegentlich äußerte er mal, ihm werde ja mehr geglaubt. Was er damit meinte, darüber ließ er sich nicht näher aus. Nunmehr wird dieser Herr Pastor Rürnberger, wie wir erfahren, den Staub der sündhaften Reichs- hauptstadt von seinen Füßen schütteln und wird nach dem Dorf Seelow i. M. übersiedeln. Vermutlich rechnet er darauf, dort mehr Verständnis für seine Erziehungs- methode zu finden als in dem stummbildigen Berlin, wo die gott- entfremdeten Sozialdemokraten sogar den Kündern des Gottes- wortes auf die Finger zu sehen sich erdreisten und der „Vorwärts“- liebes die pastorale Prügel- und Schimpfpädagogik an die große Glocke hängt.

Raubanfall im Grunewald.

Gegen ein harmlos im Grunewald promenierendes Brautpaar ist Sonntag abend in der neunten Stunde ein Raubanfall verübt worden. Der Druggist Köllig aus der Westfälischen Straße 52 hatte mit seiner Braut, der 20jährigen Wirtschaftlerin Verta Voigtländer aus der Schloßstr. 55 einen Ausflug nach dem Grunewald unternommen. Abends gegen acht Uhr entfernte sich das Paar vom Restaurant „Jagdloshaus“ und wanderte durch den Wald nach Schmargendorf zu. Die beiden waren etwa zweihundert Meter vom Gatter entfernt, da fiel hinter ihnen ein Schuß. Als sie sich erschreckt umdrehten, sahen sie wenige Schritte von sich entfernt einen fremden Menschen stehen, der in der Rechten einen Revolver hielt. Die Waffe hielt der Unbekannte auf das Paar gerichtet. Die beiden jungen Leute wollten jetzt angstvoll flüchten, doch im nächsten Augenblick krachten wieder zwei Schüsse und von einer Kugel getroffen brach das Mädchen zusammen. Der Bräutigam lief zum nahen Restaurant „Zum wilden Eber“, das an der Grenze zwischen dem Grunewald und Schmargendorf liegt, um dort Hilfe herbeizuholen. Inzwischen fiel der Täter über das junge Mädchen her und wirkte die Wehrlose am Hals, als sie versuchte, um Hilfe zu schreien. Dann setzte er dem Mädchen die Waffe auf die Stirn und wollte noch einmal abdrücken. In diesem Augenblick nahte Hilfe. Der Bräutigam kam mit mehreren Gästen, die in dem Lokal angetroffen hatte, herbei. Der Begele- laggerer entriß nun dem Mädchen den Pompadour und ergriff, nach- dem er noch zwei feilschende Schüsse abgegeben hatte, mit seinem Ranse die Flucht. Die Tote hatte etwa 5 M. bares Geld und einige kleine Wertgegenstände. Die Schwerverletzte wurde nach dem Restaurant gebracht. Die Kugel war in den oberen Teil des Rückens eingedrungen. Gendarmen nahen noch am späten Abend eine Streife im Grunewald vor, die aber keinen Erfolg hatte.

Die Affäre des Berliner Rechtsanwalts Dr. C., der aus dem Irrenhause floh, in das er im Verlaufe von Familienstreitigkeiten gebracht war, hat eine neue Wendung erhalten. Dr. C. betrieb eine Klage gegen seinen Schwager, einem anderen Berliner Anwalt, weil er diesen für die ihm widerfahrene Behandlung verantwortlich macht. Dr. C. ist ergriffen und aufs neue interniert worden; wie der „Welt am Montag“ mitgeteilt wird, in dem Augenblick, als er einer Einladung zur Veröhnung folgte.

Durch Einsetzen von Leuchtgas hat der 50 Jahre alte un- verheiratete Lotterielokaleiter und Kaufmann Gustav Müller aus der Frankfurterstraße in seinem Geschäftslokal Wallstr. 1 den Tod gefunden. Er hat offenbar den Hahn des Gasofens aufgedreht, um zu heizen, und ist dann plötzlich eingeknickt. Die Leiche wurde beschnitten; mehrere tausend Mark in Banknoten wurden in der Brusttasche des Toten gefunden.

Die Brandstiftungen in Berlin scheinen noch zuzunehmen. Am Sonntag wurden nicht weniger als drei festgestellt. Gleich früh um 8 Uhr stand das Eckhaus Ren-Kölln am Wasser 20, an der Wallstraße, in Flammen. Der 20. Zug war auf den ersten Alarm schnell zur Stelle, und es gelang in verhältnismäßig kurzer Zeit durch kräftiges Wassergeben, die Flammen zu löschen. Es lag unzweifelhaft Brandstiftung vor. Das Feuer hatte sicherlich eine große Ausdehnung erlangt, wenn es etwas später bemerkt worden wäre. Die zweite Brandstiftung traf das Eckhaus Friedenstr. 46 an der Großen Frankfurter Straße 3. Dort stand um 11 Uhr der Boden mit vielem Hausat in Flammen. Als diese gelöscht waren, entdeckte die Feuerwehr drei räumlich von einander getrennte Brandherde, die alle darauf schließen lassen, daß der Brandstifter mit großer Ueberlegung zu Werke geht. Die dritte Brandstiftung wurde abends 6 Uhr aus der Köpenicker Straße 175 gemeldet. Der Brandstifter hatte an dieser Stelle Rattrohen und andere leicht brennbare Gegenstände in verschiedenen Bodenverschlüssen ange- zündet. Von den Tätern fehlt bis heute jede Spur. Man nimmt an, daß die Brandstiftungen in Berlin planmäßig angelegt werden. Unterstützt wird diese Annahme durch verschiedene Beobachtungen. So wurde unter anderem bemerkt, daß die zweite Brandstiftung in der Regel nicht weit von der ersten erfolgt und fast immer im Bereich derselben Kompanie. Ferner ist beobachtet worden, daß die Feuerwehrmänner, die unmittelbar mit der Löschung zu tun hatten, pergamentartige Haut erhielten und über Atemungs- beschwerden weit mehr als sonst klagten, was vermuten läßt, daß der Brandstifter mit Säuren operiert. Ein anderer Umstand ist ebenfalls mehrfach beobachtet worden. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Schlösser von den Treppenaufgängen und Bodenverschlüssen ausgebrochen waren und in einigen sogar noch abgebrochene Schlüssel fanden. Mit den früheren Brandstiftungs-epidemien, die in den Jahren 1895 und 1898 in Moabit vorliefen, ist die jetzige nicht zu vergleichen. Ganz abgesehen davon, daß die damaligen Brand- stiftungen räumlich nur auf Moabit beschränkt waren, unterscheiden sich die jetzigen Brandstiftungen von den damaligen durch ihre größere Ausdehnung und dadurch, daß die damaligen nur abends verübt wurden, während die jetzigen morgens, mittags, abends und auch nachts die Feuerwehr beschäftigen.

Nur obigen Bränden hatte die Wehr gestern noch zahlreiche kleinere Brände zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Gemeindevahlen finden am heutigen Tage statt in Dreetitz abends von 7-7 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Hohen-Neuendorf nachmittags von 1-5 Uhr und in Wahlisdorf nach- mittags von 4-7 Uhr.

Es ist Pflicht jedes Wahlberechtigten, sein Wahl- recht auszuüben.

Steglitz.

Eine geradezu korrupte Rolle spielt der „Nieterverein“ im hiesmaligen Stichwahlkampf. Im zweiten Bezirk muß er gegen die Hausbesitzer kämpfen, deren Hilfe er im ersten Bezirk dringend gebraucht, um sich der Sozialdemokratie zu erwehren. Da er aber im zweiten Bezirk gegen die Hausbesitzer nur erfolgreich sein kann, wenn die Sozialdemokraten Gesehr bei Fuß stehen, so muß er auch und gegenüber sich in gewissen Grenzen halten. In dieser verzwiften Lage vollführt das Organ des Nietervereins, die „Stegl. Zeitung“, die wunderlichsten Kapriolen. Anscheinend haben sich die Kräfte des Nietervereins in die Redaktionsführung geteilt; derart, daß der jeweilig Geeignete den Hausbesitzer-, den Kommunalverein und die Sozialdemokratie herunterreißt, andere wieder diese Gegner belobigen, um sie bei guter Laune zu erhalten. Daß dabei Logik, Moral und politischer Anstand in die Brüche gehen, scheint den Leutenchen Nebenjache zu sein. Ihr einziges

Ziel ist: Gewinnung der drei Mandate. Zu diesem Zwecke ver- leumdet und beschimpft man die Gegner in häßlicher Weise, zerrt man einzelne Personen durch den Schmutz, trotzdem die „St. Ztg.“ selbst zugeben muß, daß bisher der Wahlkampf in sachlicher und würdiger Weise geführt worden ist. Den Gipfel der Charakterlosigkeit hat das Nieterblatt aber damit erreicht, daß es schreibt, es habe unseren Genossen Schellhose als einen geraden, aufrechten Mann kennen gelernt, und trotzdem die Steglitzer Bürgerchaft anlehnt „aus Patriotismus und monarchischer Treue“ gegen ihn zu stimmen. Kann man sich eine größere politische Lumperei vorstellen? Hält der Nieterverein nur charakterlose Subjekte als Gemeindevorteiler geeignet, sofern sie nur „patriotisch und monarchisch“ zu sein vorgeben? Trifft er etwa die Auswahl seiner Kandidaten nach diesem Rezept? Bisher hat er doch immer betont, daß Politik im Rathaus nichts zu suchen habe. Jetzt fordert man die Wähler auf, den Sozialdemokraten, den Arbeitervertreter nicht zu wählen, trotzdem — oder weil? — er ein Ehrenmann ist? Unsere Parteigenossen werden sich noch sehr ernst mit „solchen“ Gegnern und angeblichen Arbeiterfreunden beschäftigen müssen. — Die Kampfmethode des Nietervereins macht es uns zur gebieterischen Pflicht, im ersten Bezirk alle Kräfte anzuspannen zur Stichwahl am kommenden Freitag. Die Aussichten sind günstig. Rund 200 Stimmen sind wir den Gegnern vor. Tut ein jeder Genosse seine Pflicht, hilft er die Sämnigen aufzutreiben, dann ist der Erfolg unser. Es handelt sich nicht nur um zwei Mandate. Unter- liegen wir, dann sind wir in den nächsten Jahren überhaupt nicht mehr im Gemeindeparlament vertreten.

Friedenau.

„Die Bedeutung der Gemeindevahlen“ lautete das Thema, über das Genosse Grunwald in einer öffentlichen Wähler- versammlung referierte. Der Referent kritisierte das bestehende Dreiklassenwahlrecht zur Gemeinde und kennzeichnete die Zustände, die in der hiesigen Gemeindevorteiler obwalten. Es müsse durch die Wahl eines Sozialdemokraten ein anderer Geist in die Gemeindevorteiler einziehen. Als Kandidat wurde einstimmig Genosse Paul Richter für die dritte Klasse nominiert. Der- selbe zeigte in der darauf folgenden Diskussion, wie notwendig es gerade in Friedenau sei, einen Vertreter der Sozialdemokratie in das Gemeindeparlament zu entsenden. Genosse Reber forderte zum Schluß die Anwesenden auf, schon jetzt mit allen Kräften zu agitieren, damit am 18. März, dem Tage der Wahl, der sozialdemokratische Kandidat als Sieger hervorgehe.

Rankwitz.

Der Entscheidungstag rückt immer näher. Die Gegner arbeiten im stillen mit Hochdruck. Gegenwärtig benutzen sie den Inseraten- teil der hiesigen Ortszeitung. Sie verkünden darin in großen Lettern die Kandidaten der vier hiesigen Vereine. Welche die vier hiesigen Vereine sind, wird nicht verraten. Wir können mit- teilen, daß dies zwei Grundbesitzervereine sowie ein offenbar unter der Flagge des Reichsländerverbandes stehender Bürger- verein und der Verein der selbständigen Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende sind. Der unpolitische Kriegerverein und die Feuerwehr werden ebenfalls von den Drahtziehern zur Propa- gierung ihrer Kandidaten benutzt. In diesen beiden Vereinen be- finden sich leider noch viele Arbeiter, welche in Verleumdung ihrer Klassenlage die arbeitserfindlichen Bestrebungen unterstützen. Die klagenbewußte Arbeiterschaft von Rankwitz muß dafür sorgen, daß unsere beiden Kandidaten als Sieger aus der Wahl hervorgehen. Wer vom Ortsvorsteher keine Legitimationskarte erhalten hat, ver- sehe sich mit der letzten Strukturteilung, Invalidentkarte oder Militärpaß. Auch ist es notwendig, daß sich die Parteigenossen möglichst zu Beginn der Wahlzeit einfinden, da später der Andrang die Wahl noch größer werden dürfte, als vor zwei Jahren. Ver- säume niemand seine Pflicht, sondern stelle sich jeder dem Wahl- komitee zeitig zur Verfügung.

Treptow-Baumschulweg.

Auch die sog. Liberalen sind nunmehr auf dem Plan er- schienen, um das zur Wahl stehende Mandat der dritten Gemeindevorteilerklasse (1. Bezirk) für sich zu erobern. Am Freitagabend hatten sie nach dem Lokale von Großmann eine liberale Wähler- versammlung einkerkeln. Der Berliner Gemeindevorteiler Vorwärts hatte es unternommen, den liberalen „Wählermassen“ (es waren an die zwei Dutzend erschienen) die alten liberalen Prinzipien ins Gedächtnis zu rufen, die heute im Zeichen der Bloßherlichkeit ernsthaft nur noch von der Sozialdemokratie ver- fochten werden. Der zope Verfall am Schluß des Referats war wohl auch nur platonisch, denn es dürfen nur wenige der Er- schienenen mit den Ausführungen des Redners einverstanden ge- wesen sein; machte er doch mit wenigen Einschränkungen das ganze sozialdemokratische Kommunalprogramm zu dem seinigen. Wer es noch nicht wußte, wie weit der Liberalismus des Treptower Bürgerturns ging, der erfuhr es bei der „Ansprache“ und Ver- stellung des Kandidaten. Es ist nämlich der Besitzer des „Paradies- gartens“, Herr Hiller, den sich die Freisinnigen erlören hatten, derselbe Herr Hiller, der es mit seinem Liberalismus für ver- einbar hält, der einzige Saalbesitzer von Treptow zu sein, der der Sozialdemokratie sein Lokal nicht zur Verfügung stellt. Daß Herr Hiller auf die leise Anfrage unseres Genossen Gramenz er- klärte, bei ihm sei noch niemand gewesen, der um Ueberlassung seines Lokals zu sozialdemokratischen Versammlungen nachgesucht habe, charakterisiert den Herrn ja auch ganz nett. Und erst die Wertzuwachssteuer? Ja, darüber konnte er unserem neugierigen Genossen überhaupt noch keine Auskunft geben. Aus dem Ver- lauf dieser Versammlung sowohl wie auch derjenigen des Haus- und Grundbesitzervereins, der bekanntlich den Hausbesitzer Herrn Nidel wieder aufgestellt hat, können die Wähler der dritten Klasse ersehen, wes Weisheitlicher 3 sind, die man dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen Rielen, entgegenstellt. Der eine von der Hausbesitzerklasse hat überhaupt kein Programm, der andere, der „liberale“, sagt sein Programm dahin zusammen: „Niemand zu liebe, niemand zu leide“. Zu diesem Grundfah, es jedermann recht zu machen, daß ja die Saalverweigerung ganz gut. Und auch die Ablehnung der Wertzuwachssteuer hält er wohl diesem Grundfah entsprechend, denn die könnte ja am Ende dem Grundstückspekulantentum und womöglich auch ihm selbst wehe tun! Auch diese Kandidatur sei der Arbeiterschaft Treptows eine Warnung, mit allen Kräften für den Kandidaten der Sozial- demokratie, den Max Rielich zu wirken.

Rummelsburg.

Die Gemeindevorteilerwahlen für die 3. Klasse finden am Montag, den 16. März, nachmittags von 2-8 Uhr, in folgenden Bezirken statt:

3. Bezirk, umfassend: Bühlischstraße 50-58, Sonntagstraße 8 bis 31, Simplonstr. 1-12, Gryphusstr. 1-8, Poltestr. 1-9 und 28-33, Bödlinstraße, Lenbachstraße 1-10a (Helmenhof). — Wahllokal: Restaurant Klaviersachen, Ecke Bühlisch- und Holstei- straße 10/11. — Kandidat: Gustav Trieb, Kassenbeamter.

6. Bezirk, umfassend: Kanitzstr. 7-45, Türckmühlstr. 4-44, Lessingstraße, Goethestr. 1-10, Mozartstraße, Viktoriaplatz und Beckmeierhaus. — Wahllokal: Wv. Weigel, Türckmühlstr. 45. — Kandidat: Hermann Müller, Gewerkschaftssekretär.

7. Bezirk, umfassend: Prinz-Albert-Strasse, Liebigstraße, Rat- hausstraße, Vorlandstraße, Neue Prinz-Albert-Strasse, Fischer- straße, Leopoldstraße, Emanuelstraße, Wagnernichthof, Wischelm- straße, Friedrichstraße und Schlichtallee. — Wahllokal: Gergas, Neue Prinz-Albert-Strasse 70/71. — Kandidat: Schenkwitz Albert Gergas.

Schmargendorf.

Gemeindevorteiler der 3. Klasse. Nur ein Tag trennt uns noch von der Gemeindevahl. Es ist daher die Pflicht eines

jeden, diesen Tag noch zu intensiver Agitation für den sozial- demokratischen Kandidaten, Schloffer Paul Gutthier, aus- zunutzen. — Zugleich eruchen wir die Genossen, bereits um 4 Uhr im Wahllokal anwesend zu sein, um dafür zu sorgen, daß die Wahl ihren vorschrittsmäßigen Verlauf nimmt.

Wahlisdorf a. d. Ostbahn.

Am heutigen Dienstag, von 4 bis 7 Uhr nachmittags, findet die Ergänzung- und Ersatzwahl zur Gemeindevorteilerwahl statt. Kandidaten sind für die Ergänzungswahl auf 8 Jahre der Genosse Robert Dertel, für die Ersatzwahl auf zwei Jahre der Genosse Albert Schmidt. Wir eruchen die Genossen, sich pünktlich 4 Uhr im Wahllokal einzufinden.

Wahlergebnisse.

Petershagen bei Friedersdorf. Das Ergebnis der am 7. d. M. stattgefundenen Gemeindevorteilerwahl in der dritten Klasse war: Grundbesitzerverein 17, Sozialdemokratie 20, und für die sich „liberale Bürgerpartei“ nennenden Konservativen 26 Stimmen. Es muß also Stichwahl stattfinden, dieselbe ist zum Sonnabend, den 14. d. M., nachmittags von 3-4 $\frac{1}{2}$ Uhr angesetzt. Venue jeder die kurze Zeit zur Agitation für unseren Kandidaten. Bei der Haupt- wahl haben leider sehr viele Arbeiterwähler gefehlt, diese müssen am Tage der Stichwahl auf die Beine gebracht werden.

Charlottenburg.

Mit dem Bau eines Asyls für Obdachlose soll nun endlich Ernst gemacht werden. Bereits im Jahre 1904 haben die städtischen Körperschaften einen vom Hochbauamt aufgestellten Bauentwurf für den Ausbau der Familienhäuser in der Sophie-Charlotten-Strasse zu einem Asyl für Obdachlose genehmigt, den Zeitpunkt der Inangriff- nahme des Baues aber einer späteren Beschlußfassung vorbehalten. Ein im Jahre 1906 gestellter Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Bau sofort in Angriff zu nehmen, wurde abgelehnt, obwohl die Kosten des Baues bereits in der Anleihe von 1906 bewilligt waren. Jetzt endlich ist auch der Magistrat zu der Ansicht ge- kommen, daß es so wie bisher nicht weiter geht, zumal da auch der Polizeipräsident die weitere Aufnahme der nützlich Obdachlosen in Polizeigewahrsam nur noch bis zur Fertigstellung des neuen Polizeipräsidenten gestatten will. Aus diesem Grunde und weil die Familienhäuser schon fast baufällig sind, soll jetzt endlich der Beschluß von 1904 verwirklicht werden. Der Entwurf hat eine Abänderung erfahren, die eine Erhöhung der ursprünglich auf 162 000 M. berechneten Baukosten auf 232 000 M. zur Folge hat. Da für die Mehrkosten von 120 000 M. keine Deckung vor- handen ist, sollen sie vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirks- auschusses durch ein vorübergehendes, aus der nächsten Anleihe zurückzahlendes Darlehen aus der städtischen Sparkasse entnommen werden.

Weiter hatte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat erucht, mit den Gemeindevorteilerwahlen von Groß-Berlin behufs Einrichtung eines gemeinschaftlichen Asyls für Obdachlose für Groß-Berlin in Verbindung zu treten, sowie Ermägungen darüber einzuleiten, ob es sich nicht empfiehlt, für diese Zwecke einen Zweckverband innerhalb Groß-Berlins anzustreben und ferner eine Erweiterung des Asyls dahin vor- zunehmen, daß auch ledige obdachlose Personen darin aufgenommen werden können. Wegen des gemeinsamen Asyls für Groß-Berlin sind die Verhandlungen eingeleitet, aber ein Ergebnis ist noch nicht abzusehen. Ledige obdachlose Personen sollen Aufnahme finden, falls sie in Charlottenburg obdachlos werden und nach Lage der Ver- hältnisse anzunehmen ist, daß sie ein sofortiges anderweitiges Unter- kommen nicht finden können. Darüber hinaus will weder der Magistrat noch die Armenverwaltung gehen, aus Furcht, falls in Charlottenburg ein allgemeines Asyl für Obdachlose wie in Berlin besteht, alle Obdachlosen aus Groß-Berlin, denen der Weg nach dem Charlottenburger Asyl näher als nach dem Berliner ist, es vorziehen würden, das Charlottenburger Asyl aufzusuchen.

Der neue Entwurf sieht 60 Familienwohnungen vor. In ihnen sollen (ohne Verpflegung) aufgenommen werden in Charlottenburg ortsangehörige Frauen, insbesondere mit zahlreichen Kindern, bei denen nach Lage der Verhältnisse vorauszusetzen ist, daß sie sich in einer selbst gemieteten Wohnung auf die Dauer nicht beschaften können; ferner solche Familien, die ursprünglich in gemein- schaftlichen Aufenthaltsräumen Unterkunft gefunden hatten, aber innerhalb vier Wochen keine eigene Wohnung gefunden haben. In den gemeinschaftlichen Aufenthaltsräumen, dem eigentlichen Asyl, sind die Geschlechter getrennt. Hier wird entweder Tages- und Nacht- obdach mit Verpflegung, vorübergehend auf längstens vier Wochen, oder nur nächtliches Obdach ohne Verpflegung bis zur Dauer von einer Woche gewährt. Tages- und Nachtobdach mit Verpflegung können erhalten Familien, die in Charlottenburg wohnen und hier obdachlos werden, sowie Familien, die, ohne bis dahin in Charlottenburg gewohnt zu haben, aus be- sonderen Gründen hier obdachlos dastehen und von der Polizei dem Obdach zugeführt werden. Nächtliches Obdach ohne Verpflegung wird einziehenden Männern und Frauen gewährt, die in Charlottenburg obdachlos werden, sofern nach Lage der Verhältnisse anzunehmen ist, daß sie ein sofortiges anderweitiges Unterkommen nicht finden können. Abweichungen von diesen Grundregeln in Einzelheiten bedürfen der Genehmigung der Armenverwaltung.

Infolge Behinderung des Referenten kann der von der AU- gemeinen Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbetriebe Charlottenburgs zu Charlottenburg am Rittwoch, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr veranstaltete Vortrag über Augenheilkunde nicht statt- finden. Derselbe wird dagegen abgehalten werden am Montag, den 16. März, abends 8 Uhr, in der Aula der 18. Gemeindefschule, Rehringstr. 10, und zwar wird das vorerwähnte Thema der Spezialist auf dem Gebiete der Augenheilkunde Herr Professor Dr. Guinann behandeln.

Rigdorf.

Bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter zum hiesigen Gewerbe- gericht wurden 6300 Stimmen abgegeben, die sämtlich auf die Kandidaten des Gewerkschaftsartels entfielen. Die Gegner mögen wohl eingesehen haben, daß es für sie zwecklos ist, eigene Kandidaten aufzustellen. Gegen 1906 haben wir ein Mehr von rund 2800 Stimmen zu verzeichnen. Trotz des erfreulichen Stimmenzuwachses hat ein erheblicher Teil der Arbeiter sein Wahlrecht nicht ausgeübt.

Ein Automobil in Flammen. Infolge einer Explosion ist gestern nachmittags ein Automobilbrand entstanden. Der Chauffeur einer Automobilwerkstätte hatte in der Verlängerten Knebebedstraße mit einem neuen Kraftwagen Probefahrten unternommen. Während der Fahrt ertönte plötzlich eine gewaltige Detonation und im nächsten Augenblick schoß eine mächtige Flammengarbe aus dem Wagen- behälter des Autos heraus. In wenigen Sekunden stand der ganze Wagen in hellen Flammen. Nur durch schnelles Abpringen ver- mochte sich der Chauffeur zu retten. Die alarmierte Feuerwehr konnte nur noch die rauchenden Trümmer des Automobils ablöschen.

Treptow-Baumschulweg.

Zwei neue Typhusfälle sind, wie der Bürgermeister Schablow in der Gesundheitskommission mitteilte, neuerdings vorgekommen. Der erste Fall ereignete sich wieder in einer Schlächterei und zwar in der des Hauseigentümers und Schlächtereimasters Krabben- höft, Behringstr. 12. Erkrankt ist der Schlächtereigelle Tiehe. Der Kreisarzt Medizinalrat Dr. Eiten betonte, daß nach den bis- herigen Ermittlungen ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Wasser der Brunnenanlage auf dem Krabbenhöftischen Gehöft mit der Typhuserkrankung nicht angenommen werden kann. Trotz- dem habe er die Untersuchung des Wassers veranlaßt, das Resultat siehe noch aus. Genosse Karow als Mitglied der Gesundheits- kommission hatte bereits am 2. August 1907 darauf hingewiesen, daß das Grundstück unjauber sei und daß das Brunnenwasser im

Schlachthaus verwendet wurde. Auf dem für diesen Zweck auszufüllenden Fragebogen hatte Genosse Karow bemerkt, daß die Verwendung des Brunnenwassers bei Herstellung von Nahrungsmitteln eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit sei, um so mehr, als wenige Wochen vorher die königliche Versuch- und Prüfungsanstalt für Wasserreinigung und Abwässerreinigung ein Gutachten dahingehend abgegeben habe, daß das Brunnenwasser am Orte in chemischer Beziehung mehr oder weniger starke Verunreinigung gezeigt habe, so daß es zum Genuß für Menschen und Tiere nicht zu empfehlen sei. Diesem Gutachten hat sich auch der Kreisarzt vollständig angeschlossen. Aus diesen Gründen befürwortete Genosse Karow auf dem Fragebogen für das Krabbenhöftische Grundstück die sofortige Beseitigung oder polizeiliche Schließung des Brunnens. Dieser Anordnung ist nicht Folge gegeben worden. Als Grund dafür gab Bürgermeister Schadow an, daß zunächst die öffentliche Wasserleitung vom Vorderhaus 5 bis 6 Meter weiter nach dem Schlachthaus geleitet wurde. Auch habe das Brunnenwasser noch besonders untersucht werden müssen. Nach der Erkrankung des Tische wurde aber der Brunnen auch ohne besondere Untersuchung des Wassers polizeilich geschlossen. Im zweiten Fall handelt es sich um den Einwohner Schöber, der von Tische infiziert sein soll. Die Schließung des Schlächterladens haben die Ärzte bisher nicht für notwendig gehalten, soll aber erfolgen, wenn bei einem der Schläger Krabbenhöft Krankheitserscheinungen eintreten. Nach unserer Meinung hätte das Geschäft schon mit Bekanntwerden des ersten Typhusfalles geschlossen werden müssen.

Ferner ist ein Fall von Genickstarre, ebenfalls in der Behringstraße, zur Anzeige gelangt. Bei der vorhandenen Ansteckungsgefahr werden die Einwohner Baumfuhren erneut auf die im vorigen Jahre allgemein verbreiteten Merkblätter verwiesen.

Ein Polizeibureau und Einwohnernelbeamter ist in dem Gebäude der Gemeindefchule 1, Bouchestr. 75, für den innerhalb der Ringbahn gelegenen Ortsteil errichtet worden. Hierin wohnen auch die Mitglieder des Vereins, welche am 1. April d. J. eingemeindet werden, Notiz nehmen. Das Bureau ist an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet; an Sonn- und Festtagen ist das Bureau geschlossen.

Rummelsburg.

Die Wahlen der Richter zum hiesigen Kaufmannsgericht aus dem Kreise der Handlungsgehülften hatte folgendes Ergebnis: Abgegebene Stimmen 53. Davon entfielen auf die Liste 1 des Deutschnationalen Verbandes 17 Stimmen (2 Richter), auf die Liste 2 des Zentralverbandes der Handlungsgehülften und Geschäftsinhaber des Reichslands 11 Stimmen (1 Richter), auf die Liste 3 des Hirsch-Dunderschen Vereins der deutschen Kaufleute 25 Stimmen (2 Richter).

Der Verein der deutschen Kaufleute verliert gegen die vorige Wahl zwei Richter, der Zentralverband sowie der Deutschnationale Verband gewinnen je einen Richter. Beide bürgerlichen Verbände haben Stimmen eingebüßt, während die Stimmenzahl des Zentralverbandes von 3 auf 11 gestiegen ist.

Wannsee.

Zu einer Auseinandersetzung mit den Antisemiten kam es in einer von Antisemiten einberufenen Versammlung, in der die Hauptlinge Zimmermann, Deumer und Graf das Thema: „Die politische Lage und die Wochenschrift“ behandelten. Zum eigentlichen Thema wurde weniger gesprochen, in der Hauptsache schimpften die Redner nach Hergensluft über die Sozialdemokratie und deren Führer. Außerdem bliesen sie in die alte Trompete von der Rettung des Mittelstandes. Genosse Kater-Schöneberg trat den Ausführungen in der Diskussion erfolgreich gegenüber und erbrachte den Nachweis, daß der verfallende Mittelstand nur einen Bundesgenossen in dem Klassenbewußten Proletariat habe, wenn er Schulter an Schulter mit demselben für eine bessere Zukunft kämpfe. Die Versammlung brachte auf diese Weise für uns neue Anhänger.

Friedrichsfelde.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, Einkommen von 420-600 M. künftig steuerfrei zu lassen. Bereits im Januar hatten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter beantragt, Gemeindesteuern von 420-900 M. nicht mehr zu besteuern. Der Gemeindevorstand trat in seiner Vorlage dem Antrage bei, soweit es den fingierten Steuerfuß von 2,40 M. betraf; mit dem Steuerfuß von 4 M. müsse indes noch geredet werden, da die Gemeinde mit den Einnahmen - jährlich 8000 M. - noch rechnen müsse. Vergänglich bekämpfte Genosse Pünfeler die Weitererhebung dieses Steuerfußes. Gegen 4 Stimmen (der Gemeindevertreter Uebe, Meyner und der beiden Sozialdemokraten) wurde die Weitererhebung beschlossen. Des weiteren wurde beschlossen, Steuerbeträge bis 0,50 M. nicht mehr zu erheben.

Bei der nochmaligen Wahl der Schuldeputation - die in voriger Sitzung erfolgte Wahl hat die Aufsichtsbehörde nicht anerkannt, weil nicht per Petition abgestimmt wurde - beantragte Genosse Pünfeler wiederum, die Zahl der Mitglieder zu erhöhen, um so neben dem hiesigen Rektor in Kategorie III auch einen Lehrer wählen zu können. Redner wies nach, daß der § 44 des Schulunterrichtsgesetzes eine Verstärkung der Kategorie III zulasse - Auch der hiesige Lehrerverein hatte - wie erst nachträglich bekannt wurde - einen entsprechenden Antrag an die Gemeindeverwaltung gerichtet, welcher eigenmächtig nicht zur Verlesung gelangte. Der Gemeindevorsteher ließ Gegengründe nicht gelten. Gegen vier Stimmen wurde die Vermehrung abgelehnt. Bemerkenswert ist, daß fast ausnahmslos diejenigen, welche ihre Kinder in höhere Schulen schicken, die Verstärkung der Schuldeputation für die Volksschule ablehnten. Für Erweiterungen der Gemeindeverwaltung wurden verschiedene Summen verlangt, so für die Bureauzimmer-einrichtung 700 M., für die Einkauf eines Vermessungsgeometers jährlich 1800 M., für dazugehörige Hilfsarbeiter 1500 M., desgleichen für zwei Hochbauarbeiter je 2400 M. Für die Gemeindefchule im Ortsteil Karlshorst wurde die Erziehung von zwei neuen Lehrstellen beschlossen. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Wagerbühnen ist ein Nachtrag zur betreffenden Polizeiverordnung beschlossen. Hiernach dürfen Viehhändler, Treiber usw. den Viehhof nicht früher betreten, als das von ihnen begleitete Vieh vom Tierarzt als sendungsfähig erklärt ist. Bei der Neuwahl des Kuratoriums der Fortbildungsschule wurden die früheren Mitglieder, darunter auch Genosse Pünfeler mit Ausnahme des Arbeitnehmers Werdermann wiedergewählt; an

Stelle des Letzteren wurde Tapezierer Salkemann gewählt. Die Hundsteuer beträgt von nun an 15 M. für einen Hund, für den zweiten 20 und für jeden weiteren Hund 25 M.

Trebbin (Kreis Teltow).

Eine erregte Auseinandersetzung spielte sich in der letzten Stadtverordneten-Versammlung ab. Von den Stadtverordneten erklärte sich niemand bereit, das Protokoll zu führen, weshalb der Stadtsekretär Kiehl gegen Entschädigung von drei Mark pro Sitzung die Führung desselben übernehmen soll. Im Laufe der Debatte hierüber hatte auch der Schriftführer die Feder niedergelegt, so daß ein richtiger Streit eintrat. Die Aufregung unter den Stadtvätern wuchs noch mehr, als gar der Stadt. Haase Beschwerde über zu späte Einladung zur Versammlung führte. Der Etat für 1908 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 85 000 M. gegen 87 800 Mark im Jahre 1907. Der Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer beträgt 167 Prozent, Grund-, Gewerbe-, Gebäudesteuer 167 Prozent und Betriebssteuer 100 Prozent.

Potsdam.

Ueber das neue Vereins- und Versammlungs-gesetz sprach am Donnerstag der Reichstagsabgeordnete Emmel im Viktoriagarten. Die Versammlung, die besser besucht hätte sein können, nahm einstimmig eine Resolution an, die die Stellung der Reichstagsfraktion vollständig billigt und den Gesetzentwurf ablehnt.

Vermischtes.

Opfer des Bergbaus im Industriegebiet. Auf Zeche „Carolinus Magnus“ Vorbed, wurde der 27jährige Bergmann Frede von herabfallenden Gesteinsmassen getroffen und auf der Stelle getötet. Der Bergmann Spizer verunglückte auf Zeche „Konstantia 4 u. 5“ durch Steinfall. Es konnte nur seine Leiche zutage gefördert werden. - Durch einen zu früh losgegangenen Sprengschuß auf der Zeche „Neu-Jericho“ Lütgendortmund, sind die beiden Hauer Stankowal und Branieler verunglückt. - Auf Zeche „Matthias Stinnes“ Carnap, wurde ein österreichischer Bergmann durch hereinbrechende Gesteinsmassen so schwer verletzt, daß er zeitweilig in Krüppel bleiben wird. - Auf Zeche „Eppendorf“ stürzte der Bergmann C. de Fries von einem Gerüst ab und war sofort tot. - Auf Zeche „Johanna Deimelsburg“ Steele kam der 45jährige Bergmann Witz bei der Grubenarbeit unter herabfallende Kohlen und war sofort eine Leiche. - Der Bergmann Wieden wurde auf Zeche „Helene“ Altkneffen durch herabstürzendes Gestein erschlagen. - Auf Zeche „Präsident 2“ geriet der Bergmann Vorwosky aus Hamm unter hereinbrechende Gesteinsmassen und erlag seinen Verletzungen. - Dasselbe Schicksal erfuhr aus derselben Ursache auf Zeche „Kronprinz“ bei Witten der Bergmann Adolf Hildebrandt aus Bengern. - Auf Zeche „Reinhold“, Schacht 1/2, zu Wessentkirchen, erlitt der Bergmann De. durch Fall einer schweren Verletzung. - Auf Zeche „Alma“ bei Wessentkirchen, stürzte der Bergmann Winkelt ab und wurde lebensgefährlich verletzt. - Im Bechenbühnen der Zeche „Holland“, Wessentkirchen, wurde der 19jährige Arbeiter Kreiter beim Gleisüberqueren von einem Rangierzug überfahren und getötet.

Stapelkauf. Auf der Staatswerft Wilhelmshaven lief am Sonnabend das neue Linienkessel „Lafay Bayern“ vom Stapel und erhielt bei der Taufe den Namen „Kaffau“. Das Displacement dieses neuen Kessel betrug etwa 18 000 Tonnen. Seine Baukosten betragen über 22 Millionen Mark, die artilleristischen Armierungskosten 13 1/2 Millionen und die Torpedoarmierung etwa 1 Million, so daß das fertige Schiff die Summe von 36 1/2 Millionen Mark verschlingen haben wird. Zur Bedienung sind 360 Mann erforderlich, etwa 130 Mann mehr, als unsere bisherigen größten Schiffe an Besatzung aufweisen. Auch ein „Fortschritt“!

Verstümmelt. Nach einer Meldung aus Innsbruck, ging vorgestern nachmittags am Latzacher Kofl eine Lawine nieder, die den 24jährigen, an der hiesigen Universität studierenden Deutschen Eduard Sped. der mit mehreren Teilnehmern eine Skitour unternommen hatte, mitriß und begrub. Gestern früh sind von Innsbruck zwei Rettungsexpeditionen abgegangen. Es ist jedoch sicher, daß der Verunglückte nur als Leiche geborgen werden kann.

Feuer an Bord. An Bord des mit Salpeter befrachteten französischen Dampfers „Pleiz“ ist einer Meldung aus Vibao zufolge ein Brand ausgebrochen. Jeder Löschversuch ist unmöglich, da jeden Augenblick heftige Explosionen erfolgen. Man sieht sich genötigt, das Schiff zu versenken, um eine Katastrophe hintanzuhalten.

Explosion einer Raphthgrube. Wie aus Boryslaw (Galizien) berichtet wird, fand gestern abend in Luslanowice in einem Schachte der der Firma Laszky gehörenden Raphthgrube eine Explosion statt. Der Schacht ist gänzlich eingestürzt, der Bohrturm zertrümmert. Zwei Arbeiter erlitten schwere, einer leichte Brandwunden.

Eingegangene Druckschriften.

„Süddeutscher Postillon“, Nr. 6 ruft in seinem farbigen Titelbild den hohen Tod in die Schranken mit seinem Ausspruch: man müsse vor allem die hohen Löhne abschaffen. - Das zweite Farbendruckbild kennzeichnet die Tugenden des Trones. - Ein drittes schildert die soziale Wohlfahrt und das Schlachtfeld eine öffentliche Kriegsverhandlung an Bord eines Kriegsschiffes. - Aus dem reichen literarischen Inhalt heben wir das Zeitgedicht „Vor heutigem Nahren“ hervor. - Das Lied der Arbeit, Gedicht von Ludwig Brasch. - Reichliche Sittenrettung, Gedicht. - Polnische Karnivalslied mit Hindernissen und eine Reihe Beiträge, die sich mit den karmischen Ereignissen beschäftigen, die seit langem der böse März der braven Welt beschert. - Der „Süddeutsche Postillon“ ist durch den Verlag von R. Ernst in München wie durch alle Buchhandlungen und Filialen die Nummer für 10 Pf. zu erhalten.

Reclams Universalbibliothek. Nr. 4971. Ottilie Wildermuth, Hagestolze Erzählungen. Geb. 60 Pf. Nr. 4972. Paul Lindau, Die Brüder. Schauspiel in vier Aufzügen. Nr. 4973-4976. Samuel Zimlitz, Sparkasten. Aus dem Englischen. Geb. 1,20 M. Nr. 4977. Giovanni Verga, Ein Mann, dann dem Roman. Nr. 4978. S. Hermann Wosenthal, Deborah. Volksschauspiel in vier Aufzügen. Nr. 4979. 4980. F. W. Hadländer, Das Soldatenleben im Frieden. Geb. 80 Pf. Einzelnnummer brosch. 20 Pf. Verlag H. Reclam in Leipzig.

Vericht über die Tätigkeit der Badstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1907. 144 Seiten. Selbstverlag. Weltgericht. Feyerung 7-9. Herausgegeben von Professor Dr. J. v. Flugt-Darling. Verlag Ullstein u. Co., Berlin SW. 68. Der Bürgerkrieg. Drama in 5 Aufzügen von J. Brod. 2,40 M. Verlag: Wiener Volksbuchhandlung J. Brand, Wien VI.

Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl täglich wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. S. 114. Sie stellen dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, Ihre Absicht, aus der Landesstraße auszuweichen, mit und erklären dann, ohne eine Ladung abzuwarten, in der Zeit vom 29. bis 32. Tage nach Eingang Ihrer Mitteilung Ihren Austritt zu Protokoll des Gerichts.

M. S. 4. Leider nein. - D. P. 100. 1. und 4. Ja. 2. und 3. Nein. - M. R. 26. Bis am 13. Oktober 1908 kann Ihre Frau, wenn sie vor der Heirat mindestens 200 Markien geklärt hatte, Rückzahlung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge beanspruchen. Kassamer ist es aber, weiter zu verfahren. - S. A. 13. Der Betreffende braucht nicht zu warten.

- D. D. 00. Nein. Sie müssen aber bei dem Landgericht, das die Entscheidung ausgesprochen hat, Dispens vom Eheverbot nachsuchen. - G. Z. 81. 1. Das ist möglich. 2. Nur wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden wird und der Mann die Bestrafung beantragt. 3. Das Kind gilt als ehelich. - H. F. 907. Ihre Ansicht ist nicht gutfindend.

- M. 27. 1. Mietstempel wird für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar oder für Teile derselben erhoben. 2. Sie müssen an beide zahlen. - G. P. 100. „Seiner“ ist richtig. - M. G. 65. 1. Ja. 2. Der Vater hat für die Schulden nicht. - R. S. 19. 1. Nein. 2. Ja. - R. F. 7. Eine Klage wäre voraussichtlich erfolglos, da die Auslegung des Erbschafts-Generamies zutrifft. - R. P. 28. 1. Nach der Rechtsprechung seiner von beiden. 2. Die beiderseitigen Geschenke und Verlobungsgegenstände, die Ringe, Photographien und dergleichen sind zurückzugeben. - H. G. 1000. Leider ist der Wirt im Recht. Suchen Sie eine Einigung herbeizuführen. - H. S. 102. Sie können sich an das Berliner Polizeipräsidium wenden, ratsamer ist aber wegen der Ueberfüllung ein Gesuch um Zulassung an die Dresdener Polizeibehörde. - R. P. 3. Nein.

- R. 333. Leider nein. - F. Winger 37. Wenn die Abrede mit dem Wirt bemeisbar ist, so würden Sie voraussichtlich den Prozeß gewinnen, sonst leider nicht. - W. B. 28. Das Ihnen angebotene Mittel ist wie alle derartige Anpreisungen, ein Schwindel. Sie tun gut, sich an einen Arzt zu wenden. - Schweltern. Warten Sie ruhig das weitere ab. Die Forderung würde abgewiesen werden. - J. A. 50. 1. Ein von der Polizei auszustellender Auslassung ist erforderlich. 2. Der Zentralverband der Köpfer würde Ihnen am ehesten Auskunft geben können. - O. S. 9. 1. Nein. 2. und 3. Ja. - G. 100. Sie müssen die Sachen einschicken und haben dann ein Recht auf Klage gegen den Vater. - M. W. 111. Nein.

- Dienstmädchen 20. Sie können hernach auf Entschädigung klagen, freilich ist ein sicherer Erfolg der Klage nicht zu prognostizieren. - G. S. 30. 1. und 2. Ja. 3. Sie müssen Auskunft geben. - C. H. 100. Baugesellschaft „Friede Schöber“, Röhres Chaussee-Straße 14, Sprechstunde am Freitag 5-9 Uhr, sonst 5-6 Uhr. - Julius und H. 7. Die Stützungsdeputation befindet sich Post-Straße 16, nicht Post-Straße. Es genügt die Adresse. An die Stützungsdeputation des Magistrats. - R. W. Steglitz. 1. Nein. 2. Beide sind zur Klage verpflichtet. - S. W. 100. 1. Als Empfangniszeit gilt die Zeit vom 181. bis 302. Tage vor der Geburt mit Einschluß des 181. und des 302. Tages. 2. Engel-Wer 15. 3. Nein. - Fische 2. 1. und 2. Ohne Kenntnis der Eltern ist das nicht zu entscheiden. 3. Für die Tätigkeit außerhalb des Territoriums wäre evtl. Entschädigung zu verlangen. - W. W. 100. Nein.

- J. A. 102. Ohne Kenntnis des Sachverhalts, der Kassentatulen und des Aufforderungsschreibens ist Ihre Anfrage nicht zu beantworten. - C. H. 48. 1. Für die letzten drei Jahre wäre eine Forderung noch zu erheben. 2. Die Mutter hat das volle Erziehungsvorrecht und kann die Herausgabe des Kindes verlangen. 3. Das Vormundschaftsgericht kann im Interesse des Kindes liegende Anordnungen treffen; in Ihrem Falle dürfte eine Einigung mit der Mutter das ratsamste sein. - R. W. 28. Beschließen Sie keines der sogenannten Hausmittel, sondern übergeben Sie den Stoff einer gemächlichen Fabrik. - Fernrohr 6. Ja: Es handelt sich nicht um die Steuer, sondern um die Kosten des Verfahrens. - Christianus. 1. bis 3. und 5. Rückföhrliche Auskunft erhalten Sie in der Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. 4. Die event. Rente steht Ihnen und nicht dem Stütz. zu. - P. A. 25. 1. Ja. 2. Nein. Die Versicherungsgelder gehören in Ihrem Falle nicht zum Nachlaß. - S. G. 1908. 1. Ja. falls Ihre Frau volljährig ist. Aber nur Ihre Frau, nicht Sie, ist zur Zahlung verpflichtet. 2. Die Firma könnte gegen Ihre Frau zur Zahlung klagen. - W. Sch. 777. Sie sind im Irrtum; Ihre Tochter muß so lange in der Schule bleiben, bis Sie das Abgangszeugnis erhält. Der Ablauf der acht Jahre befreit nicht vom weiteren Schulbesuch. - Kopenhagen 46. 1. Durch Scheitern mit Witwenklause und durch Hironimus, der in die Wäsche zu käuflich ist. 2. Leider nein. - W. S. 62. Ja. - R. S. 13. Der Verwalter ist im Recht. - S. G. 109. Nein. - Zwei Weitende. Ja. - G. B. 33. Ihnen muß am ersten ein Zimmer eingeräumt werden; das beste ist, sich vorher mit dem abziehenden Mieter zu verständigen.

Witterungsübersicht vom 9. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	758 S		4 heftig	4	4	Daprun	769 D		2 Schnee	-6	
Danenburg	749 S	SW	5 heftig	8	8	Petersburg	765 D		2 wolkig	-10	
Berlin	755 S	SW	4 heftig	7	7	Sibiry	752 S		2 bedeckt	8	
Kranka R	756 S	SW	3 wolkig	8	8	Herbeben	725 S	SW	2 bedeckt	4	
München	761 S	SW	4 wolkig	6	6	Wars	756 S	SW	6 Regen	9	
Wien	764 S	SW	1 bedeckt	8	8						

Wetterprognose für Dienstag, den 10. März 1908. Etwas kühler, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 3. 8. 3.	seit am 7. 3. 8. 3.	Wasserstand	am 8. 3. 8. 3.	seit am 7. 3. 8. 3.
Remel, Elbe	237 ⁹	+7	Saale, Großh.	157	-5
Wregel, Ansternburg	213 ⁹	-6	Gabel, Spandau ⁹	154	-2
Wesfel, Elbe	271 ⁹	+12	Rathenow ⁹	178	0
Oder, Raibow	172	+3	Spree, Spremberg ⁹	124	0
• Krossen	264	-1	Beesow	221	+2
• Franzfurt	258	-2	Weser, Minden	56	+7
Wärthe, Schirmm	292	-4	Raub	143	-7
• Landsberg	289	+3	Rhein, Naxosmühlau	390	0
Rehe, Borsdamm	131	-3	Raub	248	0
Elbe, Zeitzmühl	43	-5	Rhein	367	+22
• Dresden	-1	+4	Redar, Heilbronn	113	-1
• Warby	255	-9	Rain, Wertheim	196	-5
• Magdeburg	218	-14	Wosel, Trier	261	-22

⁹ = bedeutet Querschnitt, - Soll. - ⁹ Unterpegel. - ⁹ Eisstand. (* Eisfrei).



Sunlicht Seife

greift nichts an, nur den Schmutz, den aber gründlich! Das wissen alle Putz- und Waschfrauen, welche diese Seife aller Seifen einmal versuchten und nun immer wieder verwenden! - Beweis: Stetig wachsender Absatz!



